

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Das Zweiparteiensystem

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich – nach anglo-amerikanischem Vorbild – ein die bürgerliche Demokratie weiter aushöhrendes Zweiparteiensystem etabliert. Formell gibt es zwar noch immer eine Vielzahl von Parteien, real aber nur noch zwei miteinander konkurrierende Blöcke. Der Wahlkampf mit seinen „nationalen Fernsehduellen“ zwischen „Kanzler und Herausforderer“ offenbarte, wohin die Reise gehen soll. In Großbritannien sind es Konservative und Sozialdemokraten (Labour), in den USA stehen Republikaner und Demokraten (von ihnen wird die Rolle der europäischen Sozialdemokratie mitbesorgt) für ein politisches „Wechselbad“ zur Verfügung, das man getrost auch als Schattenboxen bezeichnen könnte. Ohne die Unterschiede und Nuancen (es ist schon von Gewicht, durch welche Monopolgruppe ein Politiker gesteuert wird) zu unterschätzen, kann pauschal gesagt werden: Nach bürgerlichen Wahlen findet niemals ein Machtwechsel, sondern immer nur ein Austausch von Equipen statt, die von der selben Klasse nach mehr oder weniger identischen Kriterien ausgewählt werden. Als Schröder den arroganten Technokraten Wolfgang Clement aus NRW zum Superminister für Wirtschaft und Arbeit – also für die gleichzeitige Wahrnehmung der Kapitalinteressen und die Einbindung der Gewerkschaften – ernannte, erscholl aus der Ecke der Unternehmerverbände frenetischer Beifall. Die richtige Wahl, verkündeten Hundt & Co.

In der BRD wird das Zweiparteiensystem in der Form der „beiden großen Volkparteien“ zelebriert. Alles andere ist bloße Beilage. Die großbürgerliche CDU/CSU mit ihrem Wurmfortsatz Westerwelle und Schröders SPD mit Fischers Grünen im Gepäck sollen sich nach den Wünschen der wirklich Herrschenden für alle Zeiten in der „Regierungsverantwortung“ ablösen. Die C-Parteien sind Geschäftsführer des Hausherrn, während die Sozialdemokraten vorerst noch eher in der Rolle des Hausmeisters agieren. Besonders dann, wenn Leute fürs Grobe gebraucht werden. Sie dienen sich dem Ausbeuterstaat als die besseren Verwalter an, als jene, welche seit Noskes Tagen auch für weniger delikate Aufgaben zur Verfügung stehen.

Dennoch wäre es ein gravierender Fehler, zwischen der rechtsbürgerlichen Reaktion und deren SPD-Konkurrenten einfach Gleichheitszeichen zu setzen. Erinnerung sei hier an Lenins Hinweis, im gegnerischen

Lager stets bis zum Äußersten zu differenzieren.

Am 22. September hat die deutsche Reaktion eine Niederlage erlitten. Stoiber, der Bush aus München, ist trotz massiven Eingreifens der USA in den BRD-Wahlkampf nicht Bundeskanzler geworden. Mit der Verlängerung des Mandats für Schröder und Fischer hat sich die sozialdemokratische Variante imperialistischer Machtverwaltung behaupten können. Das Motiv linker Wähler, die für SPD und Grüne optierten, bestand offensichtlich in der Abwehr der Stoiber-Drohung. Diese Klientel muß von der Gefolgschaft der CDU/CSU und der FDP deutlich unterschieden werden. Man bedenke, daß es auch unter „RotFuchs“-Lesern Mitglieder und taktische Wähler der SPD gibt.

Das Groteske am Schröder-Fischer-Wahlsieg besteht übrigens darin, daß ausgerechnet die Mannschaft, die mit der Teilnahme am Angriff auf Jugoslawien zur ersten deutschen Kriegsregierung nach 1945 geworden war, ihren Fortbestand nur durch eine Absage an Bushs geplante Irak-Aggression zu sichern vermochte. Zugleich spielte Schröder plötzlich die „soziale Karte“, um die PDS auf ihren beiden Schwerpunktfeldern schlagen zu können. Der vorgegaukelte „Linksschwenk“ funktionierte: Hunderttausende von der PDS enttäuschte Linkswähler entschieden sich für die SPD. Inzwischen ist wieder alles in Butter. Auf die geschönten „Erfolgsbilanzen“ folgten die ernüchternden Wahrheiten des Morgens danach: „enorme Steuerlücken“, die angeblich niemand erwartet hatte, „Sparzwänge“ aller Art, die „schmerzhaft Eingriffe“ notwendig machten, Kassandrarufer der „Wirtschaftsweisen“ – das Koalitionsprogramm greift den Ärmsten der Gesellschaft und der Masse der Bürger pickpockethaft in die Tasche. Vier extra harte Jahre haben begonnen. Die Schwarzen werden Schröders Kabinett wie Geier umlauern und zusätzlich Druck von rechts machen. Der Druck von links aber fehlt. Zumindest vorerst. Ob sich die Gewerkschaften und andere demokratische Kräfte von Clement – dem Geschoß der Bosse – gängeln lassen, wird sich zeigen.

Bei uns müssen die Karten nicht neu gemischt werden. Als wir gegen die Stoiber-Drohung kämpften, sagten wir zugleich: Schröder ist – was den Klasseninhalt und die Grundorientierung seiner Politik betrifft – keine Alternative. Dabei bleibt's!

Klaus Steiniger



INHALT

Bali und Moskau	S. 2
Die PDS nach Gera	S. 3
Gedanken eines „Unverbesserlichen“	S. 3
Der Verlierer	S. 4
Marx als Kompaß	S. 5
Zur Fusion ORB-SFB	S. 5
Zum DDR-Hochwasserschutz	S. 6
Minister Reichelt zu Gast	S. 6
Eine Hamburger Premiere	S. 7
Freiheit für Krenz und Kadgien!	S. 7
Wovon westdeutsche Bauern nur träumen konnten	S. 8
Holz/Koebele: Erst am Anfang	S. 9
Die Mythen der Modernisierer	S. 9
Das ZDF als Manège	S. 10
Wolf Kaiser zum Gedenken	S. 10
Ein Ort, wie viele in Deutschland	S. 11
War die DDR-Justiz demokratisch? (2)	S. 12
Der fremde Staat	S. 13
Karl Mundstock im „RotFuchs“	S. 14
Vogelkunde	S. 14
Unvergessener Max Hoelz	S. 15
Thälmann zu Chinas Revolution	S. 16
Lula Presidente!	S. 17
Fünf kubanische Helden	S. 17
Löwe und Adler	S. 18
Hans von Sponeck zu Irak	S. 19
Seitenverkehrt	S. 20
Der Papst und Opus Dei	S. 20
Menschenrechte in den USA	S. 20
Ein Kosmonaut mit rotem Stern	S. 21
Wertvolle Edition	S. 21
Zu Feldbauers „Marsch auf Rom“	S. 22
Marx und Lenin in Kasachstan	S. 23
¡Presente!	S. 24
Leserbriefe	S. 25
Termine & Anzeigen	S. 28

Hatte die CIA in Bali und Moskau die Hand im Spiel?

Bin Laden ist überall

Die schrecklichen Geschehnisse im indonesischen „Ferienparadies“ Bali und in einem Moskauer Musicaltheater haben uns tief erschüttert. Die beiden blutigen, mit vielen Opfern verbundenen Anschläge trugen sich unabhängig voneinander zu und stehen doch in einem ebenso unsichtbaren wie untrennbaren Zusammenhang. Sie sollen offensichtlich eine globale terroristische Verschwörung von Islamisten gegen die „christliche Welt“ suggerieren und jenen extremistischen Kreisen um Bush, die zu einem neuen Kreuzzug „gegen den internationalen Terrorismus“ geblasen haben, Wasser auf die Mühlen leiten. „Wer zieht den Nutzen aus diesen Verbrechen?“, fragte dieser Tage die Brüsseler Wochenzeitung „Solidaire“.

Schon im Falle des Anschlags auf das New Yorker World Trade Center war die Verwicklung der USA-Geheimdienste – durch aktives Handeln, Dulden oder Unterlassen – thematisiert worden. Die Indizien erwiesen sich als zwingend. Gewiß, man hatte offenbar auf die Statik der Zwillingstürme vertraut und das Ausmaß der am 11. September 2001 eingetretenen Katastrophe wohl kaum in Betracht gezogen, war doch schon einmal ein Bomber in das Empire State Building gerast, ohne das Gebäude niederzureißen.

Im Falle Balis mußte Washingtons Interesse darin bestehen, Indonesien (210 Millionen Einwohner, davon 85 % Moslems), das seit dem Ende der Diktatur Suhartos et-

was aus dem Ruder gelaufen ist, wieder auf Linie zu bringen: Im Unterschied zu den Nachbarstaaten Malaysia und Singapur hat man in Djakarta nach dem 11. September keine neuen Gesetze gegen den Terrorismus erlassen und sich auch den Amerikanern gegenüber stärker gezielt als die Philippinen, wo inzwischen Einheiten der U. S. Special Forces zur „Terroristenbekämpfung“ eingetroffen sind.

Was aber hat das mit der jüngsten Moskauer Geiselnahme zu tun? Liegt hier nicht eher die Vermutung nahe, daß der russische Geheimdienst die tschetschenischen „Rebellen“ infiltriert hat, um durch ein Blutbad in der eigenen Metropole die „Rechtmäßigkeit“ des harschen Vorgehens gegen die überwiegend islamische Bevölkerung der Kaukasus-Republik ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu rücken? Wie kann eine so groß angelegte Operation ohne dessen Kenntnis vorbereitet und ausgelöst werden, selbst wenn ein Teil der Sprengstoffpakete Attrappen gewesen sein sollten? Vermutlich haben Putins Dienste an der „Be- und Entsetzung“ des Musicaltheaters eine gehörige Aktie. Das Hunderte Tote kaltblütig einkalkulierende Zuschlagen von Killern aus der Alpha-Einheit des FSB, die – ohne daß seitens der Geiselnahmer auch nur ein einziger Schuß gefallen war – alle im Saal vergasten, keine Gefangenen machten und über 40 bewußtlose Tschetschenen gezielt ermordeten, spricht Bände.

Doch man vermag sich das Drama auch anders auszumalen: Seit den Tagen der Aufstellung der ursprünglich gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan formierten Al-Quaida-Verbände Bin Ladens steckt die CIA kilometertief in der islamistischen Terroristszene. Kann es Zweifel daran geben, daß sie mit jenen Kräften kooperiert, die im imperialistischen Auftrag darauf hinarbeiten, das strategisch wichtige und ölfreiche Tschetschenien vom russischen Staatsverband abzutrennen? Weiter muß man fragen: Könnte es nicht sein, daß die CIA – über verdeckte Mittelsmänner und ohne Wissen der fanatisierten Mitglieder des eigentlichen Selbstmordkommandos – die Aktion X auslöste, um die im UN-Sicherheitsrat gegenüber der USA-Resolution zu Irak zögerlichen Russen auf spektakuläre Weise mit den „Gefahren des internationalen Terrorismus“ – vor der eigenen Haustür – zu konfrontieren?

Man darf davon ausgehen, daß der den mächtigen USA-Geheimdiensten von der Bush-Administration erteilte zentrale Auftrag jetzt darin besteht, unablässig „Be-weise“ für die „historische Notwendigkeit“ ihres Kreuzzugs „gegen den Terrorismus“ zu liefern. Bali und Moskau dürften kaum außerhalb dieser Strategie gelegen haben. Als ein Indiz mag die Tatsache gelten, daß die CIA den „Spezialkräften“ des FSB, der gewiß von ihr unterwandert ist, sofort zu ihrem „Erfolg“ ein Glückwunschsreiben übermittelte. S. R.



Verbundenheit mit ukrainischen Kommunisten
Der 1. Sekretär des Kiewer Stadtkomitees der KP der Ukraine, M. K. Rodionow (2. v. l.) ist dem „RotFuchs“-Förderverein beigetreten. Bildmitte: Karl-Heinz Reinhardt, Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig

Warum die Sozialdemokratisierung der PDS abgewehrt werden muß

Sorgen der Basis

Gegen eine Erneuerung der PDS ist nicht das geringste einzuwenden; im Gegenteil, sie ist geradezu unerlässlich, da sich ja auch die gesellschaftliche Situation und die Bedingungen ihres Wirkens verändert haben und sich weiter verändern. Die Frage ist nur: Erneuerung mit welchem Ziel, in welche Richtung? Völlig richtig wird immer wieder erklärt, die PDS müsse eine starke Partei links von der SPD werden. Aber

angeführt zu werden, denn wir kennen sie alle. Mitglieder und Sympathisanten haben ihren Frust darüber nicht nur bei der Wahl, sondern schon seit langem in unzähligen Leserbriefen und durch Parteiaustritte zum Ausdruck gebracht. Völlig richtig stellte Harald Ringstorff fest: „Seit die PDS in Schwerin mitregiert, ist ihr Stimmenanteil nicht mehr gewachsen. Eine Folge der Regierungsbeteiligung ist die

Wir müssen noch mehr gescheitertes kommunistisches Gedankengut hinter uns lassen und mehr sozialdemokratisches aufnehmen.“ (Die Welt, 23. 10. 99) Und seinem Freund Gysi bescheinigte er: „Gysi sucht neue Antworten, um den sozialdemokratischen Entwicklungspfad fortsetzen zu können.“ (Freitag, 6. 8. 99) Dieses Land aber braucht – wie Gabi Zimmer in Gera feststellte – keine zweite SPD.

„Sortieren, abwerben, schlucken“

Was „DER SPIEGEL“ der SPD im Umgang mit der PDS empfiehlt

wenn man das will, dann muß eine Erneuerung doch zum Ziel haben und auch dazu führen, ihr linkes Profil den heutigen Bedingungen anzupassen, es weiterzuentwickeln und zu stärken, anstatt – wie es leider geschehen ist – dieses Profil, das sie von der SPD unterscheidet, schrittweise aufzugeben und der SPD immer ähnlicher zu werden. Das hatte bekanntlich ernste Folgen. Wie oft hat sich die PDS im Ergebnis dieser Entwicklung fast bis zur Unkenntlichkeit verbogen. Beispiele brauchen hier wohl nicht

Sozialdemokratisierung der PDS“. (Schweizer Volkszeitung, 28. 1. 02) Man kann es drehen und wenden wie man will: Daß es mit der PDS so weit gekommen ist, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer gewollten, zielstrebig vorangetriebenen Entwicklung nach den Vorgaben und Ratschlägen einiger über aller Kritik stehender Funktionäre. Die Richtung hatte André Brie mit seinem Ratschlag vorgegeben: „Ich halte es für notwendig, daß die PDS sozialdemokratisches Potential ... erschließt und nutzt.

Was es braucht, ist eine möglichst starke, moderne, wirklich linke, antikapitalistische und sozialistische Partei, die es versteht, sich auf die heutige Situation einzustellen und besonders junge Menschen anzusprechen und für sich zu gewinnen. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Jetzt geht es nicht in erster Linie um Posten und Personen, sondern um eine gründliche und schonungslose inhaltliche Analyse und eine entsprechende inhaltliche Neuorientierung. **Gerhard Wetzel, Berlin**

Das Kleine bleibt klein nicht und groß nicht das Große

Gedanken eines „Unverbesserlichen“

Eine Flut von Meinungen ergießt sich seit dem 22. September, der Wahlniederlage der PDS, und dem Geraer Parteitag über die Medien. Auch nur auf einen Bruchteil von ihnen einzugehen, ist schon aus Platzgründen nicht möglich. Deshalb hier nur einige grundsätzliche Gedanken. Seit Gründung der PDS im Dezember 1989 – sie erfolgte de facto in der Form eines Parteiputschs der Kräfte um Gregor Gysi und André Brie – besteht ein Gegensatz zwischen großen Teilen der Basis und der Mehrheit der Parteiführung. Auf der einen Seite befanden und befinden sich viele Genossinnen und Genossen – vor allem ältere, die die DDR miterlebt haben, deren Errungenschaften schmerzlich vermissen und für eine wirklich sozialistische Partei eintreten. Auf der anderen Seite stehen die „Reformer“, für die Koalieren um jeden Preis inzwischen alles ist. Das führte besonders in Mecklenburg-Vorpommern, wo die PDS als Juniorpartner an der Regierung beteiligt ist, und in Sachsen-Anhalt, wo die frühere Landesregierung unter Höppner prinzipienlos toleriert wurde, zu den größten Stimmenverlusten. Viele bisherige Wähler zeigten sich über das mangelnde sozialistische Profil der Partei und über die mageren, gegen Null tendierenden Ergebnisse der Regierungstätigkeit enttäuscht. Das gilt auch für die Basis der PDS. Da sich die PDS-Führung (vor Gera) ohne Abstriche auf die Unterstützung des „kleineren Übels“ SPD orientierte und selbst eine Politik der forcierten Sozialdemokratisierung betrieb, sagte sich so mancher Wähler vermutlich: Warum nicht gleich Schröder wählen? Viele andere enthielten sich der Stimme. Bleiben wir beim Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Es war doch vorauszusehen, daß die

PDS-Minister gegen die SPD mit ihrer Parteizentrale im Rücken in der Landesregierung keine Chance haben würden. Und das gilt für jede minoritäre Beteiligung Linker an einer bürgerlichen Koalition, sieht man hier von besonderen historischen Situationen wie der portugiesischen Revolution 1974/75 ab. Wer „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ spielen will, kann nicht zugleich sozialistische Politikziele anvisieren. Auch im ganzen Verlauf des Geraer Parteitages, der einige neue Akzente setzte, fielen die Namen Marx und Engels nicht, geschweige denn Lenin. Sie sind für die PDS-Führung Unpersonen. Diese Verleugnung gilt auch für die DDR, die man wohl nach wie vor nicht als positive Wurzel betrachtet. Auch das Wort „Klasse“ wurde vermieden, während ein erbitterter Klassenkampf tobt. Wie kann die PDS bei solcher Orientierung den Anspruch erheben, eine wirklich sozialistische Partei zu sein? Man hilft sich mit dem Begriff „demokratischer Sozialismus“, der seit Jahrzehnten von der SPD besetzt ist. Gysi wußte schon, warum er ihn auf dem „Sonderparteitag“ 1989 so warm empfahl. Wegen solcher „Widersprüche“ bin ich 1989 aus der PDS ausgetreten und Mitglied der DKP geworden. Manche Genossen haben meinen Beitritt belächelt und sagten sich wahrscheinlich: Wie kann man sich nur einer Partei anschließen, die so klein und unbedeutend ist? Mich stört das nicht. Was heute noch klein ist, die kommunistische Bewegung in Deutschland, wird sich einmal zur führenden politischen Kraft entwickeln. Und was heute noch mächtig ist, die kapitalistische Gesellschaft, wird einmal Vergangenheit sein.

Herbert Thomas

Die Potsdamer Lyrikerin Christa Müller sandte uns dieses Gedicht:

**DER PDS INS
POESIEALBUM 2002**

Die Wölfe heulen
ich höre euch
mit ihnen

Der Mut
mit dem Teufel
zu speisen
setzt lange Löffel
voraus und
Verstand

Die Decke nach
der ein jeder
sich streckt ist
kurz (oder)
lang über
kurz
keine mehr

Herbert wird 90!

Am 29. November 2002 wird das verdiente Mitglied unseres Autorenkreises, **Genosse Herbert Thomas**, der als junger Kommunist im faschistischen Zuchthaus und im Konzentrationslager Buchenwald, dann seit der Befreiung als 2. Sekretär der KPD-Kreisleitung Güstrow und in vielen anderen Funktionen – zuletzt als Leiter der Presseabteilung der DDR-Volkskammer – immer wieder seinen Mut und seine Treue zur Sache unter Beweis gestellt hat, 90 Jahre alt. Wir danken Dir, lieber Herbert, der Du einer der Bescheidensten unter den Bescheidenen bist, für alles, was Du für uns getan hast.

Wir wünschen Dir die Kraft für viele weitere Jahre!

RF-Redaktion und Vereinsvorstand

Roland Claus: Abgehoben und abgestürzt

Der Verlierer

Der PDS-„Oppositionsführer“ schwieg auffallend lange nach der Wahl. Und auch während des politischen Ränkespiels danach fiel sein Name nicht. Demnach konnte, wer ihn kennt, fast mit Sicherheit annehmen, daß sich der Mann nach dem Desaster der PDS an den Urnen zwar kurz zurückgezogen hatte, aber um so intensiver über einen dritten Start in seiner Politikkarriere nachdachte. Was er wohl auch tat. Sein Versuch, im Handstreich ein Hallenser Direktmandat für den 15. Deutschen Bundestag zu erobern, hatte sich ebenso wie seine Wahl zum 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle am 11. November 1989 als Fehlkalkulation erwiesen, vom jüngsten Bemühen, in Gera noch einen Blumenstrauß zu gewinnen, ganz abgesehen.

Bei seinem Schnellaufstieg in die Bundespolitik vor 12 Jahren waren seine PDS-Wähler noch in Treu und Glauben der Meinung gewesen, der Mann habe sozialistische Visionen. Jedoch spätestens vor dem diesjährigen Wahltag konnte er davon niemanden mehr überzeugen; zwei Dutzend bestellte Claqueure, die ihn im großen und oft so leeren „R.-C.-Wahlzelt“ in Halle hochleben ließen, und nicht viel mehr der immer weniger gewordenen treuen alten Genossinnen und Genossen, die über seine Wahlgags nur noch müde lächeln konnten, waren dort zur Stelle. Das hing wohl mit der Erkenntnis zusammen, daß vorgetäuschte Eigenschaften, die am Beginn einer Karriere den Politiker für manche sympathisch machen, ihn zum Ende hin aber, wenn er kein Regulativ in der Praxis mehr hat, das er ernst nimmt, gefährlich abheben lassen. Früher oder später droht bei einem solchen Höhenflug der Fall. Für Fraktionschef Roland Claus dauerte es freilich eher lang, bis es dazu kam. Und eigentlich gebe es auch keinen Grund, seiner Abwahl von hochdotierten Posten nachzutruern, wäre die Partei der demokratischen Sozialisten nicht unter seiner Mitwirkung am rechten Führungskurs in ihre größte Wahlniederlage hineingerissen worden. Sie bedeutete den Verlust einer möglichen Tribüne für fortan wirklich linke Politik. Der dritte Karrierestart des Roland Claus endete mit einem Absturz.

Die Erde hat ihn wieder. Aber die im Fernsehen so ausführlich dokumentierte Hilflosigkeit und Enttäuschung beim harten Aufschlag einer Selbstüberschätzung reizt dazu, in einer Biographie zurückzublättern, die ganz anders begann.

Als junger Genosse der SED, dem eine solide Ausbildung zum Ingenieurökonom an der Merseburger Chemiehochschule nicht genügte, zählte der parteitreue Nachwuchskader zu den strebsamsten unter seinesgleichen. Bedingungslos erfüllte er alle Aufträge. Als 1. Bezirkssekretär der FDJ in Halle, als Mitglied des Sekretariats der SED-Bezirksleitung vermittelte er nicht den Eindruck eines Widerständlers oder späteren Renegaten. Nach dem Besuch der Parteihochschule „Karl Marx“ wurde er Kultursekretär des Zentralrats der FDJ. Insider wollen wissen, daß er gegen Ende der 80er Jahre in einem Zirkel ausgerasterter Intellektueller, u. a. mit der Organisation der FDJ-Jubeldemonstration für Gor-

batschow befaßt, eifrig am Sarg der DDR genagelt habe. Er wollte, wie er selbst sagte, „raus aus dem letzten Gefecht“, wollte, wie er es später in Wort und Tat oft genug bekundete, weder eine sozialistische DDR noch Sozialismus im Marxschen Sinne überhaupt. Getragen von einer undurchsichtigen Lobby gelang es ihm schon damals, nicht nur die Mitglieder der SED-Bezirksleitung zu täuschen. Die Dramatik der seinerzeitigen Ereignisse ließ keinen der Anwesenden auf die einzige vor seiner Wahl zum 1. Sekretär warnend erhobene Stimme einer Genossin hören, die darauf verwies, er habe längst den Boden unter den Füßen verloren.

Der kurze Weg zu der sich bald anschließenden Wahl als Landesvorsitzender der PDS Anfang 1990 entsprach genau dem politischen Kalkül seiner Lebensplanung. Er müßte es heute eigentlich den von ihm später so gescholtenen „Traditionalisten“ und den nach seiner Meinung immer nur auf Rückbesinnung orientierten „Gruftys“ aus der SED danken, daß die PDS-Mitglieder – revolutionären Traditionen entsprechend – auch unter den neuen kapitalistischen Bedingungen zu ihrer Partei und deren Führern standen.

Als die Krisenpolitiker aus CDU und FDP Sachsen-Anhalt mit Treuhandskandalen und Finanzbetrug in Verruf gebracht hatten, akzeptierte die Mitglied- und Wählerschaft der PDS selbst noch die feige Tolerierungspolitik gegenüber der nun aus Ruder gelangten SPD-Regierung durch die in den Landtag gewählten Sozialisten um Roland Claus.

Dies war aber erst das „Gesellenstück“ des Genossen aus Halle. 1998 in den Bundestag gelangt und dort zum Gysi-Adlatus avanciert, sollte er bald als Chef der Bundestagsfraktion seine „Meisterprüfung“ im „Ankommen“ und „Anbiedern“ ablegen. Sein Anteil an irrem Machttaumel statt an linkem Widerstand war wohl kaum zu über-

treffen. Noch kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (April 2002) ließ der legendäre Magdeburger Tolerierer wissen, er sei bereit, der neuen Landesregierung als Ministerpräsident mit der SPD als Juniorpartner vorzustehen. Doch dort, wo er in eitler Selbstüberschätzung begann, deutete sich schließlich auch das Ende seiner zweiten Karriere an. Die PDS verlor einen großen Teil ihrer Wähler, von den Sozialisten um Claus politisch „gesponsert“, erlebte die SPD Sachsen-Anhalts ihre größte Wahlschlappe seit einem halben Jahrhundert. Der so wild aufs Regieren war, muß nun mit ansehen, wie in Magdeburg wieder mal Schwarz-Gelb die Zügel führt.

Aber während im Landtag noch ein paar Abgeordnetenstühle vor der um sich greifenden Wählerskepsis gerettet werden konnten, sind für eine PDS-Fraktion in Berlin unter der gläsernen Kuppel keine Plätze mehr frei geblieben. Noch 24 Stunden vor der Wahl hatte Claus, der sich gern als „linker Pragmatiker“ bezeichnen ließ, trotzig erklärt: „Wir haben als sozialistische Opposition gehandelt!“ So stand Hochmut vor dem Fall. Gerade die zunehmenden Zweifel an dieser Aussage des PDS-Chefparlamentariers und seinem bürgerlichen Gefasel über die Einheit von Gerechtigkeit und Freiheit in der kapitalistischen Gesellschaft waren es doch, die die Niederlage vom 22. September maßgeblich bewirkten. Parteimitglieder und PDS-Wähler waren entsetzt, als Claus den Zwangskonzepten der Hartz-Kommission zur Liquidierung Hunderttausender Normalarbeitsplätze und den dazu einzurichtenden Personal-Service-Agenturen „einiges abgewinnen“ konnte. Und schamlos blieb der „sozialistische Oppositionsführer“ selbst in Gera noch für seinen Kniefall vor Bush, mit dem er den Kriegsgegnern der eigenen Partei offensichtlich sagen wollte, was in der Friedensfrage „Stillgestanden“ heißt. Und als er den Brief Gysis und Bries an Lafontaine, in dem die Geschichte der DDR mit verbalen Fußritten bedient wird, als Ausdruck der Umsetzung linker Politikansätze bezeichnete, wurde sicher nicht nur an der Saale hellem Strande die Frage gestellt, wann er denn endgültig reif sei, für eine „freundliche Übernahme“ durch die SPD.

Zuvor aber suchte er in einem fragwürdigen Zwei-Mann-Kabinettsstück auf dem Geraer Parteitag noch einmal nach einem Karrierestart. Wählst du mich, dann wähle ich dich, lautete das Regiekonzept. Wenn es der eine nicht schaffte, sollte der andere antreten, um die Wahl der einen zu verhindern. Und wer dann unter oder über wem ...? Oben bleiben hieß die Devise. Die ganze Richtung war es nämlich, die ihnen nicht paßte. Doch der Coup mißlang. Man wird sich eine neue Bühne suchen.

Mit einer „Mischung aus Opportunismus, Anpassung“ und „Machtbindung ... man hat es selbst nicht mehr bemerkt“, umriß Roland Claus einmal die Gründe seiner zweiten politischen Karriere. Aber er hat auch gesagt: „Wenn wir in dieser Gesellschaft (als Sozialisten! – d. V.) nicht unseren Platz finden, dann wäre es auch nicht schade, wenn es uns eines Tages wegweht.“

Hans-Dieter Krüger

Am 14. Dezember 2002 begeht eine der tüchtigsten und verlässlichsten Mitarbeiterinnen des „RotFuchs“-Vertriebskollektivs,

Genossin Brunni Büdler

ihren 65. Geburtstag. Von Beruf Lehrerin, hat sie sich zu DDR-Zeiten und nach dem Sieg der Konterrevolution unermüdlich für die kommunistische Sache geschlagen. Wir beglückwünschen sie zu ihrem Ehrentag!

Redaktion und Vereinsvorstand

Herzlich gratuliert der „RotFuchs“ den Genossen

Ulrich Farin aus Bramsche

(er vollendet am 23. November 2002 sein 50. Lebensjahr),

Klaus J. Hesse aus Berlin

(er begeht am 19. Dezember 2002 seinen 70. Geburtstag) und

Wolfgang Dockhorn aus Berlin

(er feiert am 25. Dezember 2002 seinen 60. Geburtstag).

Allen Jubilaren solidarische Grüße und aufrechte Wünsche!

Ein bemerkenswerter Beitrag zur PDS-Programmdebatte

Marx als Kompaß

Im Laufe der letzten Jahre sind wiederholt Linke und marxistische Beiträge aus der PDS und ihrem Umfeld erschienen, mit denen entweder das noch gültige Programm dieser Partei verteidigt oder eine darüberhinausgehende theoretisch-ideologische Positionsbestimmung vorgenommen wurde. Am präzisesten und zugleich weitreichendsten betrachte ich u. a. den alternativen Programmentwurf von Krusch, Kallabis und Wagner.

Jetzt hat der Philosoph und Soziologe Dr. Joachim Hempel, Tabarz, eine wertvolle Arbeit vorgelegt. Sie befaßt sich mit dem schon 1997 bei Dietz, Berlin, verlegten PDS-Programmkommentar von André Brie, Dieter Klein, Thomas Falkner und anderen Autoren. Alter Schnee? Längst überholt? Keineswegs. Das im NORA-Verlag produzierte Hempel-Buch ist erst im Frühherbst 2002, unmittelbar vor dem Geraer PDS-Parteitag, herausgekommen. Heute liest es sich wie ein kompetenter Ratschlag für die neue Führung der Sozialisten.

„Die PDS geht ihren Reform-Weg. Sie geht ihn ohne eine Theorie. Marx ist ihr als Reformator nicht dienlich“, konstatiert Hempel am Beginn seines Disputs, läßt das aber so nicht stehen. Er will die PDS auf den Weg der Klassiker zurückgeführt sehen, wobei er allerdings im expliziten Rückgriff auf Lenin etwas sparsamer agiert als in der Bezugnahme auf Marx und Engels.

Auf Seite 34 findet man den bemerkenswerten Satz: „Trotz des Scheiterns (?) des Sozialismus – ohne zunächst politische Macht der Arbeiterklasse und-oder der Volksmassen wird es keinen demokratischen Sozialismus, keine Revolution der Demokratie geben.“

Hempel rückt der Brie-Kleinschen Phrase von der „Überwindung der Dominanz des Profits“ knallhart auf den Leib und wirft die entscheidende Frage auf: „Wer vom Profit redet und davon, dessen Dominanz zu überwinden, muß folglich das kapitalistische Gesellschaftssystem und dessen Produktionsverhältnisse überwinden.“ (S. 49) Drei Seiten weiter wird der Autor noch deutlicher: „Wer also ‚Profitdominanz‘ überwinden will, muß an deren ‚Beschützer und Förderer‘ heran, den bürgerlichen Staat.“

Als gebildeter Theoretiker aus der DDR, der vor nebulösen Floskeln nicht zurückweicht, auch wenn er manchmal selbst unscharfe Termini aus fremder Wortschöpfung (Wende u. a.) gebraucht, bezieht sich Hempel in seiner geschliffenen Polemik auf die Leninsche Klassendefinition. „Die Verfasser des ‚Kommentars‘ suchen nach neuen Begriffen, um die kapitalistische Gegenwart fern vom Klassenbegriff gedanklich zu widerspiegeln. Die BRD ist eine Klassengesellschaft“, schreibt er. (S. 82) Hempel wendet sich dagegen, daß die Autoren Begriffe wie Klassenkampf und Klassenbewußtsein ablehnen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung habe die Arbeiterklasse als Avantgarde der Revolution hervorgebracht und die Diktatur des Proletariats als notwendige Gegenmacht zur Allmacht des Kapitalismus entwickelt. Nur so habe diese gebrochen werden können, bemerkt er.

„Die PDS ist nicht schlechthin Nachfolger der SED. Sie ist Erbe revolutionärer Entwicklung und darf das nicht verleugnen. Um Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die Geschichte der DDR der Wahrheit gemäß zu erarbeiten, bleibt es nicht aus, historisch objektive Geschichtsläufe zu betrachten und ins Kalkül einer PDS-Entwicklung einzubeziehen. Bedeutungsvoll sind die historischen Ausgangspositionen der revolutionären Entwicklung der späteren sozialistischen Parteien und Länder; die der Bolschewiki in der Oktoberrevolution; die Kämpfe der Sozialisten um Bebel; der Kommunisten um Liebknecht und Luxemburg, bis zu Thälmann ... Die PDS steht am vorläufigen Ende einer Kette revolutionärer und konterrevolutionärer Geschichtsentwicklung“, sieht er die Thematik unter Ausklammerung in Deutschland bestehender kommunistischer Parteien. „Sie übernimmt alles Positive der Entwicklung und

verleugnet nicht die Fehler der Linken in der Vergangenheit.“ (S. 114/115) Man bedenke: Das Buch, mit dem Herzblut eines revolutionären Sozialisten geschrieben, ist nicht, wie man meint, im Verlag einer Partei herausgekommen, die sich zu Marx, Engels und Lenin bekennt! Und noch einmal hält Hempel den Bries und ihresgleichen den Spiegel vors Gesicht, indem er fragt: „Was aber ist eine Partei, die meint, weltanschauungs- und ideologiefrei zu sein? Ein geistloser Brei ...“ Und er appelliert an die eigenen Genossen: „Die historische Wahrheit des Marxismus ist erwiesen.“ Die PDS müsse „diesen Wahrheitsgehalt nutzen“. Wenn ich auch nicht bei allem mitgehen kann, was Hempels kleiner Band an Thesen und Feststellungen enthält – er ist ein fundierter und vorwärtsweisender Beitrag zur Programmdebatte einer Partei, die nach Gera solcher Munitionierung noch dringender bedarf. **K. S.**

„RotFuchs“ würde Essenausgabe behindern

Kein Platz für so was

Mit „akademischem Viertel“ - am 21. Oktober 2002 - hat der Parteivorstand der DKP auf die schriftliche Bitte unseres Vertriebsleiters Armin Neumann vom 21. Juli 2002 geantwortet, dem „RotFuchs“ die Möglichkeit zu geben, die Zeitschrift den Delegierten des 16. Parteitages am 30. 11. und 1. 12. 2002 anbieten zu können. Gedacht war an ein bescheidenes Tischchen. In dem vom Mitglied des Sekretariats des PV Christian Koberg unterzeichneten abschlägigen Bescheid wird - sehr überzeugend - auf Platzmangel verwiesen, der es nur gestatte, „partei-eigene oder parteinahestehende Verkaufs- und Informationsstände aufzustellen“. In der angemieteten Düsseldorf-Schule gebe es „keine großen Nebenräume“. Die Eingangshalle müsse zur Essenausgabe genutzt werden. Der schmale Restraum bleibe dem Neue Impulse Verlag und dem Compress Verlag vorbehalten. Mit anderen Worten: Wir haben es wieder einmal mit der berühmten „Baustelle“ zu tun, die immer dort eingerichtet werden muß, wo gerade etwas geschehen soll ... **R. F.**

Worauf zielt der Fusionsvertrag ORB-SFB?

Vorahnungen

Der Brandenburgische Landtag und das Berliner Abgeordnetenhaus haben einem Staatsvertrag über den Zusammenschluß von ORB und SFB zu einem „großen ostdeutschen Sender“ namens RBB (Rundfunk Berlin-Brandenburg) zugestimmt. In beiden Ländern zeigt sich jedoch Widerstand gegen die Fusion. In Brandenburg formierte sich eine vom Medienbereich der Gewerkschaft ver.di unterstützte Initiative, für die mindestens 20 000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Bei der Aktion gegen den Staatsvertrag geht es vor allem um Nachbesserungen bei Mitbestimmungs- und Beschäftigtenrechten. Doch das ist aus unserer Sicht nur ein Teilaspekt. Vor allem darf man politische Gesichtspunkte, die mit der laufenden Operation verbunden sind, nicht außer acht lassen. Der SFB ist seit Jahrzehnten – zuletzt unter seinen Intendanten Engert und Schättele – ein ganz besonderer Hort des militanten Antikommunismus gewesen. Vom einstigen „Frontstadt-Sender“ wurde nichts ausgelassen, was zur Unterwanderung und

– nach erfolgter Konterrevolution – zur Diffamierung der DDR verwendet werden konnte. Der ORB hingegen entstand erst nach der Rückwärts- und Instrument der Konfrontation im Kalten Krieg geschaffen worden. Er verfolgte – bei prinzipiell gleicher ideologischer Ausrichtung – unter seinem Intendanten Rosenbauer eine etwas behutsamere und vor allem kulturvollere Linie. Natürlich diente auch dieser Sender Zielen der offiziellen Politik, vor allem in ihrer sozialdemokratischen Ausprägung, stellte dabei aber die Pluralität bestehender Meinungen und die Spezifik Ostdeutschlands stärker in Rechnung. Es ist nun zu befürchten, daß jene militant reaktionären Kräfte, die im politischen Kern des SFB konzentriert sind, im Zuge der Fusion bestimmenden Einfluß auf den RBB erlangen könnten. Er soll seine Sendetätigkeit am 1. 1. 2004 aufnehmen. Am 1. 6. 2003 wird mit dem „Umbau“ begonnen. **R. F.**

Erfahrungen beim Hochwasserschutz in der DDR

Ein Wort des Ministers

Die jüngsten Hochwasserereignisse im Ostergebirge sowie an Elbe und Mulde haben schlagartig die Gefahren und Folgen für Tausende Menschen, die Industrie und Landwirtschaft in das Bewußtsein der Gesellschaft gerückt. Gegenwärtig wird die Wirksamkeit der ergriffenen Hochwasserschutzmaßnahmen diskutiert, um Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Dabei könnten sicher viele Erfahrungen der DDR, die Anfang der 90er Jahre beiseite gelegt und durch nichts Besseres ersetzt worden sind, von Nutzen sein.

Das Wassergesetz bestimmte den Hochwasserschutz als Aufgabe der Organe des Staates und der Betriebe, die unter Mitwirkung der Bürger und ihrer Organisationen zu lösen waren. Im Vordergrund standen die vorbeugenden Maßnahmen im gesellschaftlichen und betrieblichen Hochwasserschutz. Zum gesellschaftlichen Hochwasserschutz gehörten Talsperren, Rückhaltebecken und Speicher, vorwiegend in den Entstehungsgebieten der Hochwasser, den Gebirgen, mit einem Hochwasserschutzraum von 236 Millionen Kubikmetern. Allein in Sachsen wurden die Talsperren Rauschenbach, Gottleuba, Bautzen und Eibenstock sowie vier Rückhaltebecken im Ostergebirge neu gebaut. Dazu gehörten auch 450 km Sommer- und Winterdeiche mit Poldern, Anlagen und Bauwerken, und besonders wichtig, den Hochwasserschutzgebieten. An der Ostseeküste waren es 167 km Dünen, 3 600 ha Küstenschutzwald, 315 km Deiche und 270 km Dämme. Für den Neu- und Ausbau sowie die Rekonstruktion vorhandener Anlagen wurden viele Milliarden Mark an Investitionen eingesetzt. Dadurch konnten 6,5 % des Gesamtterritoriums der DDR mit 1 070 Städten und Dörfern, 560 Industriebetrieben, 2 500 landwirtschaftlichen Anlagen, 800 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sowie Verkehrsanlagen, die besonders häufig gefährdet waren, geschützt werden. Und das immer erfolgreicher, wie es die Hochwasser, darunter die besonders gefährlichen Eishochwasser an Oder und Elbe und die an der Unstrut, den Mulden und der Werra in den 80er Jahren zeigten. Das Wassergesetz verpflichtete auch zum stärkeren Ausbau des betrieblichen Hochwasserschutzes. Dazu gehörten Maßnahmen wie die oberirdische Installierung von empfindlichen Anlagen, der Schutz von Türen und Fenstern vor dem Eindringen des Wassers durch Vorbereitung von Sandsäcken und anderem Material und die Sicherung des Lagergutes im Freien.

Hochwasserschutz war keine Saisonangelegenheit, an die man sich bei aktueller Bedrohung erinnerte. Aufgabe war es, seine Wirksamkeit ständig zu erhöhen.

Was hat sich bei der Planung und Organisation bewährt? Der Hochwasserschutz wurde, wie auch die Bewirtschaftung und Nutzung der Gewässer, nach Flußeinzugsgebieten mit dem Hauptwasserlauf und seinen Nebenflüssen, also nicht allein nach Territorien, organisiert. Der Ministerrat beschloß, die mit den Räten der Bezirke durch die Organe der Wasserwirtschaft ausgearbeiteten Programme für den Hochwasserschutz, in den 80er Jahren z. B. für das Einzugsgebiet der Werra und den Küstenschutz an der Ostsee. Es gab eine einheitliche Leitung und Verantwortung. In der

Regierung lagen sie beim Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, in den Flußeinzugsgebieten bei den diesem unterstehenden Wasserwirtschaftsdirektionen mit ihren Oberfluß- und Talsperrenmeistereien sowie Flußbereichen. Hier gab es die erfahrensten und fähigsten Fachleute, vielseitig ausgebildet, sachkundig und in Krisenlagen unerschrocken.

Hochwasserschutz machte eine breite Demokratie und Transparenz notwendig. Eine hohe Verantwortung hatten die örtlichen Volksvertretungen übernommen. Die Räte der Bezirke trugen sie für die Festlegung der Hochwasserschutzgebiete und die Kontrolle der erteilten Auflagen. Auch die Gemeindevertretungen spielten eine große Rolle. Sie bildeten zum Beispiel die Schaukommissionen, die im Frühjahr und Herbst den Zustand der Gewässer und aller wasserwirtschaftlichen Anlagen kontrollierten. An ihnen beteiligten sich jeweils etwa 20 000 Bürger. Besonderes Augenmerk galt den Deichschauen. Der Zustand der Deiche entschied über deren Standfestigkeit. Bisamratten, Wühlmäuse u. a. Kleintiere machten sie durch den Bau vieler Gänge wasserdurchlässig. Festgestellte Mängel wurden protokolliert und ihre Beseitigung veranlaßt. Das alles waren entscheidende Bedingungen einer erfolgreichen Hochwasserabwehr.

Wie wurde diese vorbereitet?

Für die Flußeinzugsgebiete arbeiteten die Direktionen Dokumente gemeinsam mit den Stäben der Zivilverteidigung und in Abstimmung mit den staatlichen Organen der Bezirke, Kreise und Gemeinden aus und hielten sie ständig auf dem Laufenden. Sie enthielten eine Gefährdungsanalyse für Wohnsiedlungen und andere bedrohte Objekte und bis ins Einzelne gehende Maßnahmen, z. B. zur Überwachung der Hochwasserentwicklung und der Gefährdungspunkte, zum Einsatz von Helfern und Material, zur Information und Warnung der Bürger. Das bildete die Grundlage für ein abgestimmtes Handeln aller Staatsorgane.

Der Hochwassermeldedienst wurde einheitlich durch das Ministerium organisiert. Er diente der Datengewinnung und -übermittlung zur Entstehung und zum zeitlichen Ablauf des Hochwassers und seiner räumlichen Verteilung. Auf dieser Grundlage wurden die Alarmstufen 1-4 durch die festgelegten Führungskräfte und die für die einzelnen Stufen zutreffenden Maßnahmen ausgelöst. Bereits während starker Niederschläge begannen computergestützte Berechnungen für mögliche Abflüsse und erste Pegelstände. Zur bestmöglichen Nutzung meteorologischer Daten für die Hochwasserabwehr und andere Aufgaben im Umweltschutz wurde nach dem großen Oderhochwasser zu Beginn der 80er Jahre der Meteorologische Dienst der DDR, der bisher dem Innenministerium unterstanden hatte, dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsministerium zugeordnet. In besonders gefährdeten Territorien wurden ständige Störreservelager mit Sandsäcken, Schaufeln, Beleuchtungsanlagen für Nachteinsätze, Trinkwasseraufbereitungsanlagen u. v. m. aufgebaut.

Die Nationale Volksarmee wurde grundsätzlich zum Hochwasserschutz eingesetzt, wenn die eigenen Kräfte der Wasserwirtschaft und der Territorien nicht ausreichten. Auf Antrag des Wasserwirtschaftsministers entschied der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates über die Anzahl der Soldaten und deren Ausrüstung. Gemeinsam mit den Organen der Wasserwirtschaft wurde die Ausbildung, z. B. für den Deichschutz durch den Verbau von Sandsäcken oder das Ausbringen von Plastestreifen, aber auch der Einsatz von Hubschraubern und Pontons zur Deichsicherung, geprobt. Für bestimmte Pionier-einheiten in der Nähe hochwassergefährdeter Gebiete stellte das einen Bestandteil ihrer Ausbildung dar. Schließlich fanden jährlich Trainingsübungen zur Hochwasserabwehr unter den verschiedensten Bedingungen statt, aus denen immer wieder neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Dr. Hans Reichelt

Trotz hoher Kompetenz reiften nicht alle Träume

Die DDR und die Ökologie

Am 4. Oktober 2002 war Dr. Hans Reichelt, zuerst Landwirtschaftsminister, später Vizepremier und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, im Berliner „RotFuchs“-Kessel zu Gast. Sein spannender Vortrag wurde durch die Mitglieder und Freunde der Regionalgruppe mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der führende Politiker der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, die in der DDR eine anerkannte Rolle spielte und nach der Annexion im Wege feindlicher Übernahme durch die CDU zerschlagen wurde, stellte die Leistungen der DDR auf ökologischem Gebiet heraus und machte zugleich um ungelöste oder unlösbare Fragen keinen Bogen. Dabei verwies er auf objektive Schranken und subjektive Defizite. Gerade die große Ehrlichkeit, mit der Hans Reichelt

aufwartete, fand den Respekt der Anwesenden.

Eindrucksvoll war die Auseinandersetzung des für die Wasserwirtschaft der DDR Verantwortlichen mit dem Unvermögen und dem unkoordinierten Vorgehen der für die jüngste Hochwasserbekämpfung zuständigen Stellen und Politiker der BRD, die sich als außerstande erwiesen, der „Jahrhundertflut“ vorbeugend und unter abgestimmtem Einsatz aller Kräfte bei klarer Zentralisation auf Führungsebene zu begegnen. Landräte und Bürgermeister hätten oft allein und auf verlorenem Posten gestanden, die großen Parteien nach Wahlkampfenszenarien Ausschau gehalten.

Ein Nachmittag in der Torstraße, der einmal mehr bewies, mit welcher Sachkenntnis die DDR gerade auch ökologische Fragen anzupacken versuchte. **E. H.**

Autoren der MfS-Abwehrstudie standen Rede und Antwort

Eine Hamburger Premiere

Zum ersten Mal haben fünf jener leitenden Offiziere, von denen der Doppelband „DIE SICHERHEIT – Zur Abwehrarbeit des MfS“ verfaßt wurde, ihr Werk im Westteil des Landes vorgestellt. Ins Magda-Thurey-Zentrum der Hamburger DKP kamen vier Tage nach dem 53. Geburtstag der DDR zahlreiche Zuhörer, um von Generalleutnant Wolfgang Schwanzitz und den Obersten Reinhard Grimmer, Siegfried Rataizik, Dieter Skiba und Wolfgang Stuchly zu erfahren, wie das sozialistische Deutschland von Anfang an mit allen Mitteln bekämpft wurde und was das MfS zum Schutz dagegen getan hat.

Die Veranstaltung kam auf gemeinsame Initiative der DKP-Gruppe westliche Innere Stadt und unserer „RotFuchs“-Regional-Gruppe HH zustande. Gute Organisation und Durchführung waren Ergebnis dieser Zusammenarbeit, über deren Fortsetzung und Vertiefung wir uns freuen würden. Zum Programm der MfS-Genossen gehörte ein Besuch im einstigen Eppendorfer Wohnhaus der Familie Thälmann, der die mit der Materie vertrauten Gäste sehr beeindruckte. Sie stifteten der Bibliothek der Gedenkstätte ihr Buch, wo es nun Interessierten zur Verfügung steht.

Den Mittelpunkt der Abendveranstaltung bildeten Beiträge der Genossen zu ihren Arbeitsbereichen in der Abwehr. Dargelegt wurden zunächst die eindeutigen Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit des MfS – im Kontrast zu der Tatsache, daß es so etwas in der BRD für BND und MAD bis Anfang der 90er Jahre nicht gegeben hat. Gründlich entlarvt wurden die Schauermärchen über die U-Haftanstalten des MfS, verbunden mit einer Warnung vor entsprechend hergerichteten und als „Gedenkstätten“ ausgegebenen Örtlichkeiten. Ausführlich und bis in die Anfänge zurückgehend schilderte man die Angriffe durch imperialistische Dienste und deren Bekämpfung durch das MfS, bereichert durch Zahlen über die Milliarden Schäden, die z. B. die gezielte Abwerbung von Spezialisten der DDR zuzufügen.

Vor allem auch für die jüngeren Zuhörer aufschlußreich waren die Fakten zur personellen Kontinuität des Nazi-Faschismus in den Sicherheitsapparaten der BRD, der die antifaschistische und proletarische Herkunft der MfS-Gründergeneration gegenübergestellt wurde. Die Redner ergänzten das Bild durch die Schilderung der Arbeit des MfS zur Aufklärung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen, die man in der BRD vertuschte und unaufgedeckt ließ. So, gerade in Hamburg von Interesse, in der Mordsache Ernst Thälmann und im Falle der Mörder von Kindern und Kriegsgefangenen in der Schule Bullenhuser Damm kurz vor der Befreiung der Hansestadt.

In der stets sachlichen Diskussion wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen. Was es mit der Behauptung auf sich habe, vor allem in den 80er Jahren seien in der DDR faschistische Gruppen aktiv gewesen, wollte ein Teilnehmer wissen. Die Genossen legten überzeugend dar, daß in der DDR weder Nährboden noch Platz für rechtsradikale Ideologie und Organisation bestanden ha-

be. Ansätze, meist westimportiert, seien vom MfS konsequent bekämpft worden. Was hingegen die faschistische Einflußnahme nach Zerschlagung des sozialistischen Staates betreffe, müsse konstatiert werden, daß außer „systemnahen“ DDR-Bürgern vor allem Hunderttausende Jugendliche den schwersten Schlag erhalten hätten. Von einem Tag zum anderen der Arbeits- und Lebensperspektive beraubt, wurden sie Zielobjekt und vielfach auch Opfer rechtsextremistischer Rattenfänger aus dem Westen.

Auf die Frage nach Ursachen des Sieges der Konterrevolution lautete die Antwort: Zu den Hauptfehlern habe sicher auch die Unterschätzung des Gegners gehört, die im Zuge der Entspannungspolitik Fuß fassen konnte. Im MfS sei das zwar bemerkt und in Berichten auch festgestellt worden, zu

einer Korrektur war man aber – auch aufgrund der diesbezüglichen Haltung der sowjetischen Verbündeten – nicht imstande. Leider wurde die spannende Rundeschließung zu fortgeschrittener Stunde beendet, weil die Genossen noch am selben Tag zurückreisen mußten. Daß die DDR das MfS als Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgan unter Führung der SED zwingend notwendig brauchte und damit viele Jahre die Angriffe ihrer Feinde abzuwehren vermochte, daran konnte es nach dieser Veranstaltung keine Zweifel geben. Mit Beifall dankten die etwa 70 Anwesenden den hohen Offizieren nicht nur für ihr Kommen, sondern auch – stellvertretend für alle Mitarbeiter des MfS – für ihre langjährige aufopferungsvolle Arbeit. Und zum „Tschüß“ war mehrmals „Kommt noch mal wieder!“ zu hören.

Werner Hoppe



Grafik:
Kurt Poltiniak
1952

Rachsüchtige Sieger kennen keine Gnade

Freiheit für Krenz und Kadgien!

Die „Gnadenskommission“ des Berliner Abgeordnetenhauses ist einer im Wahlkampf von Justizsenatorin Schubert geäußerten „Anregung“ nicht gefolgt. Sie hat zahlreiche ihr zugegangene Gesuche auf „Begnadigung“ von Egon Krenz, der – wie Heinz Kadgien – noch immer in Strafhaft gehalten wird, abschlägig beschieden.

Wir protestieren gegen das Andauern der Verfolgung wegen ihres Eintretens für DDR-Gesetze vor Gericht gestellter oder im Strafvollzug befindlicher Bürger. Während die Berliner PDS-Senatoren unter den Fittichen der SPD bisher nichts für die Freilassung politischer Gefangener unternahmen, veröffentlichten namhafte ostdeutsche Per-

sönlichkeiten schon am 9./10. Februar 2002 im ND einen Aufruf, in dem u. a. hieß: „Es wäre an der Zeit, die letzten noch in Haft befindlichen Politiker in ein normales Leben zu entlassen ... Für uns ist unverständlich, daß einzelne Menschen für den Gang der Weltgeschichte bezahlen müssen. Mit Freiheit, Gesundheit und Teilen ihres Lebens – einer Bestrafung, die auch ihre Familien betrifft.“ Zu den Unterzeichnern gehörten Gerhard Bengsch, Elfriede Brüning, Günter Görlich, Klaus Huhn, Gisela Karau, Karl Mundstock, Erik Neutsch, Eberhard Panitz, Rosemarie Schuder, Gisela Steinecker und Armin Stolper.

Streiflichter aus der DDR-Landwirtschaft

Wovon BRD-Bauern nur träumen können ...

Seit Mitte der 60er Jahre war Genosse Dr. Wilhelm Cezar (77) in führenden Funktionen der DDR-Landwirtschaft tätig, zuletzt als Staatssekretär im Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Welchen Stellenwert nahm die Landwirtschaft in der Politik der DDR ein?

Die Landwirtschaft war ein gleichberechtigter und gleichrangiger Wirtschaftsbe- reich. Das stellte einen wichtigen Teil unserer Bündnispolitik dar. Auf dem Lande sind die werktätigen Bauern nun mal die Verbündeten der Arbeiterklasse. Andererseits war die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande nur mit Unterstützung der Arbeiter und der Intelligenz möglich. Der Stellenwert wurde auch an der Besetzung der Führungsfunktionen sichtbar: Im Politbüro waren je ein Mitglied für die Landwirtschaft bzw. für alle anderen Wirtschaftsbereiche mit gleichem Stimmrecht zuständig, im Präsidium des Ministerrates war es ähnlich.

Wieweit konnten die Bauern auf zentrale Entscheidungen Einfluß nehmen?

Eine wichtige Form waren die Bauernkongresse, die je nach Bedarf im Abstand von ein bis zwei Jahren stattfanden. Ich erinnere mich noch gut an den 8. dieser Kongresse 1963 in Schwerin, an dem ich als gerade frischgebackener Stellvertreter des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates der DDR für Ökonomie und Planung teilnahm. Dort hagelte es buchstäblich Kritiken seitens der Bauern am bürokratischen System der Planung und Finanzierung. Walter Ulbricht forderte daraufhin, innerhalb von 14 Tagen Vorschläge zur Entbürokratisierung zu unterbreiten. Ich wurde damals für diese Aufgabe verantwortlich gemacht. Mit einer Gruppe von Bauern stellten wir seitenlange Vorschriften auf den Prüfstand und reduzierten sie auf eine Handvoll Kennziffern, die vor allem die Produktion von Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Milch betrafen. Alles andere sollten die Bauern entsprechend ihren natürlichen und ökonomischen Bedingungen selbst entscheiden. An die Stelle von gestrichenen Planzahlen setzten wir ökonomische Regelungen wie z. B. die Produktionszuwachsprämie. Gleichzeitig war garantiert, daß alle Erzeugnisse bei stabilen Preisen abgekauft wurden. Wie froh wären wohl die Bauern der BRD, wenn sie auch solche Verhältnisse hätten!

Wie waren die Auswirkungen?

Die neuen Regelungen fanden ungeteilte Zustimmung der Bauern. In der Zeit von 1963 bis in die 70er Jahre erzielten wir eine rasche Zunahme der Produktion: Die DDR wurde aus einem Importland z. B. von Fleisch und Butter zu einem beachtlichen Exporteur. Und das bei steigendem Pro-Kopf-Verbrauch, der schon damals bei wichtigen Nahrungsgütern über dem auch nicht niedrigen Niveau der Alt-BRD lag. Das war eine Phase besonders schneller Entwicklung unserer Landwirtschaft.

Gab es auch Phasen der Stagnation?

Ja, vor allem in den Jahren von 1974 bis 1980. Die Ursachen lagen weniger in un-

günstiger Witterung als vielmehr in problematischen politischen Entscheidungen. Mit dem Sturz Walter Ulbrichts verschwanden auch die Anfänge des Neuen Ökonomischen Systems, damit auch die Landwirtschaftsräte, sowohl zentral als auch auf der Ebene der Bezirke und Kreise. Das bedeutete eine Einschränkung des Mitspracherechts der Bauern. Die zentrale Regulierung nahm wieder zu.

Eine fragwürdige Entscheidung betraf die Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion in spezialisierten Betrieben. Sicher gab und gibt es weltweit Fälle, wo das ökonomische Vorteile bringt. Erfolgt sie jedoch, wie in der DDR, flächendeckend und um ihrer selbst willen, dann muß das zwangsläufig mit der Ökonomie kollidieren. So vergrößerten sich gewissermaßen über Nacht die Wirtschaftsbereiche der LPG von einem Dorf auf vier bis fünf Dörfer, so daß zusätzliche Arbeitswege entstanden und sich die Stallungen, Werkstätten und andere Einrichtungen als zu klein erwiesen, um die Vorzüge der Spezialisierung nutzen zu können. Es mußten neue Arbeitskollektive und Betriebsleitungen gebildet werden, und die gegenseitige Hilfe z. B. während der Erntekampagnen war nicht mehr selbstverständlich. Das alles hat Milliarden gekostet, und wer dazu eine kritische Haltung hatte, galt als „letzter Kleinbauer der DDR“.

Ging es nach den Stagnationserscheinungen der 70er Jahre wieder aufwärts?

Es bedurfte einiger Zeit, bis mit den Bauern durch Bildung von Kooperationsräten ein Ausweg gefunden worden war. Als höchste Form der Kooperation entwickelten sich Agrar-Industrie-Vereinigungen. Sie koordinierten in ihrem Einzugsbereich – meist ein ganzer Landkreis – nicht nur die Pflanzen- und Tierproduktion, sondern auch die Verarbeitung, vor allem die Milch- und Fleischindustrie, die Getreidelagerung und -verarbeitung und die Vorleistungsbereiche. An der Spitze dieser Vereinigungen standenerfahrene Genossenschaftsbauern, und ihr großer Vorteil lag in der gleichberechtigten Zusammenarbeit der jeweils beteiligten Landwirtschafts- und Industriebetriebe. Heute ist das undenkbar: Die Bauern sind dem Diktat vor allem der großen Handelsketten unterworfen. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum in der BRD jährlich nicht selten an die 20 000 Betriebe aufgeben müssen, verbunden mit dem sozialen Absturz der betroffenen Bauernfamilien.

Waren die Agrar-Industrie-Vereinigungen eine Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee?

So könnte man es sagen. Am Anfang der Genossenschaftsbewegung gab es seitens mancher Bauern Skepsis, aber im Verlauf von über 30 Jahren lernten sie die Vorzüge dieses Weges schätzen. So gehörte wohl kaum ein Genossenschaftsbauer zu denen, die 1989 in Budapest, Prag oder Warschau über die Zäune von BRD-Botschaften kletterten. Diese Haltung bewahrten sich viele bis heute. Trotz Repressalien existieren zahlreiche LPG noch immer in veränder-

ter juristischer Form und entwickeln sich – im Unterschied zu den volkseigenen Betrieben, die ohne nennenswerte Gegenwehr vom Großkapital liquidiert werden konnten. Auch in der Arbeitsproduktivität sind die ostdeutschen Genossenschaften den bäuerlichen Betrieben der Alt-BRD überlegen.

Wurde die insgesamt positive Entwicklung der DDR-Landwirtschaft nicht durch hohe Subventionen gestützt?

Die Bedeutung der Subventionen für das Einkommen der Bauern war stark rückläufig. Unsere Preispolitik wurde so angelegt, daß die normale Reproduktion der Betriebe über den Verkauf ihrer Produkte gesichert werden konnte. Das war ein langer Prozeß, aber in den 80er Jahren deckten die Genossenschaften mehr als 90 % ihres Finanzbedarfs aus den Verkaufserlösen. In Westdeutschland hingegen kann ein erheblicher Teil der Betriebe nur 50 % seiner Einnahmen auf diesem Wege erzielen. Für die Bauern ist das zermürbend, weil ihre Abhängigkeit von Subventionen und Entscheidungen der jeweiligen Regierung und der Brüsseler Kommission immer erdrückender wird. Bei uns funktionierte das so, daß die ursprünglich sehr hohen Zuschüsse z. B. für Landmaschinen oder Treibstoffe dann zur Erhöhung der Erzeugerpreise eingesetzt wurden.

Blieben es damit nicht doch Subventionen, nur an anderer Stelle?

Das ist richtig. Da die Verbraucherpreise im allgemeinen unter den Herstellerpreisen lagen, wurden nunmehr die Verbraucherpreise subventioniert – ein Verfahren, das weithin als „zweite Lohntüte“ galt. Die Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse waren mit den realen Preisen konfrontiert, die Verbraucher jedoch nicht. Die negativen Folgen dieses Verfahrens habe ich ausführlich in meinem Buch „Irrwege, Umwege, Auswege gesellschaftlicher Bewegungen“ (Schkeuditzer Buchverlag 2000) beschrieben. Richtig wäre es gewesen, die Mittel zur Subventionierung in die „erste Lohntüte“ zu überweisen und dafür die Preise real zu gestalten. Das hätte zweifellos zur Veränderung mancher Verbrauchergewohnheiten geführt. Aber den Subjektivismus in der Preisgestaltung gab es nach sowjetischem Vorbild in allen sozialistischen Ländern als angebliche Errungenschaft des Sozialismus.

Im Nachtrag zu Ihrem Buch findet sich der Satz: „Wir sind also weder am Marxismus noch am Leninismus gescheitert, sondern an der Abkehr von beiden“. Darf man dies als Ihr Fazit werten?

Ein Politiker wie Gorbatschow nutzte kaltblütig die Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, weil er verstanden hatte, daß es uns früher oder später gelingen würde, sie zu überwinden. Mein Fazit: Da es in Natur und Gesellschaft Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung gibt, ist die Geschichte noch längst nicht am Ende.

Interview: Frank Mühlefeldt

Eine Zuschrift von Hans Heinz Holz und Patrik Köbele

Erst am Anfang

Wir müßten ja eigentlich stolz sein, im „Rot-Fuchs“ so über den grünen Klee gelobt zu werden – und noch dazu von einem so kritischen und streitbaren Autor wie Klaus Steiniger (s. RF 57, „Klarheit und Wahrheit“). Doch müssen wir gestehen, daß wir etwas beschämt sind. Es gibt genug Mängel unseres „Verbesserungsvorschlags“, die in weiterer Diskussion zu beheben sind. Erstens haben wir uns (bisher) nur zu zwei Programmteilen geäußert, zur Imperialismusfrage und zum Sozialismus-Konzept; wichtige Teile wie die Analyse der Klassenkräfte, das Parteiverständnis, die Europapolitik, der Internationalismus fehlen noch.

Zweitens muß ein Parteiprogramm die kollektiven Erfahrungen der Genossinnen und Genossen verarbeiten, und dieser Erfahrungsaustausch hat noch gar nicht stattgefunden. Es lag uns fern, eine Beschlußvorlage zu erarbeiten. Wir wollten die Diskussion eröffnen, nachdem wir den Grundlagenentwurf des Parteivorstandes (der DKP) unzulänglich fanden.

In ihrem Referat auf der 11. PV-Tagung hat die Genossin Nina Hager ausgeführt: Schon bei der Veröffentlichung des Grundlagenentwurfs „waren wir uns alle der Schwächen dieses Materials bewußt ... Dieses Material war konzipiert, eine Diskussion anzuregen. Es war und ist kein Programmwurf. Wer der Auffassung war und ist, hier sollte etwas schnell ‚durchgezogen‘ und verabschiedet werden, negiert, daß von Anfang an eine breite demokratische Diskussion in der Partei angestrebt wurde.“ (Warum dann allerdings unser Vorschlag zur Verbesserung bedauert wird – „leider ist ... erarbeitet worden“ – verstehen wir nicht.)

Jedenfalls: Es ist gut, daß damit ein Mißverständnis ausgeräumt wurde, das bestand und zur Verwirrung beitrug. Wir haben den Grundlagenentwurf immer als einen Diskussionsanstoß betrachtet und darum unsere Voten als Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Die breite Zustimmung, die wir gefunden haben, freut uns natürlich.

Die eigentliche Formulierungsarbeit kann aber nun erst beginnen. In ihr muß sich das Selbstverständnis der ganzen Partei ausdrücken, und am Text sollten Genossinnen und Genossen aus Ost und West gemeinsam feilen. Für das Maß an begrifflicher Genauigkeit hat uns Karl Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ ein Musterbeispiel gegeben.

Wir halten die begonnene kontroverse Diskussion für ein Zeichen der Stärke der Partei. Nach der Niederlage von 1989 und der Veränderung der weltpolitischen Situation braucht es genaue Analysen. Niemand kann sagen, daß er allein das Ganze richtig sehe. Wir alle müssen bereit sein, voneinander zu lernen. Und wir haben allen Grund, entschlossen zu sein, die Grundlagen unseres kommunistischen Geschichtsverständnisses und unserer wissenschaftlichen Weltanschauung nicht preiszugeben.

Sahra Wagenknecht zu imperialistischen Hirngespinnsten

Die Mythen der Modernisierer

Mythen sind überlieferte, oft phantastische Vorstellungen über die Ursprünge von Erscheinungen der realen Wirklichkeit. Sie sind ein falsches Abbild und Ausdruck der Abhängigkeit der Menschen von unerkannten „Mächten“ in Natur und Gesellschaft. Modern soll zeitgemäß heißen, dem vielzitierten „Zeitgeist“ entsprechend; modernisieren also, etwas aktuellen Erfordernissen anpassen, umbauen, verändern. Ob Bush oder Blair, Schröder oder gar Stoiber, Haider und Berlusconi – sie alle geben vor, die Gesellschaft „modernisieren“ zu wollen, wobei sie ihre Bestrebungen mit dem Mythos zu verschleiern trachten, ihr Handeln entspräche den „Erfordernissen der Zeit“.

In ihrem 2001 im Dingsda-Verlag erschienenen Büchlein „Die Mythen der Modernisierer“ enttarnt Sahra Wagenknecht dieses Treiben. Das, was gegenwärtig in Wirtschaft und Politik als Modernisierung angepriesen wird, ist alles andere als neu oder zeitgemäß. Es ist ein Mythos, daß es modern sei, wenn heute die Reste des „Wohlfahrtsstaates“, also des bis 1990/91 durch das damals bestehende Kräfteverhältnis zeitweise gezügelten Nachkriegskapitalismus, weggefegt werden, um ungehemmter Ausbeutung, Aufrüstung und Kriegshysterie Platz zu machen. Es hat nichts mit Modernität zu tun, wenn Schröder und Blair in ihrem gemeinsamen Papier die Profitgier mehr und mehr von staatlicher Einschränkung und Kontrolle befreien wollen. Ebensovienig modern ist es, wenn die öffentliche Verschuldung wächst und damit erhöhte Zinszahlungen neue Ausgabenkürzungen des Staates, der Länder und Kommunen bewirken. Als ultramodern werden z. B. die Vorschläge der Hartz-Kommission ausgegeben, mit denen ohnehin an den Rand gedrängte Teile der Arbeiterklasse dazu gezwungen werden sollen, ihre Arbeitskraft noch mehr unter Wert zu verkaufen. Die Mythen von freier Marktwirtschaft und Demokratie sollen die Tatsache ver-

schleiern, daß heute etwa 150 Wirtschaftsgiganten mit jeweils Hunderttausenden Beschäftigten und Milliardärprofiten die Weltwirtschaft beherrschen und die als „neoliberal“ bezeichnete Politik der kapitalistischen Staaten bestimmen. Diese führt zu wachsender Verarmung. In der EU beträgt die Zahl der unter der Armutsgrenze Lebenden offiziell 68 Millionen Menschen, von den Ländern der Dritten Welt ganz zu schweigen. Das alles ist nicht modern, sondern Ergebnis weltweiter kapitalistischer Ausbeutung.

Widersetzt sich ein Land diesem System, dann organisiert man eine „friedliche Revolution“, der Militärputsch aber bleibt nicht ausgeschlossen, und was ist an der vornehmeren Art eigentlich demokratischer? Die bürgerliche Demokratie ist ein Mythos. Hinter den durch Wahlergebnisse „legitimierten“ Politikern steht im besten Falle ein Bruchteil der Bevölkerung. So stimmten für die Schröder-SPD am 22. September 2002 ganze 30,1 %, für die Fischer-Partei 6,7 % der Wahlberechtigten. Der vom Obersten Gericht der Vereinigten Staaten eingesetzte USA-Präsident George W. Bush wäre übrigens froh gewesen, wenn er auf einen so „hohen“ Prozentsatz an Wählerunterstützung verzichten könnte.

Ein besonderer Mythos umschwebt den Markt. Er ist „gesättigt“, während Millionen Menschen verhungern, denn nicht die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sind hier der Maßstab, sondern allein die zahlungskräftige Nachfrage. Investitionen seien nötig, eine höhere Arbeitsproduktivität, „Wachstum“, um den Wohlstand zu erhöhen, behaupten die „Modernisierer“. Investitionen entpuppen sich schnell als Rationalisierungsinvestitionen, und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung führt unter kapitalistischen Bedingungen zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit ...

Mythos kapitalgedeckte Rente? „Wunderbare Märchenwelt! Alle zahlen weniger

und bekommen am Ende mehr! Tatsächlich dürften selten so viele Lügen auf 100 Quadratcentimetern Zeitungspapier Platz gefunden haben wie in diesem Riester-Artikel, der wortreich und demagogisch eines der bisher größten Sozialverbrechen der Koalition von SPD und Grünen schönzureden versucht: die Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung“, liest man bei Sahra Wagenknecht.

Mythos „Eigeninitiative“ statt „sozialer Hängematte“? Der „Sozialstaat“ sei unbezahlbar geworden ... Ja, wenn den Konzernen die Steuern erlassen würden ... Sie erhalten heute bereits mehr Subventionen als sie überhaupt Steuern zahlen! Und das bei alljährlichen Rekordgewinnen!

Modern ist, was dem Zeitgeist entspricht. Wer bestimmt aber, was der Zeitgeist ist?

Es ist das Verdienst der kommunistischen Autorin, das zu hinterfragen – im Gegensatz zu manchem „Linken“, der einfach in der „Moderne“ ankommen will.

Mythos „Globalisierung“? Täglich „floaten“ etwa 4 Billionen Dollar um den Erdball, maximal 2 % davon haben Bezug zum realen Welthandel, der Rest dient Spekulation und Arbitrage (Ausnutzung von Kurschwankungen mit Marktkenntnis).

Was ist hieran modern? Es sind die heutigen Auswüchse des Alten, nämlich der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem imperialistischen Stadium, das bereits Lenin analysierte. Modern, zeitgemäß wäre es, mit dem Alten ein für allemal Schluß zu machen und einer neuen sozialistischen Gesellschaft den Weg freizugeben.

Seitdem das Büchlein von Sahra Wagenknecht, dessen Lektüre wärmstens empfohlen wird, erschienen ist, hat sich in der Welt viel ereignet. Doch es ist nichts geschehen, was die Aktualität ihrer Aussagen gemindert hätte. Ihre Schrift hilft uns, die Mythen der Modernisierer zu widerlegen.

Ernst Heinz

Ein „Philosophisches Quartett“ und der Raubtier-Kapitalismus

Das ZDF als Manege

Man wundert sich: Deutsche Philosophen diskutieren über „Raubtier Kapitalismus“. So geschehen am 6. Oktober 2002 in der Sendung „Im Glashaus. Philosophisches Quartett“ des Zweiten Deutschen Fernsehens, die nach dem Ende des „Literarischen Quartetts“ Anfang des Jahres ins Programm genommen wurde. Veranstalter sind die Philosophen Peter Sloterdijk und Rüdiger Safranski, die sich zur Diskussion jeweils zwei Prominente einladen. Bis zur Sommerpause absolvierte man die Themen „Angst“, „Der Skandal“, „Glaubenssache Amerika“, „Ehrgeiz, Eitelkeit, Korruption“. Und nun „Raubtier Kapitalismus“, ein böses Wort, das sonst nur radikale linke Kritiker der gegenwärtigen Gesellschaft in den Mund nehmen. Leute mit guter Bildung reden nicht so, sie sprechen von „sozialer Marktwirtschaft“, „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“, „moderner Gesellschaft“, „Wohlstandsgesellschaft“, „Dienstleistungsgesellschaft“, „Risikogesellschaft“, „Spaß- und Event-Gesellschaft“ usw.

Aber vielleicht ist in den Augen unserer zwei Philosophen Raubtierhaftigkeit auch nicht so etwas Schlimmes, sie kennen und verehren Friedrich Nietzsche, sie haben in dessen „Zarathustra“ gelesen, daß der Mensch „das beste Raubtier“ ist, und sie kennen sein Loblied auf die „blonde Bestie“. Und sie wollten auch gar nicht über die Raubtiereigenschaften sprechen, die der Kapitalismus in fünf Jahrhunderten seiner Existenz in vielfachen Erscheinungsformen bis in die Gegenwart entwickelt hat: Zusammenraffen von Reichtum durch Ausbeutung und Pauperisierung der arbeitenden Menschen, koloniale Unterwerfung der ganzen Erde, Vertreibung, Dezimierung und Ausrottung ganzer Völker der Ureinwohner Amerikas, Sklavenjagd in Afrika und Sklavenexport nach dem neuen Kontinent, Imperialismus, Eroberungskriege und Kriege um die Weltherrschaft, Faschismus, Völkermord und die barbarischen Ideologien des aggressiven Nationalismus und Rassismus. Aber unseren Philosophen, die sich als Diskussionspartner den Philosophen Norbert Bolz, Autor des Buches „Das konsumistische Manifest“, und als „Mister Kapitalismus“ begrüßt, Hans-Olaf Henkel eingeladen hatten, ging es nicht darum, dem Raubtier die Reißzähne zu ziehen und die Krallen zu stutzen. Ihre Unterhaltung befaßte sich mit dem Problem „Zähmung des Kapitalismus“ durch staatliche Regulierung und wie weit diese gehen dürfe, ohne der „Wirtschaft“ zu schaden.

Safranski verkündete einleitend seine Thesen: Der Kapitalismus sei erfolgreich gewesen, weil er ein „gezähmter“ Kapitalismus war. Durch seinen Erfolg sei er zu einer Ersatzreligion, zu einem „ökonomischen Fundamentalismus“, geworden. Es müsse gefragt werden, ob deshalb nun eine „neue Zähmung“, ein neuer „sozialer Kompromiß“ notwendig sei. Revolution und Sozialismus erledigte er dadurch, daß sie auch nur ein Weg in den Kapitalismus gewesen seien. Der Kapitalismus aber sei die Revolution selbst mit einer dreifachen Geschichte: neben einer Freiheitsgeschichte auch

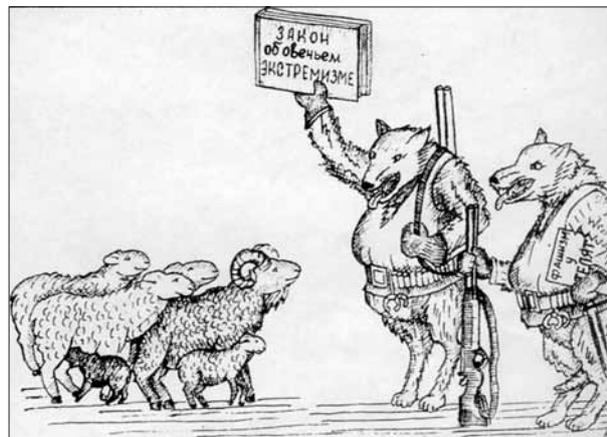
einer Kriminalgeschichte und einer Katastrophengeschichte. Er müsse z. B. Arbeitskräfte freisetzen und könne daran selbst nichts ändern. Deshalb seien der Staat und sein Eingreifen als Katastrophenschutz nötig.

Das gefiel natürlich BDI-Henkel nicht: Statt von Kapitalismus spreche er lieber von „Marktwirtschaft“, der man doch immerfort Unrecht tue. Schließlich sei sie notwendigerweise mit Demokratie verbunden. Offensichtlich weiß Henkel nicht, daß es Markt schon seit der Antike, dort war er vornehmlich Sklavenmarkt, gibt; er hob das Wohltätige, durch Globalisierung auf der ganzen Welt zu verbreitende Dreieck Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechte hervor, fand die Staatsquote der BRD viel zu hoch und darum schädlich für die Wirtschaft, berief sich dabei auf Ludwig Ehrhards Ausspruch „Zu viel sozial ist unsozial“, konzidierte aber immerhin, daß für „die Wirtschaft“ wie für ein Fußballspiel einige Regeln notwendig seien. Bemerkenswerterweise bezeichnete er, wohl unzufrieden mit deren in seinen Augen ungenügendem Einsatz für Unternehmerinteressen, die CDU als eine „große sozialdemokratische Volkspartei“, was Sloterdijk zu dem Zwischenruf veranlaßte, es gebe fünf sozialdemokratische Parteien in der Bundesrepublik. Welche mögen da wohl

gemeint sein? Wenn man sich erinnert, daß 1931 ein führender Gewerkschaftsfunktionär auf einem Parteitag der SPD die Rolle der Sozialdemokratie als „Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“ gekennzeichnet hat, dann ist damit wohl auch die Funktion der heutigen Parteien, gleich ob sie regieren oder im Parlament opponieren, durchaus zutreffend charakterisiert. Die Krankheiten der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart sind vielfältig: Wirtschaftsflaute, Massenarbeitslosigkeit, Börsenflaute, Haushaltslöcher und eine riesenhafte Staatsverschuldung, Verfall der politischen Kultur und Moral, Skandale und Korruption, eine miserable Lage in den sozialen Sicherungssystemen, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im geistig-kulturellen Leben u. a. So sehr die Parteien auch ihre jeweilige Politik als Auswege aus der Misere anpreisen – ein wirksames Rezept zur Heilung des Kapitalismus von seinen Gebrechen hat bisher keine von ihnen vorgelegt. Und die drei Philosophen wie der Herr Henkel haben auch keines entwickelt.

Dr. sc. Heinz Malorny

Unser Autor, Jahrgang 1932, lernte Tischler, besuchte die ABF, studierte Philosophie und arbeitete von 1975 bis 1991 am Zentralinstitut für Philosophie der AdW. Er galt u. a. als Nietzsche-Spezialist der DDR.



Endlich ein Gesetz über den Extremismus der Schafe!

Aus: „Sowjetskaja Rossija“

Vor zehn Jahren: Befreiungsschlag eines Unverbiegbaren

Wolf Kaiser zum Gedenken

Vor zehn Jahren hat sich Wolf Kaiser in den Tod gestürzt. Von Mackie Messer bis Meister Falk reichte die Darstellungsskala dieses großen Mimen. Wolf Kaiser gehörte zu jenen herausragenden Schauspielern, welche das Bild des Brechtschen Berliner Ensembles prägten. In unzähligen Filmen und Fernsehproduktionen stand er vor der Kamera. Aus der Schweiz stammend, war er ein Stück DDR. Als der sozialistische deutsche Staat zerschlagen wurde, brach auch für Wolf Kaiser eine Welt zusammen. Mit der Kälte der neuen Wirklichkeit, die ihm aus der zurückgekehrten alten Gesellschaft entgegenschlug, mit dem Verlust all dessen, was zuvor sein Herz gewärmt hatte, konnte er nicht fertig werden. Ein

der Linken zutiefst verbundener Künstler, aber selbst kein revolutionärer Kämpfer der Arbeiterklasse, brachte er nicht mehr die Kraft auf, weiterzumachen, sich aufzubauen, Widerstand zu leisten. Die neuen Machthaber aber ließen ihn in der Versenkung verschwinden, wollten den Namen des Unverbiegbaren aus dem Gedächtnis seiner Zuschauer tilgen. Um sich selbst treu zu bleiben und seine Würde zu wahren, sah er, der die Höhen des Ruhms erklommen hatte, keinen anderen Ausweg als den selbstzerstörerischen Sprung in die Tiefe. Ein großer Schauspieler deutscher Zunge, der zum Kündler einer besseren Zeit wurde, fand so sein tragisches Ende. **S. R.**

Als SA-Männer in Hohenmölsen auf Judenjagd gingen

Ein Ort, wie viele in Deutschland

Zu Beginn der Dreißiger des vergangenen Jahrhunderts war die Ansiedlung Hohenmölsen, im Städtedreieck Weißenfels, Zeitz und Naumburg gelegen, das, was man als Ackerbaustädtchen bezeichnet. Ein Ort also, wie viele in Deutschland. Drei Türme bestimmten seine Silhouette, der Rathausurm, der Wasserturm und der höchste der drei, der Turm der Kirche St. Peter. Das wichtigste Ereignis im Jahresablauf fand jeweils am 1. Wochenende des September statt: ein großer Jahr- und Viehmarkt, der Tausende Besucher von nah und fern herbeilockte.

Zwischen 3 000 und 4 000 Menschen lebten in Hohenmölsen, sicher rechtschaffen und bieder wie anderen Orten auch. Viele von ihnen arbeiteten in den umliegenden Tagebauwerken sowie in den die Braunkohle verarbeitenden Kraftwerken, Brikettfabriken, Schwelereien und Paraffinwerken der näheren oder weiteren Umgebung. Im Städtchen selbst gab es keine Industrie, etliche Handwerksbetriebe verschiedener Zweige erbrachten Dienstleistungen für die Bewohner, aber auch für die Bauern und Arbeiter der benachbarten Dörfer. Außerdem gehörten ein großes Knappschafts-Krankenhaus, der Sportverein 1919, mehrere Wirtschaftshäuser, eine Apotheke und Arztpraxen dazu. Selbstverständlich auch Einrichtungen des Handels, von denen die größte, das „Kaufhaus“ Lehmann mit immerhin vier Schaufenstern, vor allem industrielle Erzeugnisse für Haus und Handwerk anbot. An zweiter Stelle rangierte ein Geschäft mit drei Schaufenstern, in dem man Textilien, Wäsche, Stoffe und Oberbekleidung kaufen konnte.

Inhaber dieses am Anfang der von den Nazis in Horst-Wessel-Straße umbenannten Herrenstraße direkt an der Kirche und dem Rathaus gegenüber gelegenen Ladens war das jüdische Ehepaar Hirschberg. Während Frau und Herr Hirschberg, freundliche und bei den Einwohnern der Stadt sowie der umliegenden Dörfer beliebte Leute um die 50, im Erdgeschoss die Kunden bedienten, besorgte die schon hochbetagte Mutter des Ladenbesitzers den Haushalt in der im ersten Stock befindlichen Wohnung.

Bis 1933 ging es in Hohenmölsen auch politisch relativ moderat zu. Die wenigen Nazis verhielten sich ziemlich ruhig, gab es doch sowohl eine sozialdemokratische als auch eine KPD-Ortsgruppe. Und im Mai 1932 wurde sogar der kommunistische Bergmann Otto Schlag zum Bürgermeister gewählt, auch mit den Stimmen der SPD-Stadtverordneten. Mein Elternhaus befand sich in direkter Nachbarschaft des Anwesens der

Familie Hirschberg. Ich, sieben Jahre alt, spielte mit meinen Freunden meist auf dem freien Platz an der Kirche. Oft schaute uns Oma Hirschberg, wie wir sie nannten, aus dem Fenster zu, nicht selten winkte oder rief sie uns zu sich hinauf in ihr Wohnzimmer. Es bereitete ihr sichtlich Freude, uns dort mit einer Tasse Kakao oder Milch, einem Stück Kuchen oder Keksen zu bewirten. Daß die Hirschbergs Juden waren, wußten wir Kinder nicht, und wir hätten mit dieser Bezeichnung auch nichts anfangen können, wenn man sie uns erklärt hätte.

Doch dann kam der 10. November 1938. Wenn ich mich recht erinnere, war der Himmel dicht bewölkt, und es dümmerte bereits. Es muß so gegen 16.00 Uhr gewesen sein. Wir Kinder hielten uns wieder an der Kirche auf, als wir bemerkten, daß sich eine große Menge SA-Leute in ihren braunen Uniformen, die Sturmriemen der Mützen unter das Kinn gezogen, vor dem Textilgeschäft Hirschberg zusammengerottet hatte. Auch Einwohner Hohenmölsens waren gekommen, standen vor dem Rathaus, am Zugang zum Marktplatz vor dem Lebensmittelgeschäft Thams & Karfs, einige auch bei uns Kindern an der Kirche.

Die SA-Männer schrien und brüllten, liefen durcheinander, hoben die Arme drohend gegen das Haus der Hirschbergs. Anfangs verstand ich ihr Gebrüll nicht, dann aber hörte ich „Juda, verrecke!“, „Kommt raus, ihr Judengesindel!“ und ähnliches, doch immer und immer wieder das Wort „Juden“. Ich begriff nicht, was da vor sich ging, auch nicht, als sie große Steine in die Scheiben der Schaufenster und der Ladentür warfen, die laut klirrend zerbrachen. Oben in der Wohnung wurden schnell Jalousien heruntergelassen, um Schutz vor den Wurfgeschossen zu haben.

Plötzlich brach eine Rotte der Braunhemden die Haustür auf und stürmte das Gebäude. Man hörte Schreie, die nach außen drangen. Kurz darauf schleiften die SA-Männer Herrn Hirschberg heraus und schleppten ihn prügeln und stoßend zu einem Viehtransporter, der neben dem Rathaus abgestellt war. Und sie zerrten auch die Ehefrau und die alte Dame dorthin. Sie stießen die drei auf den Anhänger, einige von ihnen sprangen ebenfalls auf, und abging die Fahrt die Straße hinunter in Richtung Bahnhof.

Die ganze Zeit über hatten die zivilen Zuschauer das Geschehen verfolgt, schweigend und passiv. Nur eine junge Frau, die mit uns an der Kirche stand, protestierte laut gegen die SA, aber sie wurde schnell von einigen Leuten weggeführt, offensichtlich, um sie vor einer Festnahme zu schützen.

Der SA-Trupp zog ab. Er war aus Zeitz herangekarrt worden. Niemand kannte einen davon. Viele der Zuschauer verschwanden ebenfalls, einige aber traten näher, auch ich. Der Bürgersteig vor dem Geschäft war mit Glasscherben übersät, die Schaufensterware, Stoffe, Kleider, Anzüge über und über mit Farbe bespritzt. Auch im Laden hatten die braunen Verbrecher gewütet, Regale umgestürzt, Kleidungsstücke auf den Fußboden geworfen, darauf herumgetrampelt und alles beschmutzt.

Die grauenvollen Bilder dieses Ereignisses, dessen ich mir erst später bewußt wurde, haben mich immer begleitet. Von Familie Hirschberg gab es nie wieder ein Lebenszeichen. Ein „Arier“ übernahm das Geschäft bis nach dem Krieg, danach wurde es von der Handelsorganisation der DDR genutzt. Heute stehen Haus und Laden schon seit Jahren leer. Eine Gedenktafel sucht man vergeblich. **Günter Freyer**



Dem Rechtswesen der BRD um eine Epoche voraus

War die DDR-Justiz demokratisch? (2)

Aus den Volksrichtern wurden in „historisch kurzer Zeit“ qualifizierte Juristen mit meist im Fernstudium erfolgreich absolvierter juristischer Hochschulbildung, deren größter Vorzug ihre Herkunft aus und ihre Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Klassen und Schichten des DDR-Volkes war. Sie übernahmen nicht nur in schwieriger Zeit höchst verantwortliche Ämter und „füllten eine Lücke“; mit ihrem engagierten klassenbewußten Handeln prägten sie nachhaltig das Bild der volksverbundenen DDR-Justiz und wurden zum Vorbild und Beispiel für nachrückende, besser vorbereitete Jahrgänge von Richtern und Staatsanwälten des sozialistischen deutschen Staates. Die konsequente Säuberung des Justizapparates von Faschisten und reaktionären Elementen und die Gewinnung von Richtern und Staatsanwälten unmittelbar aus den Reihen der werktätigen Bürger ist eine Erfahrung, der in der Schatzkammer der Geschichte wie der Programmatik sozialistischer Parteien ein ehrenvoller Platz gebührt.

Voller Empörung erlebte ich vor wenigen Jahren, wie ein vorsitzender Richter am Landgericht Berlin – wegen Befangenheit mußte er später im sogenannten Honecker-Prozess vom Amt des Vorsitzenden abtreten – eine ehemalige Volksrichterin mit dem verächtlichen Ausdruck „nachgemachte Richterin“ zu disqualifizieren versuchte. Der Mann drückte in seinem Leben gewiß länger Schul- und Hörsaalbänke als die betagte Angeklagte. Von Gerechtigkeit verstand er aber trotz seiner „höheren Bildung“ viel weniger als diese – von seinem Mangel an Takt und Herzensbildung nicht zu reden. Bald schon nach Gründung der DDR wurden auf Veranlassung der SED wichtige Schritte in Richtung auf die weitere Demokratisierung der Justiz als Rechtspflege- und Schutzorgan des neuen Staates unternommen – die Bildung des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft waren Meilensteine auf diesem Weg. Nächste Etappen stellten das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozeßordnung vom 2. Oktober 1952 sowie das Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR vom 23. Mai 1952 dar.

So wichtige Neuerungen wie die später eingeführte Wählbarkeit aller Richter durch die zuständigen Volksvertretungen verstanden wir zu Recht als Ausdruck konsequenter Strebens nach Vervollkommnung der Demokratie im Justizwesen. Daß staatliche Organe und gesellschaftliche Kräfte im Prozeß der Durchführung der neuen Gesetze ständig lernen und Unzulänglichkeiten in der Praxis überwinden mußten, versteht sich von selbst. Dieses „Lernen im Voranschreiten“ setzte schon in jenen Jahren die ständige, kameradschaftliche Zusammenarbeit der verantwortlichen Funktionäre voraus, wie sie im weiteren Verlauf der Entwicklung dann auch gesetzlich geregelt wurde.

Ich erinnere mich gut – ich war damals junger Kreisstaatsanwalt im Bezirk Cottbus – wie wichtig regelmäßige Zusammenkünfte der Leiter der Justiz- und Sicherheitsorgane mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und dem Ratsvorsitzenden auch für die Qualifizierung unserer täglichen Arbeit waren. Mußten wir doch letztlich alle ständig lernen, den neuen Staat zu leiten. In solchen Zusammenkünften informierten wir uns gegenseitig über die aktuelle Situa-

on und Aufgaben in unseren Verantwortungsbereichen sowie aufgetretene Probleme. Für eine einheitliche Führung der gesellschaftlichen Entwicklung im Territorium war das, wie die Praxis immer wieder bestätigte, von großer Bedeutung. Selbstverständlich blieb, daß jeder Beteiligte seine eigene Verantwortung selbständig wahrnahm. Ein „Hineinreden“ in diese gab es von keiner Seite. Auch von Kollegen aus anderen Kreisen wurde mir nicht bekannt, daß die Partei irgendwelche Vorgaben für die Durchführung von Justizverfahren oder deren anzuweisende Ergebnisse geliefert hätte. Daß es solche rechtswidrigen und politisch verwerflichen Eingriffe vor allem gegenüber den Spitzen der DDR-Rechtspflegeorgane in bestimmten Verfahren gab, gereichte der Parteiführung und der Justiz bei allem Positiven nicht zur Ehre.

Aus jenen Keimformen der Zusammenarbeit entwickelte sich im Lauf der Jahre ein völlig neues, zutiefst demokratisches Verhältnis planmäßigen Zusammenwirkens insbesondere zwischen den Volksvertretungen und den Justizorganen, wie es viele DDR-Bürger gewiß noch aus eigenem Erleben in Erinnerung haben: Staatsanwälte und Richter berichteten regelmäßig den gewählten Abgeordneten über ihre Arbeit, über Erkenntnisse aus der Prophylaxe und Bekämpfung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen, machten auf Probleme aufmerksam, die nicht von der Justiz zu lösen waren und unterbreiteten Vorschläge zu ihrer Bewältigung durch die Verantwortlichen in Staatsorganen, Betrieben und Genossenschaften. In den sechziger und siebziger Jahren wurden von zahlreichen örtlichen Volksvertretungen sogenannte Kriminalitätsvorbeugungsprogramme beschlossen. An ihrer Verwirklichung nahmen viele Bürger teil. Sie sind bei allen noch vorhandenen Schwächen beredter Ausdruck dafür, wie unter unseren damaligen Bedingungen die Vorzüge des Sozialismus im Interesse der Bürger zur Stärkung der Gesetzlichkeit und zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit genutzt wurden. Von weit in die Zukunft reichender Bedeutung nicht nur für die Gerichtsorganisation, sondern für die Entwicklung einer allgemeinen Atmosphäre der Gesetzlichkeit und Rechtlichkeit in der ganzen Gesellschaft erwiesen sich die verfassungsrechtlich verkankerten Bestimmungen über die unmittelbare Mitwirkung der Bürger an der Rechtsprechung. Vom Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes im Oktober 1952 an nahmen an allen Gerichtsverfahren, die in erster Instanz vor den Kreis- und Bezirksgerichten sowie vor dem Obersten Gericht der DDR verhandelt und entschieden wurden, gewählte Schöffen als gleichgestellte Richter teil. Und diese Schöffen waren keine „demokratische“ Staffage, wie man sie nur allzu oft an den Gerichten der Bundesrepublik erlebt – sie waren wirklich gleichberechtigte Richter, die mit Sachkunde und Lebenserfahrung ihr Amt ausübten und maßgeblich zu qualifizierten und gerechten Entscheidungen in Arbeits-, Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten sowie in Strafverfahren beitrugen.

In meinem Berufsleben habe ich viele Schöffen kennen und schätzen gelernt. Das waren angesehene Persönlichkeiten voll Verantwortungsbewußtseins und staatsbürgerlichen Engagements, die nicht nur im Gerichtssaal die Gewähr für eine volksver-

bundene, den Interessen der Werktätigen verpflichtete Rechtsprechung boten. Oftmals traten sie darüber hinaus in ihren Arbeitskollektiven oder Wohnorten aktiv für Gesetzlichkeit, Ordnung und öffentliche Sicherheit ein und wirkten dadurch bewußt als Vorbild für ihre Arbeitskollegen, Nachbarn und Mitbürger. Dank der regelmäßigen Schulungen zu den verschiedensten Rechtsfragen, die sie während der Jahre erfuhr, für die sie gewählt waren, konnten die Schöffen auch in wachsendem Maße ihren Mitbürgern bei der Lösung von einfachen Rechtsproblemen des Alltags Rat geben oder sie an die für den gegebenen Fall zuständigen Organe verweisen.

Zwei Wochen im Jahr waren die Schöffen in ihrem Gericht eingesetzt – bei voller Weiterzahlung von Lohn oder Gehalt. In dieser Zeit nahmen sie als gleichberechtigte Richter an der Verhandlung und Entscheidung aller anfallenden Rechtssachen teil. Sie hatten ihre eigenen Arbeitsräume zur Verfügung, in denen sie die Akten oder einschlägige Literatur studieren und bei Bedarf mit den Berufsrichtern aktuelle Fragen erörtern konnten. Das war wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Schöffen sachkundig an der Verhandlung teilnehmen, durch eigene Fragestellung an der Feststellung der Wahrheit mitwirken und in der anschließenden Beratung sachbezogene eine begründete eigene Meinung äußern konnten, die mit der des Berufsrichters durchaus nicht übereinstimmen mußte. Und da Urteile unverzüglich im Anschluß an die Verhandlung schriftlich zu begründen und auch von den Schöffen zu unterzeichnen waren, hatten sie nicht nur bei der Entscheidung selbst, sondern auch bei ihrer Formulierung ein gewichtiges Wort mitzureden. Heute begegnet man in den Gerichtsgebäuden Schöffen, die rechtzeitig vor Prozeßbeginn am Verhandlungssaal erscheinen und dort still und fast demütig auf das „Hohe Gericht“, die jeweiligen Berufsrichter nämlich, warten müssen, damit sie in das Beratungszimmer eingelassen werden. Die Akten sind ihnen nicht zugänglich, den Sachverhalt kennen sie buchstäblich nur vom Hörensagen, so daß sie sich nur schwer darin zurechtfinden können. Schon wenn das Gericht den Saal betritt, sieht man, daß diese Schöffen nur eine Statistenrolle zu spielen haben. Zwar werden sie zur Entscheidung herangezogen, darauf aber, ob die nach Wochen oder gar Monaten vom Berufsrichter schriftlich niedergelegten Gründe auch ihrer Wahrnehmung und Meinung entsprechen, können sie keinen Einfluß nehmen. In der DDR waren die Schöffen auf Grund ihres Wissens in der Lage und geradezu gefordert, ihr ehrenamtliches Richteramt umfassend und mit demokratischer Legitimation auszuüben. Die in Verfassung und Gesetzen postulierte Mitwirkung der Bürger an der Rechtspflege war kein ideales Ziel, sondern täglich gelebte Realität. Zu der gehörte auch, daß viele Schöffen, vor allem solche mit langjähriger, in mehreren Wahlperioden gewonnener Erfahrung fragte und bewährte Mitglieder des seit den fünfziger Jahren bestehenden und stetig weiter ausgebauten Systems der gesellschaftlichen Gerichte waren. Sie genossen hohe Autorität, auch weil sie die aus ihrer Tätigkeit bei Gericht erwachsenen Sach- und Rechtskenntnisse mit großem allgemeinem Nutzen einbrachten.

Dr. jur. Hans Kaiser

Notizen eines Arbeiterschriftstellers aus dem Ruhrpott

Der fremde Staat

Sie hatte schon immer verhärtet ausgesehen, aber jetzt ... sie zerfiel zusehends, war nur noch eine menschenscheue alte Frau. Vor gut einem Jahr war ihr Mann gestorben, in diesem Frühjahr der Junge verunglückt. Der hat nie viel getaugt, hatten die Leute getuschelt. Ihr Junge war er gewesen – sie hatte das ganze Jahrhundert verflucht, bedankte sich nicht für den Kranz bei den Nachbarn. Heuchelei war ihr zuwider. Die Beerdigung hatte sie noch bar bezahlen können, das verdammte Motorrad stotterte sie immer noch ab. Aufgeatmet hatte sie sogar, als ihr halbblinder Kater unter den Waschbergelaster gelaufen war – wenigstens ihm brauchte sie die Milch nicht mehr mit Wasser zu strecken. Doch bis heute verzieh sie sich dieses Aufatmen, diese schätzbare Erleichterung nicht. Manchmal, wenn sie beim Spülen leise vor sich hinweinte, trotzte sie dieser Stimmung von Scham und Reue, deutete sie dieses erleichternde Aufatmen von damals einfach als Zeichen, daß sie nicht aufgeben wollte. Zum ersten Mal hatte sie nur für sich zu sorgen. Mit der Einsamkeit war sie schon fertig geworden, als sie noch verheiratet gewesen war. Heute nacht hatte sie die vielen Schwierigkeiten überdacht, die ihr einmal unüberwindlich erschienen waren. Und doch hatte sie sie gemeistert, hatte sie bewältigen müssen. In den Schoß gefallen war ihr nie etwas. „Ich werde es durchstehen“, sagte sie nun laut vor sich hin. Mit eingeübter Sorgfalt verstaute sie die Rentenkarte und machte sich auf den Weg ins Rathaus. Bei dem einarmigen Pförtner erkundigte sie sich – schüchtern, als müsse sie ihr Anliegen schon bei ihm vorbringen. „Tja, gute Frau, da müssen Sie wieder zum Haupteingang raus. Nach rechts. In das Kellergeschoß.“ Sein gesunder Arm deutete kreisend die Richtung an. Aufmunterung klang in seiner Stimme. Sein Nicken und das wohlwollende Blinzeln ergänzten sich zu einer natürlichen Hilfsbereitschaft, die ihr guttat. Sie kam in einen langen hohen Flur. Der nackte Neonstrang längs der kahlen Wand warf diffuse Kälte in den weißgetünchten Gang. Von der Decke klatschte der Hall ihrer Schritte wie schwere Tropfen wieder auf sie herab. Vor allen Türen warteten Leute. Unwillkürlich ging sie langsamer, weil man nur dieses Platschen ihrer Schritte hörte. Sie drückte sich an die Wand, nestelte ihre Brille aus der Handtasche und vergaß nicht, die Rentenkarte wieder sorgfältig zurückzustauchen. Eine Entschuldigung flüsternd reckte sie ihren Hals in eine der Mensentrauben. Sie war verlegen, doch niemand nahm Notiz von ihr. Das Schildchen mit ihren Buchstaben war an der nächsten Tür. Vier Personen warteten hier. Erleichterung durchrieselte sie, weil sie niemanden kannte. Sie setzte sich ans Ende der leeren Bank, wollte keine Unterhaltung, keine Auskünfte geben auf neugierige Fragen. Sie wollte auch kein billiges Mitgefühl. Doch die Leute schienen alle mit eigenen Sorgen beschäftigt, hatten nur die fadenscheinige Gemeinsamkeit von einsamen Bittstellern. Schon der Flur bei denen ist eine richtige Angststöhre, hatte ihr die Witwe von gegen-

über vor Wochen mal gesagt. Beklemmung beschlich sie. Sie zog sich zusammen, wollte nicht zittern. Am Ende des Flures wurde eine Tür aufgestoßen. Jäh lärmten feste Schritte und eine selbstsichere Kommandostimme durch den Gang. „Kommen Sie!, hier lang!“ Ein Herr kam hereingeschneit. Ein Mann und eine Frau in seinem Schlepptau sputenen sich mitzukommen. „Platz da!“ Ohne anzuklopfen stürmte der Herr die Amtsstube. Drinnen erteilte er jemandem Befehle. „Jawohl, Herr Amtsleiter“ und „Selbstverständlich, Herr Amtsleiter“, antwortete dieser Jemand zwischendurch. Als der Amtsleiter wieder herauskam, sagte ein alter Mann: „Aber ... wir warten schon so lange.“ Der Beamte verharrte erstaunt, blickte halb belustigt, halb höhnisch und doch streng auf den Alten herab, der ihn gar nicht ansah. „Das sind Leute von drüben. Sollen die um ihr Geld etwa wie Bettler bei uns anstehen? Seien Sie froh, daß es Ihnen bei uns im Westen so gut geht.“ Er straffte seine Krawatte, zischte „So viel Unverständnis“ und strebte aufrecht und stolz seiner Kanzlei zu. Die gestotterte Entgegnung des Alten versickerte im Rücken seines Vordermannes. „Hoffentlich bewilligen sie mir die Zähne“, brabbelte eine Oma vor sich hin. „Das werden sie schon, Mutchen“, machte der junge Mann mit dem aufgewachten Kind auf dem Arm Mut. „Irgendetwas müssen sie doch auch mal für uns tun.“ Endlich war sie dran. Sie erkannte ihn sofort, stutzte, zögerte, die Tür ins Schloß zu drücken. Irgendwann hatte sie erfahren, daß er bei der Stadtverwaltung saß, hatte ihn aber nicht hier unten in diesem Amt vermutet. Ihre fahle Gesichtshaut wurde noch bleicher. Acht Jahre waren sie gemeinsam in die Schule gegangen; einmal hatten sie sich nach dem Konfirmandenunterricht sogar geküßt. Ihre eingefallenen Wangen füllten sich mit dunklen Flecken. Verlegen, unerschlüssig starrte sie auf ihre abgeschabte Handtasche. Eher mißtrauisch als prüfend schielte der Mann

über seine Brille. „Ihr Name bitte ... So setzen Sie sich doch!“ Tausend Gedanken stießen sich in ihrem Kopf. Nur nichts falsch machen. Nervös zerrte sie an der Rentenkarte, hörte sich mit fremder Stimme auf Fragen antworten, auf die sie nicht vorbereitet war. Sie hatte vergessen, was sie sich heute nacht alles eingepägt hatte. „Unter bestimmten Voraussetzungen gibt es Lebensmittelgutscheine.“ In ihrem Kopf wurde es noch wirrer. Der Schreibtisch drehte sich. Langsam. Immer schneller. Wie eine einzige Gondel an einem vertikalen Karussell kreiste er schneller und schneller. Verschwamm, wurde wieder deutlich, verschwamm. War weg, wieder da, da, weg ... „Wir werden Ihre Angaben erst prüfen! Sie sagen doch die Wahrheit!?“ Der Nebel platzte. Ein Faustschlag traf sie. Sie griff sich an den Hals. Nur weg hier! Auf der Bank vor dem Rathaus saß sie und schnappte nach Luft. Langsam durchatmen, dachte sie endlich. Die Herztropfen. Der Homöopath kriegt auch noch sein Geld. Ich war immer ehrlich. Ihre Gedanken schlichen in die Folterkammer zurück. Was sind das nur für Menschen? „Wenn man aus so ‚nem Amt rauskommt, iss man kein Mensch mehr“, sagte die Frau zu einer Nachbarin. Um ihre Mundwinkel zuckte es. Nur nicht weinen, Maria. Selbstmitleid ist für unsereins nichts. Ich mußte mir immer selbst helfen. Sie streckte das spitze Kinn vor. Laß sie prüfen – die haben kein Schamgefühl. Aber sie sollen merken, daß es mich auch noch gibt. Sie können mich nicht mehr abschustern. Anderen geht es auch dreckig! Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Mit der Witwe von gegenüber gehe ich noch einmal hin. Wir lassen uns nicht auf den Schrott karren! Sogar Blumen kaufe ich jetzt für die Gräber. Und eine Katze ...? Ja, eine Katze kommt mir auch wieder ins Haus.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen
(Geschrieben im Mai 1976)



Fabel vom Maul, das den Magen düpiert

Karl Mundstock im „RotFuchs“

Lieber Genosse Klaus Steiniger, der beiliegende Auszug folgt Deiner Anregung zur Kürze im Brief vom 9. 10. 02. Er entstammt einem werdenden Manuskript mit dem Arbeitstitel „Wie weiter? Vorwärts und nicht zurück!“.

Mit kommunistischen Grüßen und allen guten Wünschen für Dein publizistisches Schaffen
Karl Mundstock

Ihrem Nimmersatt Kapital noch vor dem Ende des vergangenen Jahrtausends den Rachen vollzustopfen, hat die BRD den Mordsbrocken DDR sich für mickrige Trinkgelder von Küchenjungen der Kochkunst während der Mittagschläfchen ihrer Chefs tafelfertig aufbereiten und von Aushilfskellnern in grünen Fräcken mundgerecht servieren lassen. Heißhungrig verschlang ihn das große Maul, doch er blieb im Schlund stecken, das abgekaute künstliche Gebiß kriegte ihn nicht klein, Vielfraß war am Ersticken. Dank höherer Vorsehung brach da gerade die feuchte Jahreszeit an, wo in den deutschen Bierlanden traditionell der Bock angestochen wird; ans Faß voll gärendem Bocksblut wurde ein Schlauch angeschlossen, der Hahn voll aufgedreht und

der Brocken vom Schub des schwarzen Gebraus hinuntergeschwemmt. Unten blieb er unzerkleinert schwerverdaulich vor dem Magenmund gleich wieder stecken. Hoch, zurück und raus gegen den dunklen Schwall, der besoffen macht, konnte er nicht, runter und in die Verdauung rein aber auch nicht, Magen zu klein für das zu große Maul. Da mußte der lange Arm von oben den Schlund runter schon mal nachhelfen, mit Gewalt geht alles, ohne Gewalt ist noch nie was gegangen. Als sich das Maul wie das eines Riesenkraken vor dem Brocken, den die Polypenarme gänzlich umschlangen, mit entnervendem Zischen und betäubendem Atem aufgetan hatte, da war er, wie es sich für einen Happen zum Gefressenwerden geziemt, noch fleischig und saftig, nahrhaft und appetitlich, man könnte meinen, sozial zu üppig gemästet. Nachdem der Magen ihn ausgequetscht, sich an ihm fast überfressen, ihn dennoch nicht kleingekriegt und bis oben satt hatte, da war an ihm nicht mehr viel dran, er konnte ohne Nachhilfe am Pfortner vorbei durch den schmalen Einlaß zu den Inneren gewunden werden, wobei ihm allerdings das letzte bißchen Saft und

Kraft abgewrungen worden, er ganz vom Fleisch gekommen, in seines Wirtes Eingeweiden nur noch Knochengestütze in haariger Schwarte war. Wohl wölbt es in Dankesschuld für die Einverleibung dessen zuvor wehmütig in separatistischen Falten hängendes Bächlein zum patriotischen Wanst, doch rumpelt und pumpelt es dort drinnen wie die Steine im Unterleib des bösen Wolfs, der das Rotkäppchen ebenso mit Haut und Haaren verschlang. Dawider ist mit Pillen und Spritzen nicht anzukommen. Für Rotkäppchens Erlösung hat ein braver Jägersbursche, der zufällig des Weges daherkam, dem Bösewicht Wolf den Bauch aufgeschlitzt und ihn mit Klamotten gefüllt. Wir sind heute zivilisiert, haben die Veterinär- und die Humanmedizin, für unsern akuten Fall ihre operative Chirurgie, die zu ihrem Wirken nichts weiter benötigt als die kommerzielle Effizienz, wirklich bloß eine lächerliche Kleinigkeit. Kriegt sie die, dann geht sie ran mit Holzhammern, Tranchiermesser, Schere, Skalpell, billigend in Kauf nimmt sie auf des Objektes Verantwortung das Risiko, welches das ärztliche Bulletin in drei Worte faßt: „Operation gelungen, Brocken raus, Patient tot.“

Ein Thüringer Spötter zu einem ernsten ornithologischen Ereignis

Vogelkunde

Es riecht nach Weihrauch in Thüringen. Und nach Meisterwerken der Wurstmacherei. Es ertönt, aus Richtung staatlicher Kanzlisten (der Geweihte sitzt in der Kurmainzischen Statthaltereie zu Erfurt, heute Thüringische Staatskanzlei) und ehrfürchtiger Parlamentarier, ein Jubelchor „Heil sei dem Tag, an welchem du bei uns erschienen ...“. Ich trällere dazu lustig ein Lied aus Kindertagen „Oh, hängt ihn auf, den Kranz von Lorbeerbeeren! Ihn, unsern Fürst, den wollen wir verehren!“ Denn: Dieser wird 70 am 19. Dezember. Der Wunder-Wander-Vogel. Nein, biederer Kopf, wo denken Sie denn hin. Einer aus Thüringens „Denkfabrik“. Guinnessbuchverdächtig. Die meisten karnevalistischen Orden und Auszeichnungen unter den Politikern besitzt nun mal der dauernd strahlende Landesjungeselle Vogel. Sehr zu Recht.

Der in Göttingen 1932 geborene hessisch-rheinland-pfälzische Thüringer beglückte zehneinhalb Jahre die Eingeborenen mit hochlobenswerten Innovationen, die man nicht laut genug preisen kann: Er berief einen Spaßbad- und Chaosminister, der ein Spaßbad nach dem anderen bauen ließ, anstatt bei seinen Leisten zu bleiben. (Inzwischen ist einigen Kommunen der Spaß daran vergangen, sie sind finanziell abge-soffen.) Die damals reiche Thüringer Theaterlandschaft fand Bernhard 1992 ganz toll. Jetzt wird sie kurz und klein gehalten. Keiner in der Regierung weiß, wo das Geld für Theater zu holen ist. Angeblich. Daß Deutschlands Banken stinkreich geworden sind, wissen Bernhards Minister nicht. Sie kürzen und kürzen. Aber nicht etwa an ih-

ren Gehältern, sondern bei den sozial Bedürftigsten.

Einer fand heraus, (Schmier-)Theater werde im Parlament genug gespielt, warum also so viel Zirkus um das Theater? Die wenig Bemittelten lesen eh die BLÖD-Zeitung und bewundern im TV des Kaisers neue Kleider.

Streichkonzert-artig wurden unter Bernhard dem Ersten Tausende Lehrer entlassen. Weiteren droht gleiches. Wenig Gebildete lassen sich leichter regieren. Einfach genial! Der Fürst weiß „diktatorische Regimes“ außerordentlich zu schätzen. Er plauderte aus, was er an der DDR-Volksbildung 1992 übernommen hatte. So lobte er televisionär gegenüber Günther Gaus am 12. März 1992: „... Beispielsweise, ich war in der letzten Woche mehrfach in Schulklassen, in Abiturklassen – a la bonne heure!, was an pädagogischem, was an wissenschaftlichem Eifer dort ist ...“ Na bitte, ein so klipp und klares Lob für die (ehemaligen) SED-Genossen, das geht runter wie Öl! Gütiger Landesvater, geheiligt sei dein Name!

Allerdings braucht man in einer „Denkfabrik“ nur eine geistige Elite. Also installierte man, von den Wessis lernen, heißt siechen lernen, das rückschrittlichste Schulgesetz ganz Deutschlands. Roller rückwärts. Spitze, Bernhard! Nach dem traurigen Schulmassaker vom 26. April 2002 wollte es aber niemand aus der Regierung gewesen sein, der dafür eine Mitverantwortung trug. Alles paletti.

Sonst noch was? Thüringen ist auch in vielen anderen Positionen absoluter Champion: Die meisten jungen Frauen wandern nach Bayern ab. (Oder hat jemand wieder mal die Landesstatistiken gefälscht?) Positiver Nebeneffekt: Weniger Leute, weniger Sorgen. Die Thüringer Beschäftigten sind die mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen in den östlichen Bundesländern. Nicht nach Kohlscher Manier „aussitzen“, sondern (her-)jausreden, heißt die Devise. Da kommt's schon mal vor, daß man vergiftet, was man vor zehn Jahren gesagt hat. Gott behüte, das weist nicht auf Alzheimer hin, sondern ist ein gängiger politischer Taschenspielertrick.

Zustände wie im alten Rom!! Und wenn mein Kollege Juvenal behauptete, es sei schwer, keine Satire zu schreiben (difficilis est, satiram non scribere), dann bin ich versucht zu entgegnen: Bingo!!! Die Wirklichkeit ist die schärfste Satire. **Lukian**



Von Leben und Tod des revolutionären Rebellen Max Hoelz

Ein deutscher Che Guevara

Wer weiß heute noch etwas von Max Hoelz? Sein Denkmal in Falkenstein im Vogtland wurde nach dem Sieg der Konterrevolution von den neuen Machthabern entsorgt. Für den Dichter Erich Mühsam jedoch zählte Hoelz neben den ermordeten Führern der Novemberrevolution zu den markantesten Gestalten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg. Ich kann mich erinnern, daß sein Name in den Gesprächen meiner Eltern eine große Rolle spielte. Hoelz habe von den Reichen das geholt, was er brauchte, um den Armen zu helfen, wurde gesagt. Deshalb verehrten ihn meine Eltern. Max Hoelz sorgte eben – um es modern auszudrücken – auf seine Art für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Als Kind spürt Hoelz das Elend der Landarbeiter, und später lernt er als Diener in dem mondänen Kurort Baden-Baden das Wohlleben der Oberschicht kennen. Als Soldat macht er im Ersten Weltkrieg die Schrecken des Völkermordens durch und erhält über den wegen Antikriegspropaganda eingekerkerten Georg Schumann Kenntnis vom Kampf der Arbeiterbewegung. Das wird zum Wendepunkt in seinem bisher unpolitischen Dasein. Zur Zeit der Novemberrevolution nach Falkenstein zurückgekehrt, gehört er zu den führenden Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates. Er tritt der USPD und wenig später der KPD bei.

Im Vogtland herrscht bittere Not. Die Wirtschaft liegt danieder. Max Hoelz bildet einen Arbeitslosenrat, zu dessen Vorsitzendem er am 24. April 1919 gewählt wird. Seine Aktionen sorgen bald in ganz Deutschland für Schlagzeilen. Als ein Landarbeiter in einer Versammlung berichtet, sein Gutsbesitzer habe die Forderung nach einigen Pfennigen Lohnerhöhung mit der Bemerkung zurückgewiesen, ermöge doch zu Max Hoelz gehen, ist das für den Vorsitzenden des Falkensteiner Arbeitslosenrates eine persönliche Herausforderung. Er sucht den Großgrundbesitzer auf, verlangt mit Nachdruck

10 000 Mark – und der Grundherr zahlt. Andere Großagrarien und Unternehmer müssen dem Beispiel folgen. Mit diesem Geld unterstützt Hoelz die armen Leute im ganzen Revier – die Alten, die Kranken, die Mütter und die Kinder, deren Väter im Krieg gefallen sind.

In Dresden und Berlin ist man über diese Art Sozialpolitik entsetzt. Man schickt Militär nach Falkenstein, die Mitglieder des Arbeitslosenrates werden verhaftet, gegen Max Hoelz wird ein Steckbrief erlassen. Vergebens fahndet man nach ihm. 1920 wird er während des Kapp-Putsches und 1921 in den Märzkämpfen als einer der couragiertesten Führer revolutionärer Arbeitereinheiten bekannt. Durch sein spontanes und unorthodoxes Handeln bringt er nicht nur seine Gegner, die Reichswehr und die Sicherheitspolizei, zur Verzweiflung, sondern auch die verantwortlichen Genossen der KPD. Er wird wegen Disziplinlosigkeit ausgeschlossen.

Die von den Behörden auf Hoelz ausgesetzten Fangprämien steigen ins Unermessliche. Am 15. April 1921 wird er in Berlin



verhaftet. Im Prozeß will man ihm nach dem bewährten Muster bürgerlicher Klassenjustiz – Revolutionäre sind Kriminelle – den Mord an einem Gutsbesitzer anhängen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hatte 50 000 Mark Belohnung „für aufklärende Mitteilungen, die zu einer Verurteilung des Hoelz führen“, ausgesetzt. Als „gemeiner Verbrecher“ wird dieser zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Seine Haftbedingungen sind unmenschlich.

Große Unterstützung erhält der Rebell, Revolutionär und Anwalt der Armen durch die Rote Hilfe. Unter maßgeblichem Einfluß von Wilhelm Pieck kommt es zu einer breiten Bewegung für seine Freilassung und die Amnestierung aller politischen Gefangenen. Ein „Neutrales Komitee für Max Hoelz“ fordert im April 1927 die Überprüfung des Urteils, nachdem sich die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen als haltlos erwiesen haben. Sein Aufruf wird von 150 bekannten Persönlichkeiten unterschrieben – auch Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Lion Feuchtwanger, Egon Erwin Kisch, Käthe Kollwitz, Albert Einstein und Otto Nuschke signieren ihn. Der Kampf um die Freilassung von Max Hoelz steht im Zentrum der Bemühungen um ein Amnestiegesetz für alle politischen Gefan-

genen. Nachdem dieses vom Reichstag beschlossen worden ist, wird Max Hoelz, inzwischen wieder Mitglied der KPD, am 18. Juli 1928 nach sieben-einhalb Jahren Zuchthaus aus der Haft entlassen.

„Die Rückkehr unseres Genossen, des proletarischen Revolutionärs Max Hoelz, und der anderen politischen Gefangenen in Deutschland zur Arbeit in der Partei wird von allen auf das lebhafteste begrüßt“, berichtet Ernst Thälmann in Moskau den Delegierten des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. In Berlin wird dem Freigekämpften auf dem Bülow-Platz – jetzt Rosa-Luxemburg-Platz – von 100 000 Demonstranten ein stürmischer Empfang bereitet. Seine Feinde im bürgerlichen Lager schäumen vor Wut. Die Faschisten wollen ihn sogar ermorden.

Auf einer Wahlkundgebung in Bad Elster am 11. September 1930 wird er am Kopf schwer verletzt. Die Partei holt ihn nach

Berlin und schickt ihn dann zu seinem Schutz in die Sowjetunion, wo er sich mit dem ihm eigenen Elan am Aufbau des Sozialismus beteiligt. Wenige Jahre später kommt Max Hoelz bei einem Bootsunglück auf der Oka ums Leben. **Dr. Werner Ettelt** Aus „Rote Kalenderblätter“

Unser unverwüchtlicher und im hohen Alter noch immer produktiver Experte und Übersetzer,

Genosse Eberhard Bock

der seit vielen Jahrzehnten mit der Sowjetunion und den russischen Kommunisten, die heute unter komplizierten Bedingungen gegen das Putin-Regime kämpfen, verbunden ist, begehrt am **8. Dezember 2002** seinen **89. Geburtstag**. Auch weiterhin Kraft und Lebensmut!

RF-Redaktion und Vereinsvorstand

Ernst Thälmanns Haltung zur Chinesischen Revolution

Eine unvergeßliche Begegnung

Wang Bingnan (1909 bis 1988) trat 1926 in die KP Chinas ein. Er studierte in Berlin Politikwissenschaft und war Vorsitzender der Antiimperialistischen Liga der Auslandschinesen in Europa. 1945 wurde er Mao Zedongs Sekretär bei den Verhandlungen mit der Guomindang. Ab 1949 war er leitender Mitarbeiter im Außenministerium, ab 1955 Botschafter in Polen, später Leiter der Verhandlungsdelegation mit den USA, stellvertretender Außenminister und Präsident der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland. Den folgenden Artikel schrieb er zu Ernst Thälmanns 100. Geburtstag am 4. April 1986.

Ich kam im Frühjahr 1931 nach Berlin. Damals befand sich Deutschland in einem revolutionären Aufschwung. Die KPD unter Leitung von Thälmann führte einen heldenhaften und unbeugsamen Kampf für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes, für die Verhinderung des Machtantritts des Hitlerfaschismus. Sie war die viertgrößte Partei des Landes. Den ersten Platz nahm die SPD ein. Aber die KPD war in der Hauptstadt Berlin und in der Hafenstadt Hamburg die größte Partei, deshalb wurden diese Städte „rotes Berlin“ und „rotes Hamburg“ genannt. Obwohl die faschistischen Kräfte zu jener Zeit bereits recht stark ihr Unwesen trieben, besaß die KPD nach wie vor großen Einfluß unter den Arbeitermassen Deutschlands. Zum Beispiel erhielt Thälmann als ihr Präsidentschaftskandidat bei den letzten Präsidentschaftswahlen vor dem Machtantritt Hitlers im März 1932 rund 5 Millionen Stimmen.

Damals gehörte ich in Deutschland der KPD an. Wir hatten uns in der chinesischsprachigen Gruppe organisiert. Sie war

doppelt unterstellt. Einerseits wurde sie von der Delegation der KP Chinas bei der Kommunistischen Internationale in Moskau und andererseits vom ZK der KPD geleitet. Nach den Ereignissen vom 18. September 1931 (Beginn des umfassenden Angriffs der japanischen Truppen auf Nordchina – d. Ü.) entwickelte sich die Bewegung des Widerstandes gegen Japan und zur Rettung des Landes sehr schnell. Unter den Auslandsstudenten trugen wir aktiv dazu bei. Damals haben wir in Deutschland eine Reihe antiimperialistischer Massenorganisationen gegründet. Im Sommer 1932 entsandte die Delegation des ZK der KP Chinas bei der Kommunistischen Internationale Genossen Yang Xiufeng nach Berlin, um die Arbeit unserer Gruppe zu kontrollieren. Aufgrund der Erfordernisse der revolutionären Arbeit setzte er mich als deren Sekretär ein. Hinzu kamen noch zwei weitere Genossen der Leitung. Kurz nach ihrer Formierung unterrichtete mich der Verbindungsmann des ZK der KPD zur chinesischsprachigen Gruppe, Genosse Otto, daß Ernst Thälmann uns sehen möchte. Diese Mitteilung bewegte uns sehr. Obwohl wir Genossen Thälmann oftmals zuvor auf Massenkundgebungen im Berliner Lustgarten gesehen und gehört hatten, hofften wir immer die Gelegenheit zu haben, diesen Führer der deutschen Arbeiterklasse persönlich zu treffen und seine Hinweise entgegenzunehmen. Der Klassenkampf in Deutschland war zu jener Zeit sehr hart. Die Tatsache, daß Thälmann, der mit tausend Dingen beschäftigt war, uns chinesische Genossen sprechen wollte, empfanden wir alle als eine hohe Geste des proletarischen Internationalismus.

Eines Tages, im August/September 1932, empfing uns der Vorsitzende des ZK der

KPD in der Redaktion des Zentralorgans „Rote Fahne“. Genosse Thälmann zeigte großes Interesse an der Bewegung in China. Gleich zu Beginn erkundigte er sich nach dem Verlauf der Revolution. Er sagte, die deutsche Arbeiterklasse verfolge mit starker Anteilnahme jeden Schritt ihrer Entwicklung. Die KPD werde die chinesische Revolution künftig mit aller Kraft solidarisch unterstützen. In diesem Sinne habe sie die Losung „Hände weg von China!“ ausgegeben. Der KPD-Vorsitzende betonte, der revolutionäre Kampf in China werde in Zukunft international bedeutenden Einfluß ausüben. Napoleon habe gesagt, das asiatische China sei wie ein schlafender Löwe. Lassen wir ihn fest schlafen, denn wenn dieser Löwe erwacht, wird er die Welt erschüttern. Er fügte hinzu, jetzt habe die Kommunistische Partei Chinas diesen schlafenden Löwen wachgerüttelt! Weiter betonte er, die chinesische Revolution habe seines Wissens die Kantonner Kommune geschaffen und vor kurzem eine Räteregierung gebildet; unter Führung der KP seien im bewaffneten Kampf des chinesischen Volkes bereits bedeutende Erfolge erzielt worden. Ernst Thälmann meinte, auch wenn die chinesische Revolution kleine Erfolge verbuche oder kleine Rückschläge erlitten habe, könne das für den revolutionären Kampf des deutschen Volkes und anderer Völker nur lehrreich sein. Deshalb schlug er vor, daß die Genossen der chinesischsprachigen Gruppe, wenn sie an den Versammlungen der Wohngebietszellen teilnehmen, den deutschen Genossen die Entwicklung, die Erfahrungen und Lehren der chinesischen Revolution erläutern sollten. Er bemerkte, die KPD sei gegenwärtig legal, müsse aber künftig vielleicht in die Illegalität gehen. Deshalb sollten die chinesischen Genossen die Erfahrungen des illegalen Kampfes der KP Chinas vermitteln, damit sich die deutschen Genossen ideologisch auf ihn vorbereiten könnten. Ernst Thälmann schlug weiterhin vor, daß unsere Gruppe einen Verantwortlichen benennen möge, der für die „Rote Fahne“ Artikel über die chinesische Revolution schreibe. Er kam in der Unterhaltung schließlich darauf zu sprechen, daß ein chinesischer Genosse, der aus Deutschland zurückgekehrt sei, jetzt eine wichtige Leitungsaufgabe in der KP Chinas übernommen habe. Ich sagte ihm, daß es sich um Genossen Zhu De handele, der an der Universität Göttingen studiert habe. Zur Zeit leite er gemeinsam mit Genossen Mao Zedong im Jinggangshan die chinesische Revolution.

Zum Schluß erkundigte sich Genosse Thälmann nach unserem Studium und unseren Lebensbedingungen. Wenn es irgendwelche Probleme gebe, sollten sie Genossen Otto mitgeteilt werden, damit er alles Mögliche für eine Lösung tun könne.

Seit dem Treffen ist bereits über ein halbes Jahrhundert vergangen. Aber ich kann niemals den proletarisch-internationalistischen Geist dieses Führers der deutschen Arbeiterklasse, seine tiefe Anteilnahme an der Revolution in unserem Lande und gegenüber unserem Volk vergessen.

Übersetzung: Rolf Berthold



Ernst Thälmann mit einem sowjetischen Seemann und einem chinesischen Genossen auf dem Gautreffen des RFB Wasserkante in Hamburg am 21. Juni 1925.

Linksruck im größten und volkreichsten Land Lateinamerikas

Lula Presidente!

In Brasilien – mit 8,5 Millionen km² und 170 Millionen Einwohnern das größte und volkreichste Land Lateinamerikas – hat die Linke die Präsidentschaftswahlgewonnen. Luis Ignacio da Silva – „Lula“ – konnte sich mit 61,3 % der Stimmen klar durchsetzen. Der Kandidat der bisherigen Regierungspartei – ein Verfechter des „Neoliberalismus“ – hatte nach dem ersten Wahlgang keine Chance mehr.

Der Führer der Arbeiterpartei (PT), die sich von ursprünglich marxistischen zu linkssozialdemokratischen Positionen bewegt, aber im Spektrum ihres Landes eine eindeutig linke politische Kraft verkörpert, errang damit einen überlegenden Wahlsieg. Vizepräsident Brasiliens ist der Textilunternehmer José Alencar von der Liberalen

Partei (PL), den „Lula“ für seine Allianz gewonnen hatte, um die Öffnung zum nationalen Kapital zu demonstrieren.

Was im Ausland wenig bekannt wurde ist die Tatsache, daß die Kandidatur des legendären PT-Führers, der übrigens auch die DDR bereist hat, von einer breiten Koalition linker und demokratischer Kräfte unterstützt wurde. Zu ihr gehörten außer PT, PL und den Grünen auch die beiden kommunistischen Parteien Brasiliens, die PCdoB und die PCB. Politische Beobachter bezeichnen den linken Wahlsieg einerseits als „historische Wende“, warnen andererseits aber – vor allem aufgrund der bedrückenden ökonomischen und finanziellen Situation Brasiliens – vor Illusionen und übertriebenen Erwartungen.

R. F.



Freiheit für die fünf kubanischen Helden!

In der Gewalt des Feindes

Ende 2001 wurden in den USA – wir berichteten darüber – fünf Kubaner zu außergewöhnlich harschen Strafen (von 15 Jahren bis zu zweimal lebenslänglich) verurteilt. Die USA-Justiz bezichtigte sie des Terrorismus, der Spionage und der Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. Die Kundschafter waren in das rechtsextremistische Emigrantenmilieu Miamis eingeschleust worden, um Havanna über geplante konterrevolutionäre Attentate rechtzeitig zu informieren. Allein zwischen 1990 und 1999 wurden gegen den sozialistischen Inselstaat 108 von der CIA unterstützte und finanzierte terroristische Anschläge unternommen. Insgesamt haben 3 478 kubanische Zivilisten durch diese Gewalt ihr Leben verloren – mehr, als bei dem Attentat auf das World Trade Center zu Tode kamen.

Wer sind die Verurteilten?

Gerardo Hernández war 33 Jahre alt, als er verhaftet wurde. Er infiltrierte die exilkubanische Terror-Flieger-Staffel „Brothers to the Rescue“. In Kuba hatte er an der Diplomatenhochschule studiert.

Ramón Labanino war 1998 bei seiner Festnahme 35. Er galt in Kuba als anerkannter Ökonom.

Antonio Guerrero wurde 1958 in Florida geboren. Nach dem Ingenieurstudium in



Kiew war er auf der Militärbasis Boca Chica bei Miami als einfacher Arbeiter tätig. Fernando González ging als 35-jähriger ins Netz des FBI. Auch er besitzt ein Diplom für den auswärtigen Dienst.

René González kam 1956 in Chicago zur Welt. Seine Mutter ist Nordamerikanerin. Er ist von Beruf Pilot der zivilen Luftfahrt. Die fünf in die Höhle des Löwen eingedrungenen Aufklärer wurden als „Helden der Republik Kuba“ geehrt. Eine Weltkampagne fordert ihre Freilassung.

R. F.

Unser jüngstes Vereinsmitglied

Kai Bergmann aus Mahlow

begeht am 30. November 2002 seinen 20. Geburtstag.

Wir übermitteln ihm einen herzlichen revolutionären Gruß und wünschen ihm ein glückliches Leben ohne Ausbeutung und Krieg.

RF-Redaktion und Vereinsvorstand

Links: Fünf kubanische Helden

Warum Tony Blair in George W. Bushs Irak-Boot sitzt

Löwe und Adler

Der britische Premier Blair läßt keinen Zweifel daran: Im Falle eines durch die USA vom Zaun gebrochenen Krieges gegen Irak wird sich Großbritannien an der Seite der transatlantischen Führungsmacht mit Land-, Luft-, See- und Spezialstreitkräften beteiligen. Dabei spielt für ihn offensichtlich keine Rolle, ob es sich um einen vom UNO-Mäntelchen verbrämten oder von den USA – mit britischer Schützenhilfe – unter Verzicht auf UNO-Absegnung allein entschiedenen Aggressionskrieg handeln wird.

Dem Beobachter drängt sich die Frage auf, ob die von Blair mit Vehemenz betriebene Vorreiterrolle in der Organisation des Krieges gegen Irak wie die schon mehrmals von Großbritannien erledigten Zuträgerdienste, wenn die USA eine Strafexpedition planen, als „übliche“ oder „traditionelle“ angelsächsische Bündnishaltung zu erklären ist. Wie ist angesichts einer deutlichen Mehrheit der britischen Wähler, die sich Umfragen zufolge gegen den Irak-Krieg ausspricht, diese harte Position zu erklären?

Der Londoner Regierungschef rechtfertigte Anfang September d. J. seine martialische Haltung vor Labour-Mitgliedern im Wahlkreis Segdefield: Britannien unterstütze die USA nicht, „weil die mit dem Finger schnipsen, sondern weil es in unserem eigenen besten Interesse ist.“ Die in den Medien unternommenen Deutungen der Motive Blairs für dessen unbedingten Schlußschluß mit Bush gegenüber Irak blenden allesamt die eigenen britischen Ölinteressen am Arabisch-Persischen Golf aus. Diese sind wahrscheinlich das wichtigste Motiv der britischen Nahost-Politik. Seit fast einem Jahrhundert begründen sie Londons dubiose Rolle in dieser Weltregion.

Bereits während der osmanischen Herrschaft war Irak schon vor dem ersten Weltkrieg wegen seiner zentralen Lage auf dem Landweg von Ägypten nach Indien und wegen seiner reichen Ölvorkommen bei Mosul und Kirkuk ein Expansionsziel Großbritanniens wie der anderen europäischen Kolonialmächte. In Anbetracht seiner Bedeutung für das deutsche und britische Monopolkapital wurde Irak – damals drei osmanische Verwaltungsbezirke oder Wilajets in Mesopotamien (Bagdad, Basra und Mosul) – während des Ersten Weltkriegs zu einem der wichtigsten Schauplätze der militärischen Mittelostoperationen. Schon Anfang Dezember 1914 besetzten britische und (britisch geführte) indische Truppen Basra am Schatt el-Arab, die Hafenstadt Iraks. Doch der Versuch, nach Mosul vorzustoßen, schlug zunächst fehl (Niederlage der Briten bei Kut-el-Amara im April 1916). Erst am 11. März 1917 konnten die britischen Streitkräfte Bagdad einnehmen. Nach dem Zusammenbruch der deutsch-türkischen

Front in Syrien und Mesopotamien im Oktober 1918 besetzten die Briten, die beim Abschluß des Waffenstillstandes zu Mudros am 30. Oktober 1918 noch etwa 20 km vom Wilajet Mosul entfernt standen, auf Drängen der Ölkonzerne und im Widerspruch zum Vereinbarten noch rasch dieses Gebiet. Mit Ende des Ersten Weltkriegs war das gesamte irakische Territorium von britischen Truppen eingenommen. Großbritannien erhielt am 25. April 1920 in San Remo durch den Großen Rat der Alliierten das Mandat für Irak zugesprochen.

Britische Konzerne vermochten sich den Löwenanteil an den Öl-Konzessionen in Irak über Jahrzehnte zu sichern, auch wenn bereits 1920 amerikanische Gesellschaften – die Standard Oil of New Jersey und die Socony-Vacuum Oil Company (Mobile) – mit Unterstützung Präsident Wilsons und des USA-Kongresses eine Beteiligung an der Ausbeutung der irakischen Ölfelder erzwingen konnten.

1925 setzte die britische Mandatsverwaltung in Irak für ihre Turkish Petroleum Company (TPC) die Förderkonzession für das gesamte irakische Territorium mit Ausnahme der Provinz Basra durch.

Als Hauptbeteiligte an der TPC verfügten die Briten zusammen mit ihren Anteilen an Royal Dutch Shell über fast die Hälfte des irakischen Öls sowie über die Ölförderung in Katar und weiteren Territorien am Golf (heutige Vereinigte Arabische Emirate). 1929 ging aus der TPC die Iraq Petroleum Company (IPC) mit ihren beiden Tochtergesellschaften, der Mosul Petroleum Co. und der Basra Petroleum Co., hervor, die damit die Ausbeutung der irakischen Ölvorkommen monopolisiert hatte.

Die Gründung des irakischen Staates als Königreich 1921 war eine britische Schöpfung.

Der erste Botschafter Großbritanniens war in Personalunion Regionalchef des seit 1913 im britischen Staatsbesitz befindlichen Öl-

konzerns British Petroleum (BP). Der Einfachheit halber stellte BP am Anfang sogar Personal für die staatliche Verwaltung Iraks.

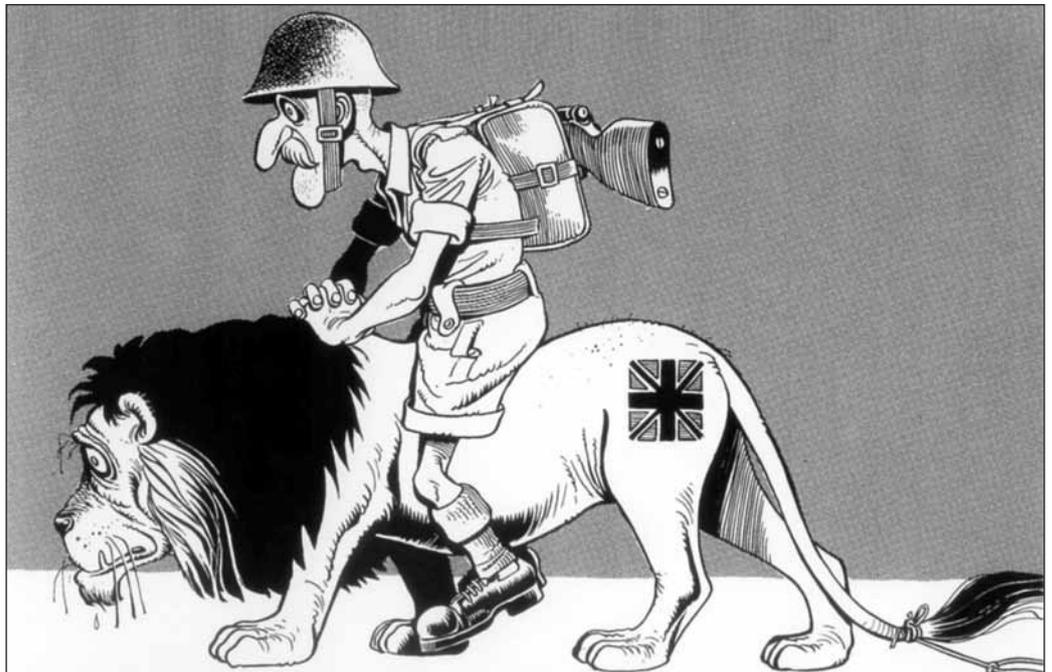
Zum Zeitpunkt der Verstaatlichung der Iraq Petroleum Company und weiterer Öl-Unternehmen in Irak zwischen 1972 und 1975 (s. „RotFuchs“, Oktober 2002, S. 17) hatten die Briten mit mehr als einem Drittel immer noch entscheidende Anteile an der irakischen Ölförderung.

Zwei der berühmt-berüchtigten Weltmultis im Erdölgeschäft – die British Petroleum Company (BP) und die Shell Oil Company – sind auch heute allein oder überwiegend (Shell) britisch. Und der Anteil des Öls, das sie aus der Golf-Region beziehen, ist für die britische Wirtschaft von großer Bedeutung. London hat nicht zuletzt deshalb seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ständig Truppen in Stärke von mindestens 4 000 Mann („stand-by-forces“) in der Region. Die britischen Steuerzahler kostet das jährlich mehrere Milliarden Dollar.

Auch wenn es nicht die einzige Erklärung sein muß: Nichts an der britischen Politik im Irak-Konflikt ist erklärbar ohne die außenpolitische Obhutrolle der britischen Regierung für BP und Shell, damit diese nicht im Interessengeflecht des US-dominierten Weltölgeschäfts an den Rand gedrängt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es aufschlußreich, wenn Blairs außenpolitische Berater des (von der Labour-Regierung 1999 ins Leben gerufenen) Londoner Foreign Policy Center die Ansicht vertreten, nach den New Yorker Terroranschlägen sei klar geworden, daß die „Notwendigkeit für Kolonialismus heute wieder genauso groß ist wie im 19. Jahrhundert“. Sie formulieren das in einer Denkschrift zum 11. September unter dem Titel „Die Welt neu ordnen“.

Oberst a. D. Bernd Fischer



Kissinger: „Öl ist bei den Arabern in falschen Händen“

Ein hoher UNO-Beamter zu USA-Motiven

Der ehemalige hohe UNO-Beamte Hans von Sponeck war von 1998 bis 2000 Koordinator der humanitären Hilfe im Irak und trat aus Protest gegen die UNO-Sanktionen von diesem Amt zurück. Martin Heule vom Schweizer Radio DRS2 führte am 21. September 2002 ein längeres Gespräch mit ihm, dem wir einige Passagen entnommen haben.

Mein Name ist Hans von Sponeck. Ich komme aus Deutschland. Ich habe 32 Jahre bei den Vereinten Nationen gearbeitet. Die letzten 18 Jahre meiner Dienstzeit war ich in verschiedenen Führungspositionen der Vereinten Nationen tätig, in Botswana als Leiter des UNO-Büros, in Pakistan und in Indien, dann Direktor des Entwicklungsbüros der Vereinten Nationen in Genf, und von dort hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Mr. Kofi Annan, mich nach Bagdad versetzt, wo ich dann Leiter des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms der Vereinten Nationen gewesen bin. Das ist das Programm, das sich mit humanitären Dingen befaßt, eine Bevölkerung unter einem Sanktionsregime mit notwendigen Dingen zu versorgen.

Und von diesem Posten sind Sie zurückgetreten – weshalb?

Ich bin 17 Monate in Bagdad gewesen – das war länger, als alle Vorgänger vor mir es ausgehalten haben. Der Grund meines Rücktritts hängt zusammen mit meiner immer stärker werdenden Erkenntnis des Mißbrauchs der Vereinten Nationen durch einzelne UNO-Mitgliedsstaaten. Das heißt, was wir in Bagdad versucht haben zu tun, für die Menschen, für eine Bevölkerung von 23 Millionen Irakis – ein Programm, das von den Amerikanern, aber auch von den Engländern immer wieder gestört wurde – war eine bittere Erkenntnis für mich. Dazu kam, daß das Öl-für-Nahrungsmittel-

Program – das den Menschen ein Minimum an Befriedigung physischer Bedürfnisse ermöglichen sollte – total ungenügend war. Mein Gewissen sagte mir, wenn Du da weiter mitmachst, dann machst Du Dich mitschuldig.

Ich kann mir vorstellen, daß der eine oder andere gesagt hat oder vielleicht immer noch sagt, das sind die „Humanitären“, die sehen nicht die wirklichen Probleme, die sehen nicht die Machtprobleme, die wollen nicht die Bosheit, die Durchtrieblichkeit dieses Regimes sehen, die verschließen die Augen.

Wenn man sich für humanitäre Dinge einsetzt, ist das ja nicht gleichbedeutend mit der naiven Inangriffnahme eines Problems. Niemand, kein vernünftiger Mensch jedenfalls wird in Frage stellen, daß in Bagdad eine harsche, eine echte und brutale Diktatur am Werke ist. Aber das soll nicht verhindern, daß man ein reales Bild von Irak vermittelt, und das habe ich in Bagdad in meiner Zeit versucht zu tun. Und das Schlimme war, daß unschuldige Irakis bestraft wurden für etwas, was sie ja gar nicht getan hatten. Sanktionen sollen doch die treffen, die sich etwas haben zuschulden kommen lassen. Und das war eben nicht so. Und das darzustellen und dann erkennen zu müssen, daß das weitgehend ignoriert wurde, nicht umgesetzt wurde in einen neuen Ansatz der Behandlung des Irak-Problems, das war eine sehr ernste Erkenntnis für mich.

Sie waren kürzlich wieder vor Ort. Wie ist denn die Situation der Menschen in Irak?

Nach 12 Jahren ist es so, daß man sagen kann, eine Gesellschaft ist zerstört worden durch die Sanktionen. Das, was zur Verfügung steht zum Überleben (Nahrungsmittel, Medikamente, Unterrichtsmaterial für

die Kinder, Dinge, die man braucht für eine gesunde Wasserversorgung, Abwassersituation), all das ist nur sehr spärlich vorhanden. Die Bevölkerung ist eigentlich immer, jeden Tag, mit der Nase knapp über dem Wasser. Viele allerdings sind mit der Nase unter Wasser gekommen. Nehmen wir die Kindersterblichkeitsrate in Irak. Angaben von seriösen Organisationen – das ist nicht irakische Propaganda, das sind Zahlen, Statistiken, die von Organisationen wie Caritas oder Care International oder UNICEF kommen – geben ein Bild von der menschlichen Katastrophe. Seit dem UNICEF-Bericht vom August 1999 weiß man, daß von 188 Ländern, die die Organisation begutachtet hat, Irak das Land ist, was den höchsten Anstieg an Kindersterblichkeit hat. Irak ist das 188. Land auf der Liste, und das mag manche vielleicht nicht überraschen, aber es muß hinzugefügt werden, daß Irak ja ein reiches Land gewesen ist. Es hat die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Irak hatte in den 80er-Jahren unter derselben Regierung ein progressives, fortschrittliches Bildungssystem. Das ist heute zusammengebrochen. Viele Kinder gehen nicht mehr in die Schule, das Analphabetentum ist wieder sehr stark angestiegen, es liegt inzwischen bei 55 %, in den 80er Jahren war es auf 20 % gesenkt worden. Das Fazit: Irak ist heute in einer tragisch schwierigen humanitären Situation. Man kann von einer Katastrophe sprechen, die vermeidbar gewesen wäre.

Was meinen Sie denn, weshalb wollen Herr Bush und Herr Blair Krieg in Irak?

Also die amerikanische Regierung, die Bush-Regierung, hat vergessen, was der scheidende Verteidigungsminister William Cohen im Januar 2001 gesagt hat: daß seiner Meinung nach Irak heute keine militärische Gefahr für seine Nachbarn oder irgendjemand darstellt. Die Bush-Regierung hat sich aber sehr wohl erinnert an das, was im Oktober 1998 der amerikanische Kongreß als Irak-Politik identifizierte, im sogenannten Irak-Befreiungs-Act. Da steht drin, Regimewechsel ist ein erklärtes Ziel der amerikanischen Regierung. Daran hat man sich erinnert. Und man hat dann sehr aktiv seine Politik geändert nach dem 11. September. Es ist eine Hysterie ausgebrochen in den USA. Man vermischt Bekämpfung des Terrorismus mit einem Angehen von Regimes, die einem nicht bequem sind. Das ist sicher ein Motiv für amerikanische Politik.

Die Grafiken schuf der libysche Künstler Mohammed Az-Zawawi At-Tarhuni (geb. 1936) aus Anlaß des erzwungenen Abzugs der britischen Kolonialisten und der Nationalisierung imperialistischer Ölkonzerne im arabischen Raum.



Irak verhängte Flugverbot über Norden der USA

Seitenverkehrt

Iwan Prostackow (der Einfältige) versucht in der „Sowjetskaja Rossija“ vom 12. 10. 2002 das geopolitische Szenario etwas umzustellen. Wir drucken seinen Beitrag hier ab – leicht gekürzt.

Und wieder herrscht Spannung in der Westlichen Hemisphäre. Wie die Medien berichten, haben irakische Flugzeuge erneut Bomben auf die amerikanischen Luftabwehrstellungen in den nördlichen USA-Bundesstaaten abgeworfen. Vom Kommando in Bagdad verlautete, eine der irakischen Maschinen über der für amerikanische Flugzeuge verbotenen Nordzone sei von einem USA-Radar angepeilt worden. Der irakische Pilot habe das als eine Vorbereitung zum Angriff aufgefaßt. Im Ergebnis seien einige USA-Radaranlagen zerstört worden. Das habe auch Ortschaften, die in der Nähe liegen, in Mitleidenschaft gezogen. Unter der Zivilbevölkerung gebe es Opfer.

Gestern hat der offizielle Vertreter Bagdads in der UNO nochmals eine Resolution gefordert, die Irak und seinen Verbündeten direktes militärisches Eingreifen in die USA gestattet. Bagdad versucht schon lange, eine Absetzung von Präsident Bush und einen Austausch der Regierung der USA zu erreichen. Der Hauptpalast des Präsidenten Saddam Hussein hat den Chef der USA-Administration für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt, da dieser neue Massenvernichtungswaffen entwickeln läßt und den Terrorismus unterstützt. Pressemeldungen besagen, daß die USA zur Entwicklung geophysischer Waffen übergehen. Das wird in Irak als eine Bedrohung der Weltgesellschaft und der Weltordnung betrachtet. Somit seien die USA ein „Zentrum des Bösen“ in der Welt.

Dieser Tage ... wurde das Volk der Vereinigten Staaten zur Befreiung vom Diktator aufgerufen. Wie gesagt wurde, könne „eine Kugel das Problem lösen“. Aber die

Hoffnungen von Bagdad auf Proteste gegen Bush sind unbegründet. Wie aus den USA berichtet wird, unterstützt die Bevölkerung ihren Präsidenten ungeachtet der großen Schwierigkeiten aufgrund der irakischen Blockade des Landes ... Versuche, die Gegner von Bush, die zur Zeit in Irak leben, zu korrumpieren, werden vermutlich auch nichts bringen.

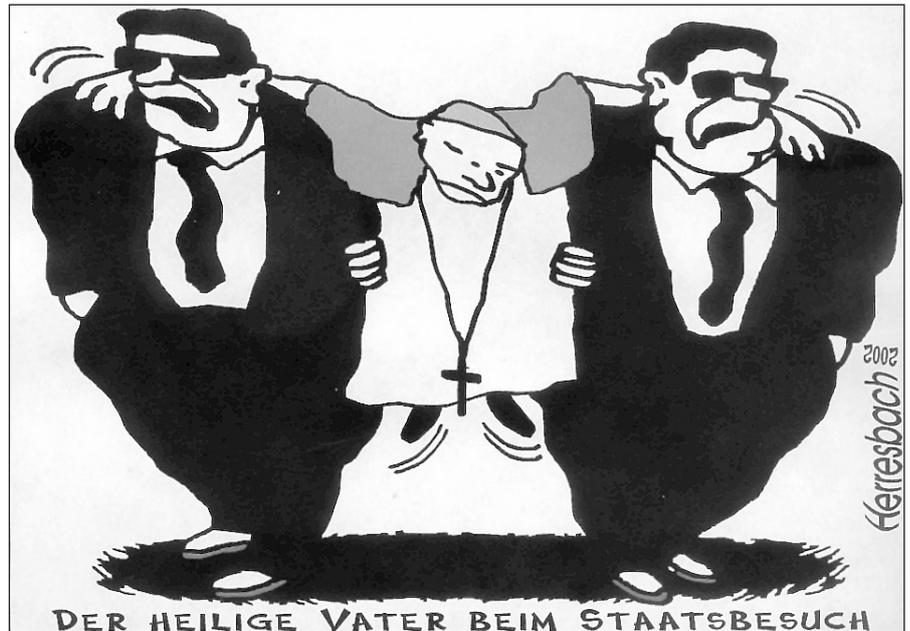
Die Reaktion ... auf die Bagdader Politik ist unterschiedlich. Wenige Staaten trauen sich, offen zu protestieren, obwohl der Überfall auf die USA als eine Aggression auf einen unabhängigen Staat, der Mitglied der UNO ist, gewertet werden könnte ... Viele Länder schweigen, um ihre Beziehungen mit Bagdad nicht zu verderben. Das ist praktisch eine stille Unterstützung der aggressiven irakischen Politik, deren Exekuteure sich das Recht anmaßen, darüber zu entscheiden, wer in Washington an der Macht sein darf.

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer

Papst huldigte dem Gründer von Opus Dei

Escrivá heilig gesprochen

Papst Johannes Paul II. wird – so angeschlagen er auch wirken mag – nicht müde, finstere Reaktionäre und geschworene Antikommunisten heilig zu sprechen. Keiner seiner Vorgänger hat solche Rekorde erreicht. In vier Jahrhunderten wurden nicht so viele Gläubige in den Heiligenstand erhoben wie von Johannes Paul II. Jetzt erfolgte schon die 468. Heiligsprechung unter seiner geistlichen Oberhirtenschaft. Die Wahl fiel auf den Gründer des berühmtesten katholischen Laienordens Opus Dei, Josemaría Escrivá de Balaguer. Die Organisation steckt seit ihrem Entstehen hinter Verschwörungen, Intrigen und Putschen in aller Welt. ■



USA: 41,2 Millionen ohne Versicherungsschutz

Menschenrechte

Am 29. September 2002 berichtete das Statistische Amt der Vereinigten Staaten (U. S. Census Bureau), daß im letzten Jahr die Zahl der Bürger ohne jeglichen Versicherungsschutz um 1,4 Millionen zugenommen habe und jetzt 41,2 Millionen umfasse. Von diesen seien 8,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18. Neun von zehn nichtversicherten Kindern stammten aus Familien mit arbeitenden Eltern.

Dem Bericht des Census Bureaus ist zu entnehmen, daß die Zahl der unterhalb der Armutsschwelle lebenden USA-Bür-

ger, die wiederum um 1,3 Millionen zunahm, jetzt 32,9 Millionen beträgt. In den ersten acht Monaten des Jahres 2002 wurde die Auszahlung von Erwerbslosenentschädigung an mehr als eine Million Arbeiter der USA eingestellt. Die Armutsrate unter Afroamerikanern stieg von 19,3 auf 20,7 Prozent.

Die Durchschnittsjahresbezüge der fünf Prozent Spitzenverdiener beliefen sich im Jahr 2001 auf 260 464 Dollar. Das untere Fünftel der Arbeitenden erhielt demgegenüber nur 3,5 Prozent des nationalen Gesamteinkommens.

R. F., gestützt auf „People's Weekly World“

Belafonte über Onkel Toms

USA-Außenminister Colin Powell ist über den berühmten afrokaribischen Sänger und USA-Bürger Harry Belafonte empört. Dieser nannte den Onkel Tom in der Bush-Administration treffend einen „privilegierten Sklaven“.

Der russische Kommunist Vitali Sewastjanow sprach in Berlin

Ein Kosmonaut mit rotem Stern

Am 8. Oktober 2002 fand in Berlin (unter Regie der Rosa-Luxemburg-Stiftung) eine gutbesuchte Veranstaltung mit dem sowjetischen Fliegerkosmonauten Dr.-Ing. Vitali Iwanowitsch Sewastjanow statt. Er war 1970 mit dem Raumschiff Sojus 9 für mehr als 17 Tage und 1975 mit Sojus 18 für fast 63 Tage ins All geflogen. Sein Thema: Rußland – wohin gehst du?“

Der Gast aus Moskau erklärte auf Anfrage, ihm sei die Anrede „Genosse“ wesentlich lieber als „Herr“. Sewastjanow ist anerkannter Wissenschaftler, aber auch vielseitiger Sportler, aktives Mitglied der KPRF, im Gebiet Sotschi/Südkuban gewählter Deputierter der Russischen Duma. In seinem Kreis erhielt er über 90 000 Stimmen, der nächstplazierte Kandidat kam auf rund 30 000.

Zur ökonomischen Lage Rußlands sagte Sewastjanow, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrage z. Z. etwa 7,6 % (ca. ein Dreizehntel!) des BIP der RSFSR, also der Russischen Föderation im Rahmen der Sowjetunion, im Jahre 1990. Riesige Summen würden ins Ausland verbracht, als reines Kapital oder zum Erwerb von Luxusimmobilien, wogegen der Staat nichts unternehme. Die Steuereinnahmen der Russischen Föderation für die beiden wichtigsten (!) Exportprodukte – Alkohol und Rohöl – betrügen nur 47 bzw. 32 % der erwarteten Summe, die auch schon recht bescheiden bemessen sei. Da die Löhne und Gehälter nur spärlich gezahlt würden, seien auch die staatlichen Einnahmen aus der Einkommenssteuer äußerst dürftig. Hinzu komme, daß die Erfahrungen der letzten 12 Jahre (seit dem Hereinbrechen der „Demokratie“) die Menschen gelehrt hätten, den Banken und Sparkassen kein Geld anzuvertrauen. Wenn etwas übrig bleibe, werde es in „harte“ Währung umgewandelt und zu Hause aufbewahrt – stehe also dem Staat bzw. der Industrie nicht zur Verfügung. Rußlands Budget betrage umgerechnet 78 Mrd. Dollar; ungefähr die gleiche Summe befinde sich aber in den Sparstrümpfen. Die Schattenwirtschaft verfüge sogar über ca. 156 Mrd. Dollar. Die beiden letzten Positionen brächten natürlich keine Steuern ein ...

Wohin? Rußland sei im Begriff, den Kapitalismus zu errichten. Dazu benötige es, so Sewastjanow, vier Standbeine. Zwei davon, der Warenmarkt und der Kapitalmarkt einschließlich des Wertpapierhandels, existierten bereits. Es fehlten der Markt für Grund und Boden und der Markt für Naturreichtümer. In bezug auf Verkauf und Erwerb von Land sei in der Duma gegen die Stimmen der KPRF bereits ein entsprechendes Gesetz verabschiedet worden. Zehntausende Spekulanten bereiteten sich darauf vor, z. B. die gesamte Fläche des Moskauer Gebiets aufzukaufen ... Rußlands Bodenschätze würden ohne Rücksicht auf die Zukunft und die Umwelt ausgebeutet. Einen geregelten Markt dafür gebe es allerdings nicht. Die wichtigsten Staatsbetriebe seien entweder bereits privatisiert oder stünden kurz vor dieser Umwandlung. Das beziehe sich besonders auf Transport und Energie, auf Post und Massenmedien. Außer regionalen Organen stünden der KPRF nur die

„Prawda“ und die „Sowjetskaja Rossija“ zur Verfügung. Es sei schwer, sie zu finanzieren.

Zur politischen Situation in der Russischen Föderation übergehend, beklagte Genosse Sewastjanow die zerstörerische Wirkung des Jelzin-Kurses (zu Putin äußerte er sich nicht). Besonders die starke Autonomie-Bewegung, die auch vom Ausland – besonders den USA – gesteuert und unterstützt werde, bereite Sorgen. Allein in der Russischen Föderation gebe es bereits 88 staatsrechtlich souveräne Subjekte, von denen 46 ihre eigenen Gesetze verabschiedeten, die oft im Widerspruch zu den föderalen stünden. Das gehe so weit, daß es z. B. Tatarstan ablehne, seine Rekruten zum Dienst in andere Gebiete Rußlands versetzen zu lassen; die gleiche Republik führe nur 7 % der Steuern an die Zentrale ab, habe sich aber bereit erklärt, ihre Schulden mit Waffenlieferungen zu tilgen.

Ein großes Problem seien die Streitkräfte. Die Regierung habe unter dem Protest der KPRF viele Vergünstigungen für Militärangehörige gestrichen. Die bisher gewährten würden angeblich durch eine Solderhöhung kompensiert. Diese aber werde binnen eines halben Jahres von der Inflation aufgezehrt. Auch in der Auseinandersetzung mit den USA über Waffensysteme, ihre Abschaffung bzw. den Aufbau neuer, stehe Rußland vor schwierigen Fragen. Dennoch sei die strategische Sicherheit der Föderation für mindestens zehn Jahre gewährleistet.

Insgesamt könne man einschätzen, daß sich das Volk zu vereinen suche, sagte Sewastjanow. Große Bedeutung besitze dabei die Volkspatriotische Bewegung, die von der KPRF maßgeblich unterstützt werde. Im Ganzen genommen stünden die Zeichen der Zeit für die KPRF nicht schlecht. Trotz mannigfacher Probleme habe sie in den letzten anderthalb Jahren ihren Einfluß unter jungen Leuten etwas ausbauen können. Sie zähle heute 528 000 Mitglieder.

In der Diskussion wurden verschiedene Fragen aufgeworfen und behandelt. Zur Tschetschenien-Frage unterstützte der Redner die Auffassung, beim dortigen Widerstand handle es sich um Aktionen separatistischer Banditen. Auffällig sei, daß jene im Westen, welche Moskaus Tschetschenien-Politik vor dem imperialistischen Überfall auf Afghanistan und Bushs „Antiterrorkrieg“ heftig attackiert hätten, in letzter Zeit verstummt seien.

Interessante Ausführungen machte Sewastjanow zu den Massenmedien. Während auf die privaten Sender und Kanäle kaum Einfluß genommen werden könne, würden im staatlichen Fernsehen jetzt häufiger auch Filme aus sowjetischer Zeit gezeigt.

Die Veranstaltung mit Vitali Sewastjanow war ein Gewinn. Sie vermittelte Wissenswertes über Rußland und trug dazu bei, ein realistisches Bild dieses großen Landes zu zeichnen.
Peter Tichauer



„Wir leben demokratisch..., dabei würde man doch so gerne menschlich leben.“
Aus „Sowjetskaja Rossija“

Manifest in italienischer Erstübersetzung neu aufgelegt Wertvolle Edition

Der linke Mailänder Verlag Mursia hat die 1895 erschienene italienische Erstausgabe des von Antonio Labriola übersetzten Kommunistischen Manifests zweisprachig herausgebracht. Mursia will an die herausragende Leistung Labriolas bei der Verbreitung des Marxismus in Italien und der Gründung der einheitlichen Partei der Italienischen Werktätigen im August 1892, die 1893 den Namen Sozialistische Partei annahm, erinnern, aber ebenso an die Aktualität der Lehre von Marx für den Kampf der Arbeiterbewegung.

Auf die Verbreitung des Marxismus, die in der Auseinandersetzung mit den reformi-

stischen Einflüssen und dem Anarchismus Bakunins erfolgte, nahm Friedrich Engels, seit 1871 Korrespondierender Sekretär des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation (Erste Internationale) für Italien, persönlichen Einfluß. Das Parteiprogramm der ISP trug grundsätzlich marxistischen Charakter. Der ISP-Mitbegründer, der spätere Reformist Filippo Turati, ignorierte jedoch Marx' Kritik am Gothaer Programm (Ausklammerung der Diktatur des Proletariats). Des weiteren fehlten Äußerungen zur Bündnisfrage. Mit den Schwachpunkten befaßte sich Engels in „Die künftige italienische Revolution und die Sozialistische Partei“. (MEW 22/439 f.) Die Schwächen führten dazu, daß sich in der Partei ein revolutionärer und ein reformistischer Flügel herausbildeten. **G. F.**

Das vierte Italienbuch des Kenners Gerhard Feldbauer

Marsch auf Rom

Stell dir vor, du seiest ein Kind der „Postmoderne“. Paläste aus Metall, Glas und Lichtfluten säumen deine alltäglichen Wege in einer Stadt wie Berlin. Deine Wohnung ist eine Kreation aus Schwarzlicht, dein Badezimmer mit Delphinen und Meerjungfrauen verziert, du schläfst unter der Diskokugel. Nun sitzt du in lachsfarbene Satinbettwäsche gehüllt und willst vorm Einschlafen noch ein Buch lesen. Den Fernseher hast du ausgeschaltet. Es ist ein ganz außergewöhnliches Buch. Es packt dich gleich mit den ersten Zeilen mehr als jeder Endzeit-Thriller. Ort der Handlung: Italien. Schwarzbehemdete Hordenschwingen mit „Eja, eja, alalà“-Gebrüll lederumschnürte Rutenbündel, aus denen ein Beil hervorragt: die Fasces. Sie nennen sich Fascisti, ziehen mordend und plündernd durch die Lande, huldigen einem Duce: Mussolini. Dem Land geht es schlecht. Arbeiteraufstände gegen Hungersnot sind an der Tagesordnung, Rufe nach Frieden und Brot werden laut, aber auch danach, „es wie in Rußland“ zu machen, wo gerade die Februarevolution gesiegt hat. Und sie haben Erfolg. Der Achtstundenarbeitstag wird eingeführt, un bebauter Grund und Boden von Landarbeitern und armen Bauern besetzt. Dem italienischen Imperialismus steht das Wasser am Hals. Gibt es denn keine Kräfte, die die revolutionäre Erhebung der Arbeiter niederschlagen könnten? Keine reformistischen Sozialdemokraten wie anderswo, z. B. in Deutschland, die die Arbeiter zu Gunsten des Großkapitals und der Latifundistas bei der Stange halten? Nein, solche sind hier nicht stark genug. Aber einer betritt die Bühne: Mussolini, der Duce. Der frühere Abgeordnete der Sozialisten hat sich nach scheinrevolutionärem Zwischen spiel von der Linken abgewandt und propagiert jetzt die direkte Klassenzusammenarbeit zwischen Arbeitern und Bourgeoisie. Er wird vom Kapital protegiert und läßt das Land mit Hilfe seiner Horden im Terror ertrinken. Die Flammen großer brennender Gebäude erheben sich unheimlich in der Nacht. Eine ganze Stadt ist von der Glut erleuchtet. Gleich einer Feuersäule, vernichtet die Gewalt der Faschisten alle roten Volkshäuser, die Sitze der sozialistischen und kommunistischen Organisationen. Mit demagogischen Rattenfängerparolen wie „Tod den Ausbeutern!“ werden Widerstand leistende, auch viele wahre Sozialisten, in die Irre geführt. Bürgerliche Parteien verbünden sich mit den Mörderhorden. Das Königshaus, den Papst, ja selbst das Militär sowieso einflußreiche Kreise des Kapitals und der Großgrundbesitzer hinter sich, inszeniert der Duce das großangelegte makabre Spektakel des Marsches auf Rom.

Wo aber bleibt der Held, der Gute, der alles zum Besten wendet? Da ist Matteotti. Der Führer der Einheitssozialisten prangert im Parlament und in der Öffentlichkeit unerschrocken die Verbrechen der Fascisti an, Widerstand und Protest wachsen in bisher unbekanntem Ausmaß. Doch er wird auf persönlichen Befehl des Duce auf offener Straße überfallen und erschlagen. Und die meisten Widerstrebenden sind, das kennt man ja auch aus Deutschland, weder Fisch noch Fleisch, halbherzige Wankelgemüter. Sie sind weder für die Revolution noch für den Faschismus. Sie schauen nicht durch. Immerhin ist die Position des Duce mit seinen Leuten angekratzt, soviel hat der erschlagene Matteotti bewirkt. Papst, König und Industrielle helfen dem Führer der Schwarzhemden. Alle Parteien außer der faschistischen werden verboten. Wieder durchzieht blutiger Terror die Straßen. Die offene Diktatur wird errichtet. Doch ist wirklich kein Gegenspieler in Sicht? Endlich zeigt er sich. Genauer gesagt, zwei positive Helden betreten die Bühne. Größter marxistischer Theoretiker seit Lenin, ein geistiger Kopf also, Antonio Gramsci, und Togliatti, eine der bedeutendsten politischen Begabungen, die die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Notwendig ist eine komplexe Strategie und Taktik im Widerstand. Gestützt auf seine Analyse verbindet Gramsci den Kampf für Sozialismus mit der Verteidigung bzw. der Eroberung der Demokratie durch ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Mittelschichten und der Intelligenz. Und er prophezeit den Faschismus als Keim für einen Krieg um die Weltherrschaft.

Szenenwechsel. Die „anderen“ sind wieder dran. Tripolitanien wird überfallen und erobert, Fessan, Kyrenaika. Ein Sohn des großen Zeltles leistet mit seinen Mannen erbitterten Widerstand ohne Erfolg. Menschen werden aus Flugzeugen geworfen, erschossen, erhängt, vergewaltigt, in die Wüste getrieben. Libyen, Äthiopien wer-

den unterworfen. Vorangegangen ist die „Operation Albanien“. Kriegerische Lösungen für die Festigung der Grundlagen der Diktatur im eigenen Land.

Jetzt kann selbst der kuschelige lachsfarbene Satinbettbezug nicht mehr darüber hinwegtäuschen: Ich bin mitten in der realen Welt angelangt, in einer Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht, ins Heute. Jugoslawien, Afghanistan, Irak – auch hier geht es nur darum, die Ausbeutermacht im eigenen Land zu stabilisieren. Und wieder: Viele um mich herum sind nicht Fisch noch Fleisch. Keine Helden in Sicht, die uns vor Ärgstem bewahren. Wir müssen uns selbst schützen. Demokratie verteidigen und ausbauen bis hin zum Sozialismus. Durch breiteste Bündnisse gegen die, die sich alles aneignen.

Das Buch ist noch nicht zu Ende. Es geht weiter in Italien. Bis zu Berlusconi, dem größten kapitalistischen Magnaten des Landes. Dessen autoritär-autokratische Partei Forza Italia, die faschistische Alleanza Nazionale Gianfranco Finis und die rassistische Lega Nord Umberto Bossis haben gemeinsam die Parlamentswahlen im Mai 2001 gewonnen und bilden die Regierung. Lest es selbst weiter – und reißt euch ein ins Bündnis!

Es handelt sich um das vierte Italienbuch von Gerhard Feldbauer. Hier seine Koordinaten:

Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien.

PapyRossa Verlag Köln 2002, 224 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 3-89438-248-1

Iris Rudolph

„Ich sollte das hier nicht öffentlich spielen, aber ich kann es nicht lassen. Die Töne sind zu lieblich.“

Aus „PROLETÄREN“, Göteborg



Begegnungen mit Marx und Lenin in Kasachstan

Ermutigendes



Es lebe der 85. Jahrestag des Oktober!

Zu DDR-Zeiten war es immer mein Wunsch gewesen, einmal die mittelasiatischen Sowjetrepubliken besuchen zu können. In der Geographie-Prüfung hatte ich die Wirtschaft Nordkasachstans als Thema gehabt – das mag mich inspiriert haben. Nun flog ich als Lehrer dorthin. Die Sowjetunion gab es allerdings nicht mehr. Dennoch freute ich mich auf den neuen Lebensabschnitt. In Almaty (Alma-Ata) empfingen mich auf dem Flugplatz neben kasachischen auch russische Grenzsoldaten. Sie trugen noch den roten Stern mit Hammer und Sichel am Käppi.

In Kasachstan, das spürte ich bald, hatten es die selbsternannten Sieger der Geschichte nicht so eilig gehabt, die Symbole der Sowjetmacht zu beseitigen. In Almaty waren sechs Jahre nach der Konterrevolution noch Hauptstraßen nach kasachischen Bolschewiki benannt. Die Botschaften der BRD, der USA und Frankreichs lagen zum Beispiel in einer Straße, die dem kommunistischen Schriftsteller und Tschapajew-Politikminister Dimitri Furmanow zu Ehren benannt worden war. Keiner meiner neuen Wessi-Kollegen mit hohem Kulturanspruch wußte den Namen zu deuten.

Eine ältere Lehrerin aus den „alten Bundesländern“ hatte in der Dzierzynski-Straße einer nordkasachischen Stadt ihr Arbeitsquartier bezogen. Auch sie war ahnungslos, wer der Mann wohl gewesen sein könnte. Als ich ihr sagte, es handle sich um den einstigen Chef der Tscheka, wurde sie blaß.

In einer Schule besuchten wir den Deutsch-Unterricht. Es berührte mich angenehm, DDR-Lehrbücher und Bildbände ausliegen zu sehen. An den Wänden waren Bilder aus meiner der BRD angeschlossenen Heimat aufgehängt. Ich erblickte einen Wimpel mit unserem Wappen. „Schön habt Ihr's hier“, sagte ich der Lehrerin beim Abschied.

Ein Wessi-Neuankömmling hatte auf seiner Liste eine Ortschaft namens Momysh-Uly eingetragen. Das war ein berühmter kasachischer Sowjetoffizier, der an der Wolokolamsker Chaussee vor Moskau die Faschisten aufgehalten hatte. Meinem Kollegen schwante, daß das ein Name sein könnte. So bat er mich um Auskunft. Wie jeder, der eine Offiziersausbildung in der DDR-Armee hinter sich hatte, wußte ich bescheid. Der Mann habe mit seinen Rotarmisten den Kapitalismus für fast ein halbes Jahrhundert aufgehalten, sagte ich, um dann nachdenklich zu werden: Die Kriege gegen den Imperialismus wurden immer gewonnen, im Frieden haben wir verloren.

Der Flug mit der AN-24 zu meinem Einsatzort war nicht bequem, aber recht interessant. Zum Rauchen trafen sich die Passagiere im Gepäckraum. Nach einem guten Schluck wurde die Situation schnell anheimelnd. Ein Tatare erzählte mir stolz, daß er in Thüringen – das sei „bei Berlin“ – in der Sowjetarmee gedient habe. Besonders hätten ihm die Herzlichkeit der Menschen und – seine Mandelaugen wurden größer – die blonden Mädchen in den blauen Blusen gefallen. Ob es die wohl noch immer gebe? Die Blauhemden nicht mehr, und die Mädchen sind inzwischen älter, doch ihre Herzen schlagen nicht selten noch für die gleiche Sache, antwortete ich.

Nach der Landung wurde ich in mein Quartier gebracht, wo mich künftige Arbeitskollegen schon erwarteten. In der Stadt war es dunkel und ein leichter Schneesturm wehte, so daß ich nicht auf die Straßennamen achten konnte. Als wir beim Begrüßungstrunk waren, fragte ich beiläufig nach Adresse und Telefonnummer meiner neuen Bleibe. Jemand sagte mir, ich würde in der Leninstraße wohnen. Da konnte ich meine Freude nicht zurückhalten. Den einheimischen Kollegen gefiel das: „Ja, diese Straße umzubenennen, haben sie noch nicht gewagt. Selbst ein Lenindenkmal gibt es hier noch.“ Nun war ich ganz aus dem Häuschen: Ich, ein Kommunist aus der DDR, die sich jetzt Ostdeutschland nennt, lebe Jahre nach dem konterrevolutionären Bildersturm in einer Leninstraße mit seinem Denkmal. Großartig! Natürlich suchte ich am nächsten Tag das Monument auf. Ich legte ein paar Nelken nieder. Als ich nach einer Stunde wieder bei Wladimir Iljitsch vorbeikam, waren die Blumen allerdings verschwunden. Schade!

Über ein Jahr lang ging ich Tag für Tag an Lenin vorbei. Doch eines kalten Wintermorgens war das Denkmal weg. Dafür standen an seinem Sockel erregte Menschen, die laut diskutierten. Ich begab mich zu ihnen, um etwas über den Verbleib der Skulptur zu erfahren. Die Stadtverwaltung habe sie auf Weisung aus der Hauptstadt zur „Restaurierung“ und „vorläufig“ weggebracht, sagte mir jemand mit ironischem Unterton. Die Versammelten sahen ganz so aus, als ob sie auf den Schwindel nicht hereinfallen würden. Es waren meist ältere Menschen verschiedener Nationalitäten. Rasch wurden Unterschriften für eine Protestresoluti-

on gesammelt. Ein Mann bat mich, ebenfalls zu unterzeichnen. Ich bedauerte, daß ich im offiziellen BRD-Auftrag tätig und mir jede Einmischung in die Landespolitik verboten sei. Es muß wohl mein betrübter Gesichtsausdruck gewesen sein und mehr noch seine Lebens- und Kampferfahrungen, die ihn bewogen, mir dennoch kräftig die Hand zu schütteln und zu sagen: „Danke, Genosse, ich verstehe Sie!“ Dann wandte er sich anderen zu, die zum Unterschreiben inzwischen Schlange standen. Meine Traurigkeit war verflogen, wußte ich doch nun, daß wir Tausende Kilometer von daheim entfernt eine Menge Freunde hatten. Zu meiner Genugtuung tauchte Lenin im Frühling wieder auf, und zwar im Park des Sieges. Dort befanden sich viele Tafeln für gefallene Sowjetsoldaten des Gebiets und ein Denkmal des Sieges über den deutschen Faschismus. Nachdem ich Feldblumen niedergelegt hatte und mir sicher war, daß diese keiner stehlen würde, konstatierte ich nach kurzem Überlegen: Lenins Verbannung in den Park des Sieges ist gar nicht so verkehrt, ja – mit Blick auf die Zukunft – geradezu symbolträchtig.

In einem der wenigen übriggebliebenen Kindergärten gab ich einige Deutsch-Stunden. Schnell fand ich Kontakt zu Kindern und Erziehern. Bei einer Feierlichkeit wollten sie mir ein Album mit Zeichnungen und Bildern Lenins schenken, hatte ich doch zuvor darin interessiert geblättert. Ich hielt das Album schon in der Hand und sah mich bereits in Gedanken das wertvolle Souvenir zu Hause vorzeigen. Doch plötzlich hielt mich etwas zurück, was ich nicht gleich zu deuten wußte. Es muß wohl der Klasseninstinkt gewesen sein. Ich lehnte dankend ab und sagte, das Album solle besser bei den Kindern bleiben, damit sie später eine Vorstellung davon hätten, wer Lenin gewesen sei. Die kasachischen Erzieherinnen begrüßten diese Idee. Schließlich holte die Direktorin eine massive Leninbüste herbei, denn das war ja nichts für Kinder.

In einer Schule hatte ich eine Deutsch-Prüfung abgenommen und wurde wie üblich zu einer kleinen Feier mit allen Teilnehmern ins Lehrerzimmer gebeten. Dort stach mir ein Marx-Bild in die Augen. Es war die Arbeit eines geschickten Schülers, der das Konterfei des „Alten“ in Holz gebrannt hatte. Nie war ich auf ein schönes Marx-Portrait gestoßen. Das mußte ich unbedingt haben! Trinkspruch folgte auf Trinkspruch und ich wurde mutiger. So hörte ich nicht auf, das Bild in der Hoffnung zu loben, es am Ende geschenkt zu bekommen. Die Direktorin, eine energische Frau, hatte meine Absicht längst durchschaut und wollte mich nicht länger zappeln lassen: „Wissen Sie, dieser Marx sollte schon mehrfach weg, doch wir lassen ihn uns von keinem nehmen!“ Das war eindeutig und zweifach überzeugend. Als wir später auseinandergingen, warf ich einen letzten Blick auf das Portrait. Ich fand, daß es im Lehrerzimmer einer bürgerlichen Schule Kasachstans weit besser aufgehoben sei als bei mir zu Hause, wo es keinen gibt, den man noch überzeugen müßte.

Bernhard Majorow

¡Presente!

■ **Endre Ady** wurde vor 125 Jahren, am 22. 11. 1877, in Erindszent geboren; er starb am 27. 1. 1919 in Budapest. Der ungarische Lyriker, Novellist und Publizist war der Sohn eines verarmten adligen Landwirts; zunächst war er in der Provinz, später in Budapest als Journalist tätig. Seinen eigenen lyrischen Ton fand er in dem Gedichtband „Neue Gedichte“ (1906). Ihr Erscheinen gilt als die Geburtsstunde der modernen ungarischen Literatur. Die „Neuen Gedichte“ und die bis 1918 folgenden Bände sind inhaltlich und formal revolutionär. Ady stand deshalb schon zu Lebzeiten im Mittelpunkt heftiger literarischer und politischer Auseinandersetzungen. Die halbfeudale ungarische Reaktion bekämpfte sein leidenschaftliches Eintreten für eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Ungarn. Obwohl kein sozialistischer Revolutionär, wußte er, daß diese Aufgabe nur vom Proletariat gelöst werden konnte. In überraschenden Bildern zeigt er die Unmenschlichkeit und die Widersprüche des Kapitalismus. Endre Ady gilt neben Petöfi und Attila Jozsef als einer der bedeutendsten Lyriker Ungarns.

Während des ersten Weltkrieges gehörte er zu den wenigen, die den imperialistischen Krieg von Anfang an ablehnten. Die Gedichte Adys wurden in über 30 Sprachen übersetzt. Auf deutsch liegen u. a. vor:

E. Ady: Gedichte. Ausgewählt und eingeleitet von L. Bóka. Nachdichtungen von Franz Fühmann und Heinz Kahlau. Volk und Welt, Berlin 1965. 128 S.

E. Ady: Mensch in der Unmenschlichkeit. 66 Gedichte. Übertragen von Zoltán Franyó. Corvina, Budapest 1979. 106 S.

■ Freunde sozialistischer Literatur kennen und schätzen den Dichter und Maler **Rafael Alberti** als einen der ganz Großen der spanischen und der Weltliteratur. Sie werden am 16. Dezember den hundertsten Geburtstag eines Freundes und Genossen begehen. Anlässlich seines Todes am 28. Oktober 1999 hatte der „RotFuchs“ eine kurze biographische Skizze und sein Gedicht „Hans Beimler, der Kommunist, der Verteidiger Madrids“ veröffentlicht (RF Nr. 22). Heute einige Zeilen aus Albertis

Ein Gespenst geht um in Europa

... Wir aber, wir folgen ihm,
lassen es niedersteigen aus dem Ostwind, der
es heranträgt,
befragen es nach den roten Steppen
des Friedens und des Siegs,
führen es an den Tisch des armen Bauern,
stellen es vor dem Herrn der Fabriken,

lassen es führen die Streiks und die
Manifestationen,
mit Soldaten sprechen und Matrosen,
in den Büros den kleinen Angestellten sehen
und die Faust erheben in den Parlamenten
unterm Geschrei des Goldes
und des Bluts.

Ein Gespenst geht um in Europa,
in der Welt.

Wir nennen es Genosse.

■ **Gerhard Holtz-Baumert**, der am 17. Oktober 1996 gestorbene „Vater“ von Alfons Zitterbacke, einem der beliebtesten Helden der DDR-Kinderliteratur, hätte am 25. Dezember seinen 75. Geburtstag feiern können – Grund genug, sich seiner zu erinnern. Holtz-Baumert wurde 1927 in Berlin als Sohn eines Arbeiters geboren, besuchte das Gymnasium, war im Krieg Flakhelfer, dann Soldat; desertierte und geriet in amerikanische Gefangenschaft, floh und kehrte nach Berlin zurück. 1947 bis 1949 war er FDJ-Funktionär, 1951 bis 1958 Chefredakteur der Kinderzeitschriften „Abc-Zeitung“ und „Schulpost“; 1951 bis 1954 Fernstudium der Pädagogik; 1958/1959 studierte er am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig und absolvierte ein Fernstudium der Journalistik; 1960 bis 1962 war er Sekretär des Schriftstellerverbandes, 1963 bis 1992 Chefredakteur der verdienstvollen und unersetzlichen „Beiträge zur Kinder- und Jugendliteratur“, 1969 bis 1990 Mitglied des Vorstands des Schriftstellerverbands, seit 1977 als Vizepräsident, 1970 Generalsekretär des Kuratoriums für Kinderliteratur der DDR. 1973 wurde er mit dem Heinrich-Heine-Preis und 1975 mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet. 1986 bis 1989 war er Mitglied des ZK der SED

Gerhard Holtz-Baumert wurde durch Kinderbücher wie „Alfons Zitterbacke“ (1958, verfilmt 1966 von Konrad Petzold für die DEFA und zwanzig Jahre später von Andreas Schreiber in einer sechsteiligen Serie für das Fernsehen der DDR), „Alfons Zitterbacke hat wieder Ärger“ (1962) und „Alfons Zitterbackes neuer Ärger“ (1995) bekannt – heitere Geschichten um einen kleinen Pechvogel. Im Mittelpunkt der Erzählung „Der kleine Trompeter und sein Freund“ (1959) steht die legendäre Gestalt des Arbeiterjungen Fritz Weineck, der sein Leben im revolutionären Kampf des deutschen Proletariats ließ. Verdienste erworben hat sich Holtz-Baumert auch mit seinen theoretischen Arbeiten zur Kinder- und Jugendliteratur, vor allem mit der literaturhistorischen Skizze über die Anfänge sozialistischer deutscher Kinderliteratur: „Überhaupt brauchen wir eine sozialistische Literatur ...“ (1973). Respektlos und ironisch erzählt Holtz-Baumert in „Die pucklige Verwandtschaft“ (1985) vom

Leben in Berliner Hinterhöfen, von seiner Kindheit und Jugend in den Jahren 1933 bis 1949.

Weitere Werke: Guten Tag, Hops (1959); Fidibus, paß auf (1959); Vier Pferde gehen fort (1961); Hinter grünen Wäldern (1962); Paule Prinz (1964); Von zwölf lustigen Wichten zwölf kleine Geschichten (1969); Der Wunderpilz u. a. Geschichten aus der Nachbarschaft (1974); Das Pferdchen mit dem guten Herzen (1974); Trampen nach Norden (1975, von Wolfgang Hübner 1977 verfilmt); Hasenjunge Dreiläufer (1976); Sieben und dreimal sieben Geschichten (1979); Erscheinen Pflicht (1981, Erzählungen, Titelerzählung 1984 verfilmt von Helmut Dziuba); Daidalos und Ikaros (1984); Der kleine Lehrer (1989).

Wichtige, von Holtz-Baumert als Herausgeber betreute Werke waren vor allem die Anthologien „Menschen, liebe Menschen, laßt die Erde stehn!“ (1969, Gedichte über Krieg und Frieden), „Der Junge mit dem Schmetterling“ (1970, von den wichtigsten Buchkünstlern der DDR illustrierte Erzählungen russischer Autoren wie Ostrowski, Paustowski, Katajew und Prischwin), die dreibändige Ausgabe der Werke Arkadi Gaidars (1967/69) und das Bändchen „Briefe aus Moabit. Der Keßler-Prozeß“ (1995).

Keine Perspektive?

Im vorletzten RotFuchs hatten wir unsere Leserinnen und Leser gefragt, wie sich die Zahl der Geburten von 1990 (damals betrug sie 178 500) bis 1993 in den „neuen Bundesländern“ entwickelte. Manch einer vermutete zwar, sie sei irgendwie „rückläufig“ gewesen; niemand kannte aber eine annähernd richtige Zahl oder konnte sie sich zumindest vorstellen. Es kam im genannten Zeitraum zu einer drastischen Reduzierung um weit mehr als die Hälfte auf gerade noch 80 500 – eine Tatsache, die nicht gerade von froher Zuversicht in eine blühende Zukunft zeugt.

Daß Statistiken uns aber auch zuversichtlich stimmen können, zeigen folgende Zahlen: 1991 meinten 40 % der Westdeutschen und 76 % (!) der Ostdeutschen, der Sozialismus sei im Grunde eine gute Idee. In den seither vergangenen Jahren stieg die Zahl bei den Westdeutschen auf immerhin 52 %, während die Ostdeutschen keinen Grund sahen, von ihrer Meinung abzulassen – es blieb bei 76 %. Bei den Arbeitern sind es in Westdeutschland 55 %, in Ostdeutschland 86 %!

Es kömmt jetzt nur noch darauf an, die Idee zu verwirklichen. **W. M.**

Leserbriefe an RotFuchs

„Mit allen, die verändern wollen.“ Das hört sich gut an. In meinen Augen ist die Wiederwahl von Genosin Zimmer die bessere Lösung als die Wahl von D. Bartsch oder R. Claus. Aber es ist nicht die beste aller möglichen Lösungen. Doch das kann hier nicht das Thema sein. „Mit allen ...“ Trotz dieses vernünftigen Angebots hat sich der „Zirkel“ um D. Bartsch abgesetzt. Nur in den Schmollwinkel?? Jedenfalls bleibt es ein bedenkliches Verfahren und offenbart eine deformierte Auffassung von innerparteilicher Demokratie. So verhalten sich Parteibeamte, die die Meinung der Mehrheit der Delegierten des Parteitag missachten und nicht bereit sind, Mehrheitsentscheidungen zu respektieren. Vorgewärmte Sessel weiterhin erwärmen zu können, scheint wichtiger zu sein. Einige von ihnen geben vor, im Namen ihrer Mitglieder oder Wähler so handeln zu müssen. Kennen sie die mehrheitliche Meinung dieser Menschen überhaupt? Nein! Sie sind so weit von der Basis weg und haben so abgehoben, daß die Verbindung nach „unten“ weggebrochen ist. Aber nun stehen sie hämisch am Rande und belauern den neuen Vorstand, was der jetzt zustande bringt. (...) In Gera zeigte sich, daß der Umgang mit der KPF anders aussehen muß, als ihn G. Gysi damals kennzeichnete, als er meinte, er werde aus dem Vorstand ausscheiden, wenn Sahra Wagenknecht hineinkäme. So geht es nicht, so ging es schon damals nicht. Sahra Wagenknecht hat unter den Umständen, die in Gera die Lage bestimmten, Geradlinigkeit und bemerkenswerte Solidarität mit Zimmers Vorhaben bewiesen. Zu Recht gehört sie wieder in den neuen Vorstand.

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Da hatte ich eigentlich schon die Hoffnung auf eine vernünftige Linke in Deutschland aufgegeben – und nun so was: ein Parteitag, bei dem die sogenannten Reformen abgestraft wurden, und zwar mit einem Mittel, dessen Gebrauch ebendiese immer als erste auf ihre Fahne schreiben. Sie wurden schlicht und einfach abgewählt. Und nun kommt der Beobachter noch mehr ins Staunen: Plötzlich setzt vonseiten der Bartsch, Brie, Gysi und Pau eine Publikumsbeschimpfung, sprich Demokratenbeschimpfung, ein! Da haben doch wieder mal welche falsch gewählt, so was aber auch! (...) Was wollten diese Linken von unten denen oben sagen? Sie wollen keine weiteren Geschichtsfälschungen, sie wollen keine Kriecherei in die Körperöffnungen von Militaristen und Chauvinisten, sie wollen keine Beteiligung von Sozialisten am Sozialabbau. (Denn nichts anderes ist zumindest die PDS-Beteiligung am Berliner Senat.) Sie wollen keine weitere Anbiederung an den Zeitgeist, denn der riecht übel. Sie wollen den frischen Gegenwind, der die Forderung nach dem Menschenrecht auf Fortschritt in die Gesellschaft trägt: das Recht auf Leben und Frieden, das Recht auf Zukunft und eine Welt ohne das Verbrechen des Kapitalismus. Jesus Christus sagt „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!“ (Matthäus 6,25) Auf geht's!

Peter Franz, evang.-luth. Theologe, Weimar

Noch bin ich Mitglied der PDS, da ich auf kommunaler Ebene oppositionell bis in Bürgerinitiativ-Praktiken – meiner Position gegenüber dieser Gesellschaft entsprechend – etwas linke Arbeit leisten kann. Der Geraer PDS-Parteitag zeigt mit seinem Ausgang, daß die „Reformer“, in wessen Diensten auch immer, alles daran setzen werden, daß künftig keine einflußreiche linke Partei in den Bundestag gelangt. Deshalb müssen wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, daß Neues, wirklich linkes und geeintes Potential (oder wie man es auch nennen müßte) entsteht.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Einem Leserbrief entnahm ich von irgendeiner Organisation das Kürzel RFB. Das erinnert mich daran, daß ich, im Januar 1933 eingetreten, 2003 schon 70 Jahre Mitglied der Roten Jungfront sein werde. Sie war die Jugendsparte der proletarischen Wehrorganisation Roter Frontkämpferbund (RFB). Da ich nicht ausgetreten bin und auch nicht ausgeschlossen wurde, die Organisation illegal weiterexistierte, sich auch niemals aufgelöst hat, habe ich eine hohe Beitragsnachzahlung auf der Schuldenliste.

Karl Mundstock, Berlin

Einige Bemerkungen zu Annemarie Mühlefeldts die Prognosen der Hartz-Kommission betreffend Feststellungen („Kein Harz von Hartz“), die wichtige theoretische Fragen des Marxismus im Lichte gegenwärtiger Erfahrungen anschnitten.

Wie Marx und Engels betonten, hat der Arbeitsprozeß maßgebend zur persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beigetragen – bis heute. Was sich im Lauf der Jahrtausende änderte, und was in den letzten 100 Jahren menschlicher Geschichte mit zunehmender Geschwindigkeit geschah, war die Ersetzung der körperlichen durch geistige Arbeitskraft. In dem Maße, wie der menschliche Erfindungsgeist es fertigbrachte, die vorwiegend physische Energie des Menschen durch andere Energiequellen (Wasser, Wind, Dampf, Gas, Elektrizität, Kernenergie u. a. m.) zu ersetzen, erhöhte sich die Produktionsleistung quantitativ und qualitativ bei gleichzeitiger Verringerung des Bedarfs an lebendiger physischer Arbeitskraft. Das erklärt heute die zunehmende Arbeitslosigkeit in den entwickelten Industrieländern.

Den Widerspruch zwischen erhöhter Produktivität der Arbeitsprozesse und der fallenden Nachfrage durch zunehmende Arbeitslosigkeit – die wachsende Zahl der „unnötigen Menschen“ – kann der Kapitalismus nicht lösen. All die Überbrückungsmaßnahmen wie Arbeitslosenunterstützung, Kurzarbeit, Lohnsenkungen usw. verschleiern nur die wirkliche Sachlage. (...) Tatsache ist, daß der heute auf minimale Dienstleistungen reduzierte Staat keine Arbeitsplätze mehr „schaffen“ kann, trotz aller schönen Floskeln oder Feseleien von „Verantwortung“ der Regierung. Er kann bestenfalls „günstige Bedingungen“ für Investoren, z. B. durch maximalen Steuererlaß und niedrige Löhne, bieten.

Unter dem Sozialismus befreien neu entwickelte Maschinen und Automaten den Menschen von schwerer physischer Arbeit und geben ihm die Möglichkeit, seine geistigen Talente zu entwickeln. In der Welt des Kapitals ist der Mensch nichts wert, wenn man aus ihm keinen Profit herausquetschen kann, und er wird aufs „tote Gleis“ abgeschoben.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Wir übermitteln Euch Informationen über unsere bevorstehende Feier zum 85. Jahrestag der Oktoberrevolution. Ihr seid herzlich eingeladen. Es ist immer für uns von großem Interesse, den „RotFuchs“ zu lesen. Wir schätzen auch Eure Illustrationen und Collagen, zu denen wir bereits beitragen konnten. Heute schicken wir Euch das „Original“ der Grafik von Kurt Poltiniak, DDR, 1952.

Mit brüderlichen kommunistischen Grüßen

Claude Langlet, Cercle Henri Barbusse, Villeneuve d'Ascq

Ich bedanke mich herzlich für die Zusendung von zwei Schnupperheften des „RotFuchs“, in denen ich sehr viele meiner Überzeugungen und Ansichten wiedergefunden habe, weshalb ich gern zum Dauerleser dieser lehrreichen Publikation werden möchte. Ich will regelmäßig durch meine Überweisung mit dafür sorgen, daß sie weiter erscheinen kann. Insbesondere überzeugt mich die wissenschaftliche Qualität der Analyse historischer und aktueller gesellschaftlicher Prozesse und Vorgänge auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, ohne dabei in dogmatische Enge zu verfallen. Das schließt nicht aus, daß ich zu mancher dargelegten Auffassung eine abweichende Meinung habe. (...) Die Mehrzahl Eurer Beiträge schaut mit bestechender Überzeugungskraft von der Gegenwart zurück in die Vergangenheit. Jeder von uns weiß, daß eine wissenschaftliche Analyse der historischen Prozes-

se auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus Voraussetzung für eine wissenschaftlich begründete Strategie und Taktik im politischen Kampf und damit für die Weiterführung der Geschichte ist. (...) Wir hatten Parteilehrjahr und FDJ-Studienjahr, gewerkschaftliche Schulen des Sozialismus und marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium an jeder Fach- und Hochschule, wir hatten Volkskontrollausschüsse und Kampfgruppen der Arbeiterklasse und Frauenausschüsse und, und, und. Warum hat sich dennoch die übergroße Mehrheit des Staatsvolkes unserer DDR nahezu widerstandslos der Macht des deutschen Monopolkapitals ergeben und geduldet, daß im buchstäblichen Sinne kein Stein des Sozialismus mehr auf dem anderen blieb? (...) Es ist ja richtig, wie Ihr in mehreren Beiträgen schreibt, daß es sich hier unter den Bedingungen der weltweiten Systemauseinandersetzung um einen Sieg der Konterrevolution über die Revolution handelt. (...) Aber: Was haben wir versäumt, um das Volk zu befähigen, seine eigenen Errungenschaften erfolgreich zu verteidigen? Wir können die Ursachen dafür doch nicht nur beim Klassenfeind, sondern müssen sie auch bei uns selbst suchen und finden, um die Kräfte neu formieren und organisieren zu können. Das ist mir in Eurer Zeitschrift zu schwach. (...) Wir singen überzeugt „Völker, hört die Signale!“ Warum hören die Völker sie nicht? Sind die Völker schuld? Oder finden wir nicht die Worte, Theorien, Programme, Verfahren, Methoden, um die Völker zu überzeugen? Was bewegen wir tatsächlich? (...)

Diese und noch andere Fragen bedrängen mich um so mehr, je älter ich werde. Welche Welt hinterlassen wir unseren Jungen?? Darauf suche ich Antworten, nicht nur bei mir, sondern vielleicht auch bei Euch.

Georg Dorn, Berlin

(...) Der „RotFuchs“ ist nicht schlecht (und für mich eine notwendige Ergänzung zur bürgerlichen Presse), aber ich finde, daß innenpolitische Probleme wie z. B. der Strafvollzug auch diskutiert werden müßten. Der Feind steht innen und er steht rechts. Unseren besten Beitrag zur revolutionären Umgestaltung leisten wir zunächst im Innern. Bedenkt doch nur einmal die Auswirkungen auf die Dritte Welt, wenn der Monopolismus in Europa geschwächt würde. (...)

Dr. Ruth Beutelspacher, Justizvollzugsanstalt Aichach

„Unsere Herren seid Ihr nicht!“ ist der Titel eines Buches des schwedischen Linksozialisten Ernst F. Furrtratt-Kloep. Ich habe es mit wachsender Begeisterung und innerer Bewegung gelesen. Das Buch versucht, das politische Denken Fidel Castros zu analysieren. Ich kann es nur jedem wirklichen Linken empfehlen. Meine Hochachtung und Bewunderung für Kuba und Fidel sind seitdem noch mehr gewachsen. Man kann nur hoffen und wünschen, daß die Geschichte weitere Revolutionäre wie Castro hervorbringt und der Tag nicht zu fern ist, an dem auch andere Völker den Imperialisten zufen können: „Unsere Herren seid Ihr nicht!!!“

Dr. Gerhard Lier, Leipzig

Rechtsanwalt W. H. Rettler aus Wittenberg schreibt im RF Nr. 57: „Tatsache ist, daß der materielle Lebensstandard in der BRD in den 70er Jahren weit aus höher war als in der DDR. Tatsache ist, daß die Ausübung von bürgerlichen Freiheitsrechten in der BRD in einem weitaus größerem Umfang gegeben und gewährleistet war als in der DDR.“ Zu beiden „Tatsachen“ möchte ich einige Anmerkungen machen.

Erstens: Der materielle Lebensstandard. Damals hieß es bei uns in Westdeutschland: „Jeder Arbeiter kann sich ein Auto leisten.“ Ich sagte dazu häufig: „In ein Auto kann man einen dressierten Affen setzen. In Schulen jedoch nur Menschen. Die DDR steckt ihr Geld lieber in Schulen statt in Autos. Sie ist damit menschlicher. Darüber hinaus wurde die DDR gesamtdeutsch als „Schule der Nation“ mißbraucht. Adenauer erklärte damals: „Wir brauchen nicht mehr Universitäten, es kommen doch genug von drüben.“ Vor Oktober 1961 war ich bei einer großen Baufirma in Düsseldorf beschäftigt. Alle

Diplomingenieure dieser Firma stammten aus der DDR. Nur bei einfachen Bauingenieuren begnügte man sich mit der Ausbildung in der BRD.

Zweitens: Was die „Ausübung von bürgerlichen Freiheitsrechten in der BRD“ betrifft, muß zunächst auf folgendes verwiesen werden: Jupp Angenfort wurde als Vorsitzender der FDJ zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil die FDJ die stärkste Widerstandsgruppe gegen die Wiederaufrüstung der BRD war. Meine persönlichen Erfahrungen mit der unterschiedlichen Handhabung der „bürgerlichen Freiheitsrechte“ waren so: Von 1949 bis 1951 lebte und arbeitete ich in der DDR. Ich war damals noch lange kein Kommunist und hatte in der Abteilung von sieben Kollegen, in der ich als Buchhalter tätig war, häufig recht heftige Auseinandersetzungen mit einem „Alt-Kommunisten“. Das hatte für mich keine negativen Folgen. Aber 1961 wurde ich in der BRD – „in der jeder seine Meinung sagen darf“ – wegen politischer Diskussion entlassen. In einem Schriftsatz zur Begründung meiner Kündigung heißt es u. a.: „Der Kläger ist als kaufmännischer Angestellter bei der Beklagten tätig und im Laufe des Jahres 1959 sowie Anfang 1960 zweimal mündlich dahingehend verwirrt worden, politische Diskussionen während der Arbeitszeit ... zu unterlassen.“ (...)

Zunächst wurde mir nahegelegt, selbst zu kündigen und mir wurde sofort Hausverbot erteilt. Ende Oktober wurde mir dann zum 31. 12. 1961 gekündigt. Danach mußte ich feststellen, daß ich offensichtlich auf einer schwarzen Liste stand. (...) Diese Erkenntnis und meine eigenen Erfahrungen über die unterschiedliche Handhabung der „bürgerlichen Freiheiten“ führten schließlich dazu, daß ich Kommunist und 1968 Mitglied der DKP wurde. Nicht „trotz“, sondern auch wegen der DDR!

Hubert Bachhofen, Weilburg

Seit einiger Zeit beziehe ich den „RotFuchs“. Besten Dank. Ich lese die Beiträge mit großem Interesse, weil ich in vielen meine persönlichen Ansichten wiederfinde. Es gibt natürlich auch Artikel, mit denen ich mich nicht voll identifizieren kann, vor allem, wenn führende PDS-Mitglieder, deren Verhalten ich genauso verwerflich finde wie der jeweilige Autor, zu sehr mit Verbalinjurien belegt werden. Man sollte nicht alte Fehler der deutschen Linken wiederholen und Leute, die einem wahrscheinlich doch etwas näher stehen, so behandeln wie den tatsächlichen Gegner. Aber das nur nebenbei. Eigentlich schreibe ich ja aus einem ganz anderen Grund. In einer der RF-Ausgaben fand ich einen Aufnahmeantrag für den Förderverein. In dem Antrag steht u. a.: „Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen und erkenne sie an.“ Leider aber kenne ich die Satzung nicht. Ich bitte deshalb darum, sie mir zukommen zu lassen, damit ich entscheiden kann, ob ich dem Förderverein beitrete oder nicht.

Horst Aldus, Berlin

Bemerkung der Redaktion

1. Bisher wurde die Satzung dem RF nur einmal als Fallblatt beigelegt, sie kann aber jederzeit von Interessenten bei Redaktion oder Vertrieb (s. Impressum) bezogen werden.

2. Horst Aldus ist dem Förderverein inzwischen beigetreten.

Zwei Beiträge – neben anderen – haben mir in Nr. 57 des RF besonders gut gefallen. Das hervorragende Material über die DDR-Justiz und der Irak-Artikel von Bernd Fischer. Seine These, die EU-Staaten seien in wesentlich stärkerem Maße vom Nahostöl abhängig als die USA, bedarf einer Präzisierung. Die „Ölkrise“ Mitte der 70er Jahre führte in den Machtzentren der BRD und anderer EU-Staaten zu der strategischen Entscheidung, die Abhängigkeit vom Nahostöl wesentlich zu reduzieren. Daraus resultierte in der BRD ein Rückgang des Nahostanteils an den Rohölimporten von 52 % im Jahre 1975 auf nur noch 12,4 % im Jahre 1998. Abgesehen vom Ersatz durch Kernenergie – ihr massiver Ausbau ab Mitte der 70er Jahre erfolgte auch aufgrund dieser Entscheidung – traten das Nordseeöl (1998: 38 %) und Öl aus früher sozialistischen Staaten (Steigerung von 3,2 % im Jahre 1975 auf 26 % im Jahre 1998!) an seine Stelle. Diese Tendenz hat sich seit-

dem fortgesetzt. Doch bestimmte Rohöle sind aufgrund ihrer Beschaffenheit unersetzbar, so auch Sorten aus Irak und Libyen. Zweitens sagt die gegenwärtige Abhängigkeit von dieser oder jener Region nichts über die künftige aus – und in dieser Hinsicht bestehen zwischen EU und USA kaum Unterschiede: Bei gleichbleibender Förderung wie im Jahre 2000 reichen die gesicherten eigenen Reserven der USA noch 8,3, die Norwegens 8 und die Großbritanniens 5,2 Jahre ... (...) Bernd Fischers Feststellung, „die USA führen praktisch einen Feldzug für ihre sichere Energieversorgung ...“ beinhaltet auch unter diesem Aspekt der imperialistischen Konkurrenz einen sehr komplexen (Kriegs)-Zusammenhang.

Werner Hoppe, Hamburg

Der Lungenarzt und Chef der serbischen Klinik in Kosovo-Mitrovica, Dr. M. Ivanovic galt bisher als der aussichtsreichste Bürgermeisterkandidat bei den bevorstehenden Wahlen in dieser Stadt. Er kennt die Folgen des Einsatzes von DU-Munition (Abfallprodukt der Atomindustrie) nach dem Aggressionskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Vertreter des Atomforschungsinstituts in Vinca schätzten im Februar 2001 den Umfang der im Kosovo eingesetzten radioaktiven Munition auf ca. 100 Tonnen. Dr. Ivanovic gewährte einer spanischen Journalistin und mir, die wir im Auftrag von Prof. Dr. S. Günther, der das sogenannte Golf-Kriegs-Syndrom medizinisch entdeckt hatte, im Jahre 2001 im Kosovo waren, einen Einblick in die dortigen Akten. Verbürgt ist, daß die Krebserkrankungen bereits 2,5 Jahre nach den NATO-Bombardements im Kosovo auf das Doppelte und die Mißgeburtenrate im Vergleich zu den Jahren davor ganz erheblich angestiegen sind.

Nun erschreckte uns die Nachricht, daß Chefarzt Dr. Ivanovic von der internationalen Verwaltungsbehörde im Kosovo (UNMIC) als gefährlicher Terrorist verhaftet werden soll. Man wirft ihm vor, er habe vor einem Jahr bei einer Demonstration einen KFOR-Soldaten gefährdet, obwohl seine Kollegen bestätigen, daß er sich zu dieser Zeit im Krankenhaus aufgehalten hat.

Man stellt sich unwillkürlich die Frage: Soll hier etwa ein Mitwisser der gefährlichen Auswirkungen radioaktiver Munition zum Schweigen gebracht werden?!

Brigitte Queck, Potsdam

Auch die Nummer 57 des RF war wieder eine journalistische Meisterleistung. Unter den mir bekannten Periodika dieser Art nimmt unser „RotFuchs“ m. E. aus den verschiedensten Blickwinkeln einen sehr prominenten Platz ein, aber dieser muß mit jeder Ausgabe erneut behauptet werden. Der zweiten Leserkonferenz sehe ich mit Freude und Spannung entgegen.

Für mich waren die Artikel „In die Falle gegangen“ (Dieter Itzerott) und „Klarheit und Wahrheit“ (Klaus Steiniger) besonders interessant. Es läuft mir noch heute „kalt den Rücken hinunter“, in dieser Eindeutigkeit zu erfahren, daß auch Honecker und Krenz dem SED-SPD-Papier offenbar inhaltlich voll zugestimmt haben.

In einer Beratung mit allen mir damals nachgeordneten Leitern vertrat ich sinngemäß Itzerotts Meinung hinsichtlich der „Reform- und Friedensfähigkeit“ des Imperialismus. Tags darauf wurde ich vom zuständigen Sekretär der SED-Kreisleitung „zusammengefaltet“ – nun wundert mich nicht mehr. Ich habe dieses Gespräch seinerzeit mit Wut und Irritation verlassen.

„Klarheit und Wahrheit“ trifft m. E. mit seiner prinzipiell positiven, zugleich aber differenzierten Wertung der „Verbesserungsvorschläge“ von Holz/Köbele den Kern der Sache. Ich kann mich mit diesem Artikel identifizieren. Anbei meine Spende – trotz meiner klammen Finanzlage.

OMR Dr. med. Günther Lange, Neuenhagen

Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg: Entweder verraten sie Deutschland und liefern es an die USA aus (Petain), oder sie betrügen die USA und setzen sich selbst an die Spitze.

Ruth Kolb, Berlin

Ich habe die beiden mir zugesandten „RotFuchs“-Ausgaben mit Interesse gelesen und finde einige Ansichten auch für mich wertvoll zur Diskussion. Mit einigen Meinungen kann ich nicht mithalten, da sie nach meiner Auffassung nur das Negative an der PDS und nur das Positive an der DDR sehen.

Würde mich über weitere Ausgaben freuen. Habe 10 Euro auf das Spendenkonto überwiesen.

Stefan Werner, Leipzig

Trostsprache an den Westen! Sie brauchen keine Angst zu haben, daß unsere Menschen in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten auf die Barrikaden steigen werden, um ihre Lage zu verbessern. Solange sie einen warmen Hintern, ihr Auto, Konto, Wohnung usw. haben, ist soziales Zukunftsdenken bei den meisten out! (...) Trotz hohen allgemeinen Bildungsstandes, trotz entsprechender Hinweise auf die Gefahren der „Marktwirtschaft“, hat sich ein Großteil der Ostdeutschen 1989/90 für den „sofortigen Wohlstand“ entschieden, ohne den Abschaum, den Unrat und die Ungereimtheiten des DM-Systems zu beachten. Der Untergang des Sozialismus ist zwar nicht zuletzt westlichen Geheimdienstaktivitäten und anderen Faktoren anzulasten, aber ein Same geht nur in einem dafür fruchtbaren Boden auf.

Peter Leder, Dresden

Der „RotFuchs“, der mir wiederholt zugesandt wurde, ist für mich bereichernd. Der Inhalt entspricht in größerem Umfang meiner Weltanschauungsebene. Anfang November werde ich von meiner (leider so kleinen) Erwerbslosigkeitsrente einen Betrag überweisen. (...)

Wilhelm Seyer, Wittenbeck

Obwohl ich mit den meisten Beiträgen ob ihrer nostalgischen Tendenz in Ausdruck und Thema nicht viel anfangen kann, muß ich doch meine Anerkennung für den Leitartikel auf Seite 1 der Nr. 57 aussprechen. Genau so habe ich das auch empfunden, und viele wissen die klaren Worte zu schätzen. Ein schlichtes „Weiter so!“ würde aber vermutlich als Anerkennung des übrigen Inhalts der Zeitschrift gewertet, wo immer noch viel zu viel Verquastenes abgehandelt wird. (...)

Roland Schnell, Berlin

Die Nummer 57 des „RotFuchs“ gab eine richtige Einschätzung zu den Problemen der PDS. In Gera hat sich bewahrt, daß die Basis mit ihren Bedenken im Recht war. Nicht nur einmal wurde die Parteileitung darauf hingewiesen, keine Anpassung an das System zu vollziehen, doch Gysi, Brie, Bartsch und einer Reihe anderer taten es trotzdem. Claus hat sogar einen Kotau vor dem Imperialisten Bush vollzogen. Die Wahlniederlage war das Ergebnis einer solchen Politik. Bei uns haben wir trotz einer starken CDU in den Dörfern noch einigermaßen gut abgeschnitten.

Ich halte mich an das Wort des Freundes und Kämpfers aus den USA Kurt Stand, der in seinem letzten Brief aus dem Gefängnis schrieb: „Was wir im Leben tun, hat Folgen. Deswegen sollte man trotz der Rückschläge und Niederlagen optimistisch bleiben.“ (...)

Günter Bauch, Fraureuth

In seinem Kommentar auf Seite 1 der Oktoberausgabe nimmt Klaus Steiniger zur Haltung von Gabriele Zimmer auf dem Geraer PDS-Parteitag Stellung, wobei er auch die korrekte Position der Genossin Sahara Wagenknecht erwähnt. Wie der Autor habe ich den Eindruck, daß Gabi Zimmer sich zu verändern scheint. Sie könnte eine positive Rolle bei der Entwicklung der PDS spielen. Akzent auf „könnte“! Denn die reformistischen Spalterkräfte stehen meines Erachtens schon bereit, der PDS den Weg der Rückkehr zu einer sozialistischen Linie abzuschneiden. Die herrschende Klasse führt dabei im Bunde mit den Medien Regie. Notfalls wird man die PDS zu spalten versuchen, was nur dem Kapital dienen würde. Obwohl die PDS keine revolutionäre Partei ist, hegen die Kapitalisten dennoch Argwohn, weil sie ja einmal aus der marxistisch-leninistischen SED der DDR hervorgegangen ist.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



Oben rechts und links: Collagen von Stefan Schultz



Ein Weihnachtsgänschen für den Fuchs?

Auf ein Wort

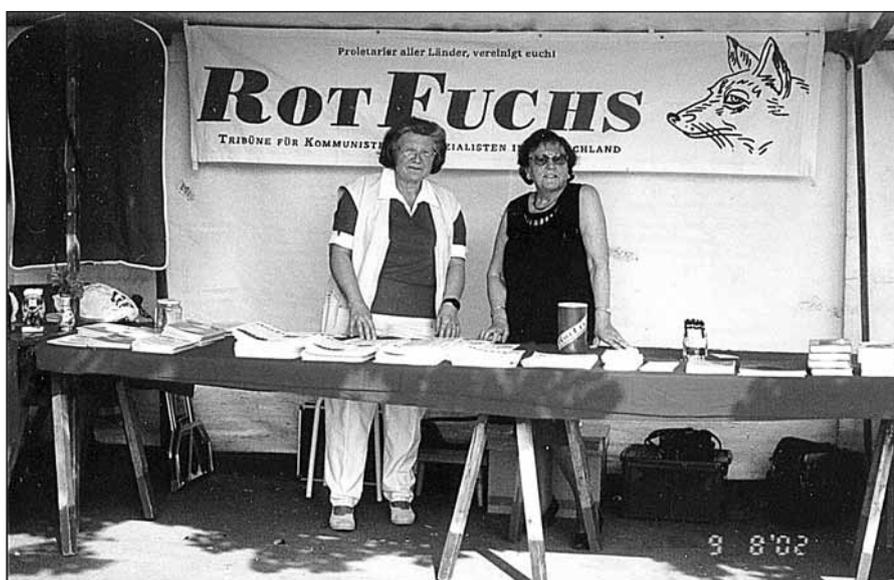
Wir haben Euch, liebe Leserinnen und Leser, in diesem für das Wachstum des RF wichtigen Jahr wiederholt um Eure Hilfe bitten müssen. Und Ihr, oft selbst mit schmalem Geldbeutel oder kleinem Budget, habt sie uns in einer Weise erwiesen, die uns bewegt hat. Aufgrund von Sonderspenden konnten wir sogar im ND und in der jW inserieren, was Hunderte neue Weggefährten an unsere Seite führte. Eine Regionalgruppe des Fördervereins nach der anderen entsteht. Es gibt immer mehr, die auf uns aufmerksam werden, und die wollen, daß diese kleine rote Zeitung – von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch gemacht – nicht aufstecken muß.

Neben sehr viel Zuneigung und harmonischen „Ehen“ kommt es manchmal auch zu Scheidungen, weil die Chemie zwischen uns und einzelnen Beziehern, die sich den RF „ganz anders“ vorgestellt hatten, nicht stimmt. C'est la vie – da kann man nichts machen. Doch solche Fälle sind wirklich die absolute Ausnahme.

Dürfen wir uns für einen Augenblick bei Euch einhaken?

Wie Ihr wißt, hat die Zeitung keinen festen Preis, denn sie soll auch für jene „erschwinglich“ sein, die nicht mithalten können. Der RF lebt von Beiträgen der Mitglieder des Fördervereins und von Spenden, die wir in das Ermessen und Vermögen jedes einzelnen stellen. Dieser Ausgabe liegt wieder ein Einzahlschein bei. Er soll Überweisungen erleichtern, verpflichtet Euch aber zu nichts. Schon gar nicht jene, welche selbst in finanziellen Schwierigkeiten stecken oder die gerade erst gespendet haben. Wer aber noch etwas erübrigen kann, den bitten wir, die Idee einer langjährigen Leserin aus N. zu prüfen. Sie schrieb uns: „Vor dem Fest schicke ich Euch wieder eine kleine Weihnachtsgans für unser Füchlein. Das ist es mir wert.“ Schließt sich da vielleicht noch eine Zweite oder ein Zweiter an? Herzlichen Dank!

Eure „RotFuchs“-Redaktion



Immer dabei: Sonja Brendel und Marianne Ahrens vom RF-Vertrieb



Herzlich lädt die Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins alle Mitglieder und Leser, alle Freunde und Genossen zu einer Veranstaltung mit der Dichterin

Gisela Steineckert

ein, die am Freitag, dem **24. Januar 2003**, um 16.30 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203-205, stattfindet.

Die bekannte Literatin liest aus neueren Arbeiten und stellt sich dem Gespräch.

Unser afghanischer „RotFuchs“-Autor, der Hochschullehrer

Dr. Matin Baraki

Marburg, spricht am Montag, dem **25. November 2002**, um 18.00 Uhr im alten ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz auf einer öffentlichen Veranstaltung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost zu dem Thema:

„Die Lage in und um Afghanistan“

Eine seltene Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren!

Was wäre der „RotFuchs“ ohne einen so erfahrenen Meister geschliffener Sprache und politischer Pointe wie

Wolfgang Clausner

der von Beginn an das Gesicht unserer Zeitung mitgeprägt und sich als Kenner der PDS-Materie profiliert hat? Am **6. Dezember 2002** wird der gestandene Journalist und frühere stellvertretende Chefredakteur der DDR-Wochenzeitung „horizont“ **75 Jahre** alt. Sei herzlich umarmt, lieber Freund! ■

Deine Redaktion

I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/5613404, Fax 030/56493965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski, (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220 160 759

Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki